



Plenarprotokoll

61. Sitzung

Freitag, 7. Oktober 2011

Gemeinsame Beratung	5238	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5244
a) Einführung von Bund-Länder- Anleihen	5238	Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	5248
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1856		Lars Harms [SSW].....	5251
b) Finanzplan des Landes Schles- wig-Holstein 2011 bis 2015	5238	Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 17/1856 2. Überweisung des Be- richts Drucksache 17/1741 an den Finanzausschuss zur abschließen- den Beratung.....	5254
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1741		Rückenwind für Husum-Messe	5254
Rainer Wiegard, Finanzminister....	5238, 5252	Antrag der Fraktionen von BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP Drucksache 17/1902 (neu)	
Tobias Koch [CDU].....	5240		
Birgit Herdejürgen [SPD].....	5242		
Katharina Loedige [FDP].....	5243		

Antrag der Fraktionen von SPD und SSW		Lars Harms [SSW].....	5287
Drucksache 17/1906 (neu)		Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	5288
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5254	Bundratsinitiative für eine wirksame und stichtagsunabhängige gesetzliche Bleiberechtsregelung.....	5288
Jens-Christian Magnussen [CDU].....	5255	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Marion Sellier [SPD].....	5257	Drucksache 17/1700 (neu)	
Oliver Kumbartzky [FDP].....	5260	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP	
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	5261	Drucksache 17/1746	
Lars Harms [SSW].....	5262, 5271	Änderungsantrag der Fraktion der SPD	
Ursula Sassen [CDU].....	5264	Drucksache 17/1748	
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5265	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5266	Drucksache 17/1750	
Johannes Callsen [CDU].....	5267	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses	
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	5267	Drucksache 17/1873	
Markus Matthießen [CDU].....	5268	Antrag der Fraktion der SPD	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	5269	Drucksache 17/1905	
Olaf Schulze [SPD].....	5270	Astrid Damerow [CDU].....	5289
Ingrid Brand-Hückstädt [FDP].....	5271	Serpil Midyatli [SPD].....	5290
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5272	Gerrit Koch [FDP].....	5291
Jürgen Weber [SPD].....	5273	Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5293
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	5275	Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	5294
Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	5275	Lars Harms [SSW].....	5296
Jürgen Weber [SPD], zur Geschäftsordnung.....	5277	Ingrid Brand-Hückstädt [FDP].....	5298
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/1906 (neu)		Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration.....	5298
2. Annahme des Antrags Drucksache 17/1902 (neu).....	5277	Beschluss: 1. Antrag Drucksache 17/1748 von den Antragstellern zurückgezogen	
Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Land Schleswig-Holstein im Schuljahr 2010/2011.....	5277	2. Ablehnung der Anträge Drucksachen 17/1700 (neu), 17/1750 und 17/1905	
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1842		3. Annahme des Antrags Drucksache 17/1746.....	5301
Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....	5278	Gemeinsame Beratung	
Heike Franzen [CDU].....	5280		
Dr. Henning Höppner [SPD].....	5281		
Cornelia Conrad [FDP].....	5282		
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5284		
Ellen Streitbürger [DIE LINKE]...	5286		

a) Erhalt des Europäischen Verbraucherzentrums (EVZ) Kiel... 5301

Antrag der Fraktionen von CDU
und FDP
Drucksache 17/1870

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1895

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit

b) Arbeit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zukunftsfähig absichern..... 5301

Antrag der Fraktionen von SPD,
DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/1878

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur

Beschluss: Überweisung der Anträge
Drucksachen 17/1870, 17/1895
und 17/1878 an den Umwelt- und
Agrarausschuss und den Europa-
ausschuss zur abschließenden Be-
ratung..... 5301

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirt-
schaft, Umwelt und ländliche Räume

Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums.... 5301

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 17/1882

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirt-
schaft und Verkehr

Beschluss: Annahme..... 5301

* * * *

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags 5301

Drucksache 17/1853

Beschluss: Annahme..... 5301

Beginn: 10:05 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich. - Guten Morgen! Ich wünsche uns allen gute Beratungen.

Erkrankt sind die Kollegen Mark-Oliver Potzahr, Jens-Uwe Dankert und Silke Hinrichsen. Wir wünschen ihnen von dieser Stelle aus alles Gute und gute Besserung.

(Beifall)

Für die heutige Sitzung beurlaubt sind die Kollegin Dr. Gitta Trauernicht sowie die Kollegen Dr. Ralf Stegner und Thomas Rother. Ab 11:30 Uhr ist die Kollegin Anke Spoorendonk beurlaubt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Beratungen einsteigen, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler des Berufsbildungszentrums Eckener-Schule aus Flensburg sowie Mitglieder der Naturfreunde Büdelsdorf auf der Tribüne zu begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Außerdem habe ich noch eine erfreuliche Mitteilung zu machen. Wir gratulieren dem Kollegen Heiner Rickers zu seinem heutigen Geburtstag. - Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 und 41 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Einführung von Bund-Länder-Anleihen

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1856

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2011 bis 2015

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1741

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Demografische Entwicklung, wachsende Verkehrsströme, sichere und bezahlbare Energieversorgung, ein härterer Wettbewerb um die klügsten Köpfe, wachsender Wettbewerb der Wirtschaftsregionen, neue Lebensmodelle der Bürgerinnen und Bürger und zudem eine Haushaltslage, bei der große Teile der verfügbaren Einnahmen zur Bewältigung der Vergangenheit aufgewendet werden müssen und für die Zukunft zumindest auf lange Sicht nicht zur Verfügung stehen, das, meine Damen und Herren, sind die Herausforderungen, vor denen unserer Land in den nächsten Jahrzehnten steht.

Der **Finanzplan 2011 bis 2015** und vor allen Dingen seine Fortschreibung für die nächsten zehn Jahre zeigen, in welchem finanziellen Korridor diese Aufgaben erfüllt werden können, um den Wohlstand in Schleswig-Holstein zu sichern, wenn der begonnene **Konsolidierungskurs** zielstrebig fortgesetzt wird.

Das finanzpolitische Leitmotiv der Landesregierung bleibt weiterhin unumstößlich: Niemand hat das Recht - keine Regierung und kein Parlament -, heute noch nicht geborene Generationen mit Schulden zu belasten, um sich selbst jetzt ein angenehmeres Leben gestalten zu können, indem man die Erfüllung von Aufgaben von heute einfach mit Schuldverschreibungen bezahlt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dieses Leitmotiv wurde in den vergangenen Wochen und Monaten täglich durch die aktuelle internationale **Finanzentwicklung** bestätigt. Man mag es bedauern, aber nicht die desaströse Finanzentwicklung in den vergangenen 20 Jahren in einigen deutschen Ländern - nach Berlin, Bremen und dem Saarland gehört auch Schleswig-Holstein dazu - hat den Menschen die Augen geöffnet, was übermäßige **Staatsverschuldung** anrichtet. Offensichtlich erst die absehbare Zahlungsunfähigkeit von Griechenland hat einem großen Teil der Menschen in Deutschland sichtbar vorgeführt, was übermäßige Staatsverschuldung bewirkt. Bei manchen Politikern steht das Öffnen der Augen aber noch aus.

(Zuruf von der LINKEN)

- Ich höre gerade einen Zwischenruf, der auf bemerkenswerte Weise deutlich macht, dass manche Zusammenhänge noch nicht verstanden worden sind.

(Minister Rainer Wiegard)

Das alles hat viel mit Offenheit und Transparenz des politischen Handelns der Verantwortlichen zu tun. Das hat auch zu tun mit der wahrheitsgemäßen Erläuterung der Lage und der Entwicklungen, die zu dieser Lage geführt haben. Das hat auch viel zu tun mit der Klarheit und Wahrheit über die Folgen von Entscheidungen und auch über die Folgen unterlassener Entscheidungen.

Ich erinnere mich noch an manche Debatten in diesem Haus aus den Jahren 2004 und 2005, in denen noch regierungsseitig erklärt wurde, Schleswig-Holstein habe nur ein vorübergehendes Einnahmeproblem. Von einem **strukturellen Defizit** war manchem Regierenden offensichtlich noch nichts bekannt.

Deshalb warne ich davor, heute schon wieder den Menschen Sand in die Augen zu streuen mit der Behauptung, die Finanzmärkte, die Banken, die Finanzhändler und die Anleger seien schuld an den Problemen von Staaten und Ländern. In jedem Fall waren es also andere, aber nicht die politisch Verantwortlichen.

Dazu sage ich sehr deutlich, dass das Quatsch ist. Für manche Zeitgenossen wird es also wirklich Zeit zu erkennen, dass die charakterlose Schuldenmacherei auf Kosten ungeborener Generationen der alleinige Verursacher dieses Problems ist. Ohne die gewaltige öffentliche **Nachfrage nach Krediten** gäbe es diesen gewaltigen Finanzmarkt überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, deshalb - ich komme zurück zu unserem Leitmotiv - werden wir das strukturelle Defizit konsequent abbauen und schnellstmöglich - ich sage deutlich, dass ich glaube, dass dies vor 2020 möglich sein muss - mit dem **Abbau der Altschulden** beginnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der vorliegende Finanzplan gibt Ihnen wie sein Vorgänger aus 2010 eine vollständige Transparenz über die Entwicklung der wesentlichen Einnahme- und Ausgabegrößen, 20 Jahre rückwärts und 10 Jahre vorwärts, bei den wesentlichen Positionen auch mit unterschiedlichen Szenarien unterlegt. Nachdem beim Haushalt und beim Landesvermögen lange Zeit in Schleswig-Holstein getrickst wurde, haben wir die **Schattenhaushalte** beseitigt und die notwendige Haushaltstransparenz hergestellt.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Damit hat jeder Mann, jede Frau, jede Partei und jede Fraktion einen umfassenden Blick auf die aus

heutiger Sicht für die anstehenden Aufgaben zur Verfügung stehenden **Einnahmen** und die erkennbar feststehenden **Ausgaben**. Und jeder ist aufgefordert, seine Sicht der Dinge danebenzustellen.

Die wahrscheinlich schwerwiegendste Erkenntnis der vorliegenden Finanzplanung ist, dass der für die Haushaltsplanung zur Verfügung stehende **Einnahmewachstum** im Jahr 2020 gegenüber 2010 von etwa 2,4 Milliarden € vollständig von den Lasten der Vergangenheit aufgezehrt wird: 1,2 Milliarden € für die Rückführung des strukturellen Defizits und jeweils etwa 600 Millionen € für wachsende Zinsausgaben, für alte Schulden und für steigende Pensionsleistungen für ehemalige Beamte, für die in deren aktiver Zeit keine Vorsorge getroffen wurde. Dies macht deutlich: Vergangenheit frisst Zukunft.

Das ist die bittere Erkenntnis aus der Schuldenpolitik in unserem Land, die ergänzt wurde um den vollständigen **Verzehr des Landesvermögens** und vor allem die desaströse Vernachlässigung des Ausbaus unserer **Infrastruktur** in nahezu allen Lebensbereichen.

Nun endet Politik nicht damit, dass man feststellt: Die früher Regierenden haben die Zukunft verbaut. Aber klar ist danach: Alle neuen Aufgaben müssen aus der Umschichtung im Haushalt und aus Verzicht auf bisherige Ausgaben bewältigt werden. Sonst geht die Rechnung schlicht nicht auf.

Die **Aufgaben** liegen alle offen vor uns. Wir müssen insbesondere unsere wirtschaftliche Infrastruktur ausbauen, um wieder Anschluss an die **wirtschaftliche Entwicklung** in anderen Ländern zu finden. Dazu gehören die wichtigen Verkehrsadern ebenso wie schnelle und sichere Daten- und Stromnetze. Damit schaffen wir die Rahmenbedingungen, um Beschäftigung in der Wirtschaft zu fördern und wirtschaftliches Wachstum zu stimulieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zugleich gilt es, Forschung und Entwicklung in unserem Land zu stärken, die Bildungschancen unserer Kinder stetig zu verbessern, damit sie im weltweiten Wettbewerb um die besten Jobs mithalten können. Wir müssen den jungen Familien ermöglichen, ihre familiären und beruflichen Pflichten miteinander zu vereinbaren. Auch hier geht es schlicht um das Bereitstellen einer öffentlichen Infrastruktur, die die Voraussetzung dafür ist.

Es wird Zeit, meine Damen und Herren, dass wir uns zunehmend intensiver mit drei schwerwiegenden **Zukunftsfragen** beschäftigen.

(Minister Rainer Wiegard)

Erstens. Die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter wird in den nächsten 15 Jahren um fast 100.000 sinken. Wer erwirtschaftet also künftig unser Inlandsprodukt, von dem wir sogar noch eine stetige Steigerung erwarten?

Zweitens. Die Zahl der Menschen im bildungsrelevanten Alter sinkt in den nächsten 15 Jahren weiter um etwa 110.000 Menschen. Wie organisieren wir also künftig Schule und Hochschule in unserem Land, in dem es ja unterschiedliche Strukturen zwischen Nord und Süd, Ost und West gibt? Woher kommen die Leistungsträger, die schließlich erwirtschaften sollen, was wir ihnen an Lasten hinterlassen haben?

Und drittens. Die Zahl der Menschen im Rentenalter steigt als einzige Altersgruppe im selben Zeitraum um 130.000 Menschen. Wie stellen wir uns also darauf ein im täglichen Lebensumfeld bei Wohnraum, Städtebau, bei den sozialen Diensten und Leistungen?

Meine Damen und Herren, aus all diesen Gründen heißt Haushalt konsolidieren für uns nicht, plump nur sparen an allen Ecken und Kanten, und heißt auch nicht, noch plumper Steuern erhöhen ohne Sinn und Verstand. Keine neue Steuer und auch keine Steuererhöhung kann die Einnahmesteigerung ersetzen, die wir durch stetiges wirtschaftliches Wachstum erzielen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Allein in diesem Jahr werden wir aufgrund der konjunkturellen Entwicklung etwa 500 Millionen bis 600 Millionen € mehr einnehmen als im Vorjahr und mehr einnehmen, als wir geplant haben. Das ist weder allein durch Ausgabekürzung noch allein durch Steuererhöhung möglich zu erwirtschaften.

Deshalb heißt unser Weg: Schluss mit der Schuldenpolitik, konsequenter Abbau des strukturellen Defizits, Stärkung unserer zukünftigen Wirtschaftskraft, Infrastruktur ausbauen, Forschung und Entwicklung stärken, Bildungschancen unserer Kinder verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Das sind die Aufgaben, die vor uns liegen, und wir zeigen den Weg, sie zu lösen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, ich eröffne nun die Aussprache und teile Ihnen mit, dass der Minister seine verabredete Redezeit um fünf Minuten überzogen hat. Diese Zeit steht nun, wie Sie wissen, allen anderen Fraktionen auch zur Verfügung.

Wir beginnen die Aussprache mit dem Redebeitrag des Kollegen Tobias Koch von der CDU-Fraktion.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir vor einem Jahr die damalige Finanzplanung hier in diesem Haus beraten haben, gab es noch erhebliche Verständnisschwierigkeiten aufseiten der Opposition. Es wäre deshalb besser gewesen, wenn der Herr Oppositionsführer heute hier im Landtag anwesend wäre, als uns via Twitter mitzuteilen, dass er eine SPD-Veranstaltung seinen Pflichten im Landtag vorzieht.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Ich bin doch hier, Herr Abgeordneter!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, bitte haben Sie vor diesem Hintergrund Verständnis dafür, dass ich heute die Diskussion mit denjenigen führe, die an diesem Thema wirklich Interesse haben.

(Unruhe bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Eichstädt?

Tobias Koch [CDU]:

Ich sagte es gerade: Ich führe die Diskussion mit denjenigen, die an diesem Thema wirklich Interesse haben. Insofern würde ich gern meine Rede fortsetzen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD - Zurufe von der SPD: Was? - Unerhört! - Das ist feige!)

Ich würde mich gern den Grünen zuwenden.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Tobias Koch. Ich bitte alle Abgeordneten, ihm zuzuhören.

(Zuruf von der SPD: Nein! Mit uns will er doch nicht reden!)

Tobias Koch [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Da ich 10 Minuten Redezeit habe, bin ich ganz entspannt, was die vielen Zwischenrufe anbelangt.

(Tobias Koch)

(Zuruf von der SPD: Sie haben doch nichts zu sagen!)

Wenn ich mit meiner Rede fortfahren darf, würde ich mich gern den Grünen zuwenden. Deren Fraktionsvorsitzender Robert Habeck war es, der im vergangenen Jahr von „Taschenspielertricks“ sprach und dem Finanzminister den Vorwurf der „Haushaltslüge“ machte. Herr Habeck, Sie haben sich anschließend dafür entschuldigt. Diese Entschuldigung verdient unseren allergrößten Respekt. Sie war aber auch angemessen; das zeigt sich heute umso mehr, wenn man sich den **aktuellen Finanzplan** anschaut.

Dank guter Landes- und Bundespolitik ist es gelungen, die weltweite **Finanz- und Wirtschaftskrise** zu bewältigen, und das sogar deutlich schneller als gedacht. So erreichen die prognostizierten Steuereinnahmen ab dem Jahr 2013 nicht nur die der alten Finanzplanung zugrunde gelegten Werte - die übrigens von den Grünen damals im Disput mit dem Finanzminister noch bezweifelt wurden -; die Werte für die Steuereinnahmen werden sogar deutlich übertroffen.

7,45 Milliarden € Steuereinnahmen im Jahr 2013 - das sind 110 Millionen € mehr als im mittleren Szenario der damaligen Finanzplanung vorgesehen. Wir erinnern uns: In dem mittleren Szenario war bereits ein jährliches Wachstum der Steuereinnahmen von 2,5 % berücksichtigt worden, was dem langfristigen Durchschnitt entspricht.

Darüber hinaus war bei den Steuereinnahmen bereits einkalkuliert, dass die Steuerrechtsänderungen des Jahres 2010 in mehreren Schritten wieder aufgeholt werden sollten. Dennoch wird dieser Wert, der damals bezweifelt wurde, von den aktuellen Steuerschätzungen übertroffen.

(Beifall bei der CDU)

Der darüber hinausgehende Betrag von 110 Millionen € bedeutet rechnerisch, dass wir bereits **im Jahr 2013** beginnen, unseren **Schuldenberg** wieder abzutragen.

(Zuruf von der SPD: Ha, Ha!)

Diese konjunkturell bedingten **Steuermehreinnahmen** werden 2013 dazu verwendet, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgenommenen Kredite zu tilgen - genauso, wie es die Vorgaben der **Schuldenbremse** zu einem symmetrischen Vorgehen vorsehen. In den Jahren 2014 und 2015 ist auf der Basis der aktuellen Steuerschätzung mit der Rückzahlung weiterer Schulden von zusammen 180 Millionen € zu rechnen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Wir haben kein Einnahmeproblem. Ganz im Gegenteil, die Steuereinnahmen steigen 2015 auf über 8 Milliarden € - als ob es die Finanz- und Wirtschaftskrise nie gegeben hätte und die Steuereinnahmen seit 2008 kontinuierlich gewachsen wären.

Trotz der ausgezeichneten Einnahmesituation müssen wir allerdings konstatieren, dass der **Landeshaushalt** auch in den kommenden Jahren ein **strukturelles Defizit** aufweist, welches nur durch neue Kredite ausgeglichen werden kann. Der Fehlbetrag wurde mit dem **Doppelhaushalt 2011/2012** auf 780 Millionen € reduziert; durch die bereits eingeleiteten Maßnahmen, zum Beispiel den Abbau von 10 % der Stellen im Landesdienst, wird er sich weiter reduzieren. Klar ist aber auch: Dieser Doppelhaushalt war nur der erste Schritt, dem weitere folgen müssen.

Der **Handlungsbedarf** ergibt sich aus der Darstellung der Zuschüsse und Investitionen auf Seite 53 der Finanzplanung. Daraus geht hervor, dass die für Zuschüsse und Investitionen eingesetzten Landesmittel von 2,27 Milliarden € im Jahr 2012 auf nur noch 1,91 Milliarden € im Jahr 2020 sinken müssen, damit die Rechnung aufgeht und wir das Ziel eines Haushalts ohne neue Schulden erreichen.

Trotz aller Steigerungen auf der Einnahmeseite - nicht zuletzt aufgrund der Erhöhung der Grunderwerbsteuer - und trotz einer Zinsentwicklung, die uns ebenfalls entgegenkommt, bedarf es somit **weiterer Ausgabenkürzungen** im Volumen von 360 Millionen €. Für die Jahre 2013 bis 2015 bedeutet dies, jährlich 40 Millionen € weniger auszugeben als im Jahr zuvor.

Sie sehen: Die Zahlen werden überschaubarer. Die Finanzplanung lässt allmählich wieder Licht am Ende des Tunnels erkennen, und dieses Licht stammt nicht von einem entgegenkommenden Zug.

Dennoch ist Geld für neue, zusätzliche Ausgaben weiterhin nicht vorhanden. Die Größenordnung von 40 Millionen €, die wir jedes Jahr weniger ausgeben müssen als im Jahr zuvor, macht deutlich, wie sinnvoll der Vorschlag von Finanzminister Wiegard hinsichtlich der **Einführung** gemeinsamer **Bund-Länder-Anleihen** ist. Das sich für Schleswig-Holstein ergebende Einsparpotenzial aus der gemeinsamen Kreditfinanzierung mit dem Bund und den anderen Ländern von - geschätzt - 20 Millionen bis 40 Millionen € würde den kompletten Kürzungsbetrag des Jahres 2013 ausgleichen. Das wäre sicherlich der eleganteste Weg, um unseren Erfordernissen gerecht zu werden.

(Tobias Koch)

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag, damit Herr Finanzminister Wiegard die Gespräche mit dem Bundesfinanzminister Ende dieses Monats mit der Unterstützung des gesamten Landtags führen kann.

Ich beantrage die Überweisung des Finanzplans an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Kollegin Birgit Herdejürgen das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf die Einwürfe des Herrn Kollegen Koch zu Beginn seiner Rede möchte ich nur kurz eingehen: Unser Fraktionsvorsitzender nimmt an der Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden der Landesparlamente teil. Bundesweite Verpflichtungen sind bisher in diesem Hause immer akzeptiert worden. Gestern ist in einem anderen Zusammenhang sogar eingefordert worden, dass wir gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern an der einen oder anderen Stellschraube drehen. Das tut Herr Stegner.

Übrigens scheint auch der Wirtschaftsminister, der gerade erst hereinkommt, an diesem Thema, zumindest an dem Redebeitrag des Herrn Kollegen Koch, nicht wirklich interessiert zu sein. Das ist schade.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

In den vergangenen Jahren hat wohl kaum jemand den Versuch unternommen, die finanzielle Situation des Landes schönzureden. Aber man kann doch nicht leugnen, verehrter Herr Minister Wiegard, dass die **Struktur** der **Finanzmärkte** durchaus prozyklische Wirkungen entfaltet hat und dass gerade in der **Krise** Konsequenzen für die Regulierung der Finanzmärkte gezogen werden müssen. Wenn Sie all das ausklammern wollen, was in der Krise auf den Finanzmärkten passiert ist, dann halte ich das für ziemlich verwegen. Wir haben uns - als Folge der Finanzmarktkrise - durch Konjunkturprogramme zusätzlich verschuldet. Auch das sollte an dieser Stelle einmal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Hat er doch gesagt!)

Die Finanzmarktkrise hat durchaus Auswirkungen auf das **Wirtschaftswachstum**, die **Steuereinnahmen** und damit den **Wohlstand der Bevölkerung**.

Sie haben diesen Aspekt in Ihrer Rede völlig außen vor gelassen; das halte ich nicht für besonders gelungen.

Der **Finanzplan** beschreibt die Problemlage sehr gut. Das hat der Finanzminister auch getan, indem er den Rahmen der künftigen Finanzpolitik, die durch die demografische Entwicklung und so weiter bestimmt wird, nachgezeichnet hat. Das ist aber nicht wirklich etwas Neues. Der Finanzplan legt auf transparente Weise - das erkenne ich an - die rechnerischen Korridore dar, in denen wir uns befinden und in denen wir in den kommenden Jahren handeln müssen. Wir wissen aber immer noch nicht, was das heißt, wenn man es in reale Politik übersetzt. Auch Herr Kollege Koch hat das in seiner Rede nicht zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir unterstützen den Vorstoß des Ministers, was die **Deutschlandbonds** angeht. Diese setzen dort an, wo die Diskussion um unseren Altschuldenfonds aufgehört hat.

Wir wissen, dass der Landtag damals gefordert hat, entsprechende Regelungen einzuführen. Herausgekommen ist ein Kompromiss, die Zusage für Konsolidierungshilfen bei der Einhaltung bestimmter fremdbestimmter Parameter. Wir alle hier wissen, dass das nicht ausreichend ist, dass Schleswig-Holstein ebenso wie andere finanzschwache Bundesländer mehr gebraucht hätte und mehr braucht, um in einem konstruktiven Wettbewerb der Länder mithalten zu können. Der Ton, der sich mittlerweile gegenüber Hamburg entwickelt hat - wir kommen noch gleich auf das Thema Standort -, trägt jedenfalls nicht dazu bei, die künftige Zusammenarbeit konstruktiv anzugehen. Schleswig-Holstein wird diese Zusammenarbeit brauchen. Wir werden unsere Stärken sehr eng mit denen anderer abstimmen müssen, wenn wir gemeinsam vorankommen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das betrifft kleinere Finanzvolumina, wenn es beispielsweise um Schülerkostenausgleich und die Frauenhausfinanzierung geht. Das betrifft aber auch große finanzielle Bewegungen.

Eines der Themen für die nächste **Föderalismuskommission** wird sicherlich der Abbau negativer Anreize für Zusammenschlüsse sein. Wenn sich Länder entschließen, ihre Kompetenzen zu bündeln und wenn Gebiets- und Verwaltungsreformen Syn-

(Birgit Herdejürgen)

ergien erzeugen sollen, dann darf daraus kein Nachteil beim **Länderfinanzausgleich** entstehen.

Die ganze Diskussion um **Deutschlandbonds** wird sicherlich kein Selbstgänger sein, ist aber nötig, um zukünftige Herausforderungen zu meistern: vernünftige Reformen, zukunftsorientierte Investitionen, keine Trennung von budgetärer Nachhaltigkeit, ökologische Orientierung und sozialer Frieden. Das ist zu schaffen. Davon bin ich überzeugt. Deutschlandbonds sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie allein reichen nicht aus. Hoffen wir trotzdem, dass dieser Vorstoß zum Erfolg führt!

Was den Finanzplan angeht, freue ich mich auf die Diskussion in den Ausschüssen, wenn wir dann möglicherweise auch erfahren, was tatsächlich dahintersteckt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat nunmehr die Frau Kollegin Katharina Loedige von der Fraktion der FDP.

Katharina Loedige [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Warum diskutieren wir heute so ausführlich über den Finanzplan? - Weil wir es mit einer Planung zu tun haben, der es an Ehrlichkeit und Solidität nicht mangelt. Dieser Plan verschleiert und beschönigt nichts. Er bestätigt eher aufs Neue, dass die Regierungen der Vergangenheit Schuldenmachen als eine kleinere parlamentarische Übung verstanden haben und keinen Fokus auf nachhaltige Senkung der Ausgaben - eine Aufgabe, die natürlich wenig populär ist - gerichtet haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wäre die **Schuldenbremse** schon vor Jahren eingeführt worden - und die Schuldenbremse hätte gut und gern schon in der letzten Wahlperiode eingeführt werden können; ich habe mir die Protokolle der letzten Wahlperiode angesehen -, hätten wir heute nicht **Zinsen** von jährlich über 1 Milliarde € zu zahlen. Umso wichtiger ist es, die Zinsen so gering wie möglich zu halten. Da ist die Forderung der regierungstragenden Fraktionen nach gemeinsamen **Bund-Länder-Anleihen** richtig. Solche gemeinsamen Anleihen würden uns erhebliche Zinsvorteile verschaffen und es **Schleswig-Holstein** ermöglichen, seine **Zinslast** um rund 1 % zu reduzie-

ren. Das bedeutet ein Einsparpotenzial von bis zu 40 Millionen € jährlich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zuletzt haben diesem Plan übrigens Ex-SPD-Minister, nämlich die Herren Eichel und Steinbrück, eine Absage erteilt, die Partei also, die sich jetzt dafür einsetzt, Eurobonds einzuführen. Dabei wären solche gemeinsamen Anleihen im Gegensatz zu den Eurobonds rechtlich völlig unumstritten. Ein No-Bail-Out-Verfahren wie in den EU-Verträgen besteht für den Bund im Verhältnis zu den Ländern nicht. Wir haben hier sowieso einen **Haftungsverbund**.

Sehr geehrte Damen und Herren, die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen werden wir nicht etwa dazu nutzen, die Ausgaben zu erhöhen und Wahlgeschenke zu verteilen. Wir werden den Konsolidierungspfad nicht verlassen. Wir nutzen diese unerwarteten **Mehreinnahmen**, um die Schuldenlast zu reduzieren. Ein seriöser Finanzplan schafft Vertrauen, und Vertrauen ist die Bedingung für **Investitionen**. Investitionen führen zu Mehreinnahmen des Landes.

Schleswig-Holstein hat in den letzten beiden Jahren trotz Finanzkrise eine bemerkenswert positive Entwicklung genommen, trotz oder - so man kann auch sagen - wegen der eingeleiteten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der schwarz-gelben Landesregierung. Wir haben die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit 16 Jahren. Die Zahl neuer Stellen steigt. Auch das bestätigt uns, dass wir mit unseren Maßnahmen richtig liegen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir wollen zukünftigen Generationen nicht nur ordentliche Finanzen hinterlassen, sondern wir investieren auch in Bildung und in Betreuung.

(Zurufe von der SPD)

Wir verbessern die Bildungschancen, die Bildungsqualität und die Bildungsinfrastruktur. Wir geben mehr Geld aus für die Schulsozialarbeit, insgesamt 2,5 Millionen €. Wir geben 16 Millionen € für die Schulinfrastruktur, für neue Schulbauten aus. Die Ausgaben für Forschungseinrichtungen steigen jährlich um 5 %. Seit 2009 haben wir 8.000 neue Betreuungsplätze im Kita-Bereich geschaffen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir, diese schwarz-gelbe Landesregierung, investieren in die **Verkehrsinfrastruktur** und sichern somit Arbeitsplätze. Es wurde erstmalig ein Landesverkehrsweplan erstellt, der für die Jahre 2011

(Katharina Loedige)

und 2012 14 Millionen € für das Landesstraßennetz ausgibt.

(Beifall des Abgeordneten Johannes Callsen [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Katharina Loedige [FDP]:

Ja.

Martin Habersaat [SPD]: Frau Kollegin, das war für mich etwas zu schnell und unübersichtlich. Könnten Sie mir noch einmal erläutern, wo das Land welche Kinderbetreuungsplätze geschaffen hat?

- Ja. Das Land hat seit 2009 8.000 neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen.

(Martin Habersaat [SPD]: Wo?)

- In Schleswig-Holstein. Im Kita-Bereich, im Kita-Bereich und im Krippenbereich.

(Martin Habersaat [SPD]: Das Land?)

- So ist es!

(Martin Habersaat [SPD]: Allein das Land? Das Land ist nicht Träger einer einzigen Einrichtung!)

Wir machen uns stark für den Ausbau - -

(Unruhe)

- Habe ich noch das Wort? - Wir machen uns stark für den Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, die Fehmarnbelt-Querung und den Weiterbau der A 20 -

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

alles Projekte, die bei Rot, Rot-Grün oder Grün sehr fraglich wären, siehe beispielsweise Berlin. So etwas würde ganz schnell platzen, wären die Grünen mit dabei.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie sind nicht mehr dabei!)

Projekte, für die die Mittel dann wieder in den Süden Deutschlands fließen und nicht etwa, wie Sie uns weismachen möchten, für andere Dinge in Schleswig-Holstein zur Verfügung stünden.

Dieser **Finanzplan** zeigt erstmalig einen belastbaren Weg aus der Neuverschuldung hin zu einem ausgeglichenen **Haushalt**. Er enthält keine Luftsch-

lösser und bildet kein Wunschdenken ab. Hätten die Regierungen in der Vergangenheit ebenso verantwortungsvoll gehandelt, könnte Schleswig-Holstein heute mit einem stattlichen Haushaltsüberschuss angeben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Debatte fortfahren und ich Frau Heinold das Wort erteile, begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam den ehemaligen Landtagskollegen Günter Neugebauer auf der Tribüne. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat nun Frau Kollegin Monika Heinold von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **mittelfristige Finanzplanung** zeigt den Finanzrahmen auf. Sie stellt die Leitplanken für die Einhaltung der Schuldenbremse dar. Wie viel Unsicherheit in der Planung steckt, zeigt ein **Vergleich** der alten mit der neuen Finanzplanung: Von einem Jahr zum anderen wurden mit Blick auf 2020 die Zinsausgaben eben mal um 140 Millionen € reduziert. Ob das so eintritt, weiß keiner. Die notwendige Einsparung - mit das Interessanteste - im Budget II, Zuweisungen und Zuschüsse, ist gesunken. Nach der **alten Finanzplanung** hätten wir noch 470 Millionen € einsparen müssen. Herr Wiegard, Herr Koch, wir haben damals sehr stark angezweifelt, ob das möglich ist. Jetzt sind es nur noch 300 Millionen €. Das ist ja erfreulich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Mit größter Freude.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Heinold, ist Ihnen aufgefallen, dass die Annahmen zur Zinsentwicklung des Jahres 2010 von der Wirklichkeit überholt worden sind, weil sich das Zinsniveau auf einem historisch signifikanten Tiefpunkt befindet und auch bleiben wird, und dass deshalb die Annahmen über die weitere Zinsentwicklung strukturell geändert werden mussten?

(Monika Heinold)

- Ja, das ist mir aufgefallen. Vielleicht ist Ihnen in der Nachrichtenlage heute Morgen und gestern aufgefallen, dass es unsicher ist, wie sich die Zinsen entwickeln werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Kollegen Ulrich Schippels?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Frau Heinold, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass in dem Haushaltsentwurf, den die Fraktion DIE LINKE vorgelegt hat, genau das, was jetzt an verminderten Zinsausgaben in der mittelfristigen Finanzplanung steht, vorhergesehen war?

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SSW)

- Herr Schippels, ich wäre keine gute Parlamentarierin, wenn ich nicht zur Kenntnis nähme, was Sie vorgelegt haben.

(Beifall und Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, die für 2020 geplanten **Personalkosten** sind um 90 Millionen € gestiegen. Auch das kann Herr Kubicki bestimmt erklären. Die erwarteten Steuereinnahmen - das wurde gesagt - sind erhöht worden. Welch wundersame Veränderungen von einem Jahr zum anderen!

Wie die tatsächliche Entwicklung sein wird, steht in den Sternen, das ist schwer abzuschätzen. Denn niemand weiß, wie sich die globale Wirtschafts- und Finanzmarktkrise auswirkt, ob sich die Märkte stabilisieren. Nur Herr Koch, optimistisch, wie er immer ist, sagt: Schaut doch einmal in unsere mittelfristige Finanzplanung, eigentlich ist die Finanzkrise schon vorbei. Herr Koch, ich hoffe, Sie behalten recht.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Finanzminister, es gibt immer wieder die These, die **Banken** hätten mit all dem eigentlich nichts zu tun, wenn wir sparsam gewirtschaftet hätten, hätten wir kein Problem. Auch dies ist eine abstruse These. Wenn man allein die Dividende der **HSB Nordbank** nähme, die wir hätten, wenn es die Fi-

nanzmarktkrise nicht gegeben hätte, wenn es die gnadenlosen und verantwortlichen Spekulationen nicht gegeben hätte, dann wären wir in der Einnahmesituation des Landes weiter. Insofern haben uns die Banken natürlich Geld gekostet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch nicht klar, welche **neuen Bundesgesetze**, welche **europäischen Verpflichtungen** auf das Land zukommen, für die wir zahlen müssen. Wer mag darauf wetten, dass Bundeskanzlerin Merkel den liberalen Steuersenkungswahn abwendet?

(Christopher Vogt [FDP]: Dann waren Sie von den Grünen ja wahnsinnig!)

Wer kann sagen, ob sich die Bundesregierung auf das von Ihnen, Herr Finanzminister, verfolgte sinnvolle Ansinnen der **Bund-Länder-Anleihen** einlässt? Gut wäre es, aber auch hier wissen wir nicht, wie es kommt. Dennoch ist die **mittelfristige Finanzplanung** mit all ihren Unsicherheiten natürlich das Gerüst, an dem wir uns orientieren müssen.

Konkret wird es werden, wenn die Landesregierung dem **Stabilitätsrat** Mitte Oktober ihr Sanierungsprogramm übermittelt. Finanzminister Wiegard wird wahrscheinlich schon jetzt wissen, welche unangenehmen Botschaften im Sparpaket stecken. Denn vor ein, zwei Wochen hat er das Wort der „charakterlosen Schuldenpolitik“ erfunden.

Herr Wiegard, ich glaube, Sie machen das, um ein bisschen vorzubeugen, damit Sie bei all dem, was auf das Land zukommt, schon einmal sagen können: Die Verantwortung tragen andere, da sind die charakterlosen Ganoven, ich, Herr Wiegard, bin der Retter des Landes.

Herr Finanzminister, Sie sind bereits seit sechs Jahren Finanzminister. Tun Sie doch nicht so, als hätten Sie das Ruder gerade erst übernommen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben in den ersten Jahren Ihrer Regierungsverantwortung zugelassen, dass der Landeshaushalt mit unverantwortlichen **neuen Schulden** und neuen Programmen aufgebläht wurde.

(Lachen bei der CDU)

Ich erinnere an den **Schleswig-Holstein-Fonds** und all die Projekte von Wirtschaftsminister Austermann, die zurzeit pleitegehen, die wir alle unfertig vor der Tür haben und die das Land viel Geld gekostet haben. Alles hat Finanzminister Wiegard abgesegnet.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des Abgeordneten Lars Harms [SSW] und vereinzelt bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Das kommt ja echt von der Richtigen!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Carstensen?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Natürlich.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Frau Kollegin Heinold, ich weiß, dass Sie das wissen, weil Sie ja eine Abgeordnete sind, die wenig vergisst. Können Sie vielleicht noch einmal bestätigen, dass wir **2005** einen Haushalt übernommen haben, der seinerzeit mit einer **Nettoneuverschuldung** von 550 Millionen € gerechnet hat und wo anschließend bei den Koalitionsverhandlungen deutlich wurde, dass es zusätzlich zu den 550 Millionen € noch eine Deckungslücke von 940 Millionen € gab? Können Sie mir bitte noch sagen - weil ich manchmal etwas vergesse -, wer damals für den vorgelegten Haushalt verantwortlich war?

(Beifall bei CDU und FDP)

- Herr Abgeordneter Carstensen, diese Frage beantworte ich Ihnen gern, wir haben das mehrfach miteinander diskutiert. Es war die rot-grüne Regierung, die verantwortlich war für eine Vorlage, die nicht durchfinanziert war. Es war die schwarz-rote Regierung, die dieses nicht Durchfinanzierte noch einmal mit 2 Millionen, 3 Millionen € versehen hat, um die Ausgaben in den nächsten Jahren besser abzubauen zu können. Auch dies ist erkennbar. Wenn ich mich so gut erinnere, erinnern Sie sich vielleicht auch besonders gut an den **Schleswig-Holstein-Fonds**, ich glaube, so 120 Millionen € jährlich, rein neu kreditfinanziert. Wenn Sie sich daran erinnern, erinnere ich mich auch gern an die Dinge, die ich zu verantworten habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister lobt sich gern selbst für die Schuldenbremse, so, als hätte er das erfunden. Auch dies ist falsch, Herr Finanzminister. Sie haben in den ersten Jahren Ihrer Regierungszeit nicht die Schuldenbremse erfunden, sondern erst nachdem der Bundesgesetzgeber die

Schuldenbremse in das **Grundgesetz** geschrieben hatte, als sie für Schleswig-Holstein schon stand, hat auch der Landtag die Schuldenbremse beschlossen.

Herr Finanzminister, Sie wissen genauso gut wie Ihr Ministerpräsident: Wenn wir die Schuldenbremse, wie wir sie verankert haben, nicht verankert hätten, hätten Sie mit diesem Doppelhaushalt nach der alten Vorgabe die Verfassungsgrenze gerissen. Auch dies gehört zur Ehrlichkeit dazu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Wiegard, wenn wir den Blick zurück wagen - Sie waren einmal Oppositionspolitiker, und Sie waren in diesen Zeiten kein Musterknabe -: Jede Sparmaßnahme wurde von Ihnen als finanzpolitischer Sprecher hart bekämpft - ob Kürzung beim Weihnachtsgeld, beim kommunalen Finanzausgleichs, beim Blindengeld, bei der Landwirtschaftskammer, bei der Einführung der Oberflächenwasserentnahmeabgabe oder bei der Zusammenlegung von Verwaltungen. Die CDU sagte stets Nein. Stattdessen wurden dicke Wunschlisten eingereicht.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

Herr Wiegard, ich habe mir das noch einmal angeguckt. Das würde sich heute nicht einmal DIE LINKE trauen. Ihnen sollte die Schamesröte ins Gesicht steigen, wenn Sie sich Ihre damaligen Haushaltsanträge angucken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im letzten Doppelhaushalt, den Sie aus der Opposition heraus vorgelegt haben, haben Sie jedes Jahr 100 Millionen € mehr gefordert für Städtebauförderung, Wissenschaft, Wirtschaft, Straßenbau, sogar Landwirtschaft und Tourismus. - Für den Tourismus 10 Millionen € mehr!

(Christopher Vogt [FDP]: Für sinnvolle Dinge!)

Mein tourismuspolitischer Sprecher wird angesichts dieser Möglichkeiten von Opposition ganz neidisch.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich will nur eine Million!)

Hinzu kamen 700 neue Lehrerstellen, mehr Geld für Studenten, innere Sicherheit und so weiter. Herr Finanzminister, ich sage Ihnen: Es war auch diese Art von verantwortungsloser Oppositionspolitik, welche uns tief in die Schuldenfalle getrieben hat.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen bei CDU und FDP)

So viel zu dem Thema Vergangenheit frisst Zukunft, Herr Wiegard.

(Zurufe von CDU und FDP - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, es besteht das Bedürfnis nach einer weiteren Zwischenfrage. Würden Sie diese zulassen?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich kann das gut verstehen. Ja.

(Lachen bei CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Wir auch!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat nun der Herr Kollege Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Heinold, ich bewundere - das wissen Sie - Ihr Auftreten in finanzpolitischen Fragen. Deshalb frage ich Sie jetzt nach dem Vorwurf gegenüber der CDU-Opposition zur damaligen Zeit, sie sei in den Vorschlägen unseriös und unsolide. Wie bewerten Sie denn Vorstellungen in der heutigen Zeit, denen zufolge Schülerbeförderungskosten wieder erstattet werden sollen, denen zufolge das dritte beitragsfreie Kindergartenjahr eingeführt werden soll, wonach mehr Lehrer in das Bildungssystem sollen? Ist das dann nicht auch unsolide?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- Alle Vorschläge, die nicht gegenfinanziert sind, sind unseriös und unsolide.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Ah! Also auch Ihre Vorschläge!)

Deshalb unsere Haushaltsvorlage. Der Unterschied, den es gibt - ich komme gleich noch auf den Punkt zu sprechen -, besteht darin, dass diese Seite des Hauses nicht nur Sparmaßnahmen, sondern auch Einnahmesteigerungen als Möglichkeit sieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat in den letzten Jahren gezeigt, dass Oppositionspolitik auch anders möglich ist. Solide Haushaltskonsolidierung und Opposition müssen kein Widerspruch sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir haben Vorschläge zur Verwaltungsreform, zur Gebietsreform, zu Kürzungen bei der Landwirtschaftskammer, zur Kürzung der Wirtschaftsförderung gemacht, und wir haben auch das unangenehme Thema der Pensionen aufgegriffen. Wir haben ehrlich gesagt: Wer in Bildung investieren möchte, der kommt an Steuererhöhungen nicht vorbei.

Herr Minister de Jager, in dem letzten Interview, das ich von Ihnen gelesen habe, haben Sie gesagt: „Wer sparen will, kann doch nicht am Anfang schon darüber nachdenken, wem er als Erstes in die Tasche greift.“

(Beifall des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

Das, Herr Minister de Jager, geht an der Realität vorbei. - Bitte jetzt klatschen, Herr Koch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ist das die neue Modernität der CDU? Wie war das denn bei der Grunderwerbsteuer? Die haben Sie doch inzwischen auch erhöht, nachdem Sie dies jahrelang bekämpft haben. Sie werden noch feststellen, meine Damen und Herren: Wer in Schulen und Hochschulen investieren will, wer den Ganztagsunterricht will, wer die Kinderbetreuung verbessern und Bildungsgerechtigkeit stärken will, wer die Herausforderungen des neuen Energiezeitalters und des demografischen Wandels meistern möchte, der wird an Einnahmesteigerungen nicht vorbeikommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Man kann die Einnahmen nur einmal ausgeben, nicht fünfmal!)

Wenn man davon spricht, dass Haushalte nachhaltig und solide aufgestellt werden sollen, dass das Land zukunftsfähig sein soll, dass wir Bildungsgerechtigkeit herstellen und sichern wollen, dann müssen wir in diesem Parlament eine Übereinkunft darüber haben, dass Sparen auf der einen Seite und Einnahmesteigerungen auf der anderen Seite zwingend zusammengehören.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Wir waren schon ein Stückchen weiter. In der **alten Finanzplanung** hatte Finanzminister Wiegard dies ja angedeutet und hatte gesagt, dass man auch auf Einnahmesteigerungen durch Steuerrechtsänderungen setzen müsse.

(Zurufe von der CDU)

Herr Wiegard, Sie haben einmal das Wachstum berechnet und zusätzlich zum Wachstum von strukturellen Einnahmesteigerungen auch schon von einer **Veränderung der Mehrwertsteuer** gesprochen. Das sind **Steuererhöhungen**, und die werden wir brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf von Minister Rainer Wiegard)

Meine Damen und Herren, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit müssen die Leitplanken der Haushaltspolitik des Landes sein. Daran werden wir Grünen uns auch weiterhin orientieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen, dass Zwischenrufe von der Regierungsbank zu unterlassen sind. Ich möchte Sie bitten, sie künftig zu unterlassen.

Nunmehr erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Ihre Vorstellungen über **Bund-Länder-Anleihen** sind wieder einmal kein Glanzstück scharfsinniger Analyse und konsistenter Rationalität. Eurobonds lehnen Sie ab, da der Bund dann höhere Zinsen am Kapitalmarkt zahlen müsste, Deutschland-Bonds dagegen befürworten Sie, obwohl der Bund dann höhere Zinsen am Kapitalmarkt zahlen müsste.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gerade nicht!)

Diese Logik müssen Sie mir einmal erklären, Herr Wiegard. Spätestens seit der **Lehman-Pleite** sollte auch der letzte Finanzminister wissen, dass wir es mit einem **globalen Finanzsystem** zu tun haben. Spätestens seit der Lehman-Pleite, Herr Minister,

sollte bekannt sein, dass wir ein international abgestimmtes Vorgehen, mindestens aber ein europäisch abgestimmtes Vorgehen brauchen. Warum brauchen wir das? - Wir müssen den Herausforderungen der internationalen Finanzjongleure, die auch nicht davor zurückschrecken, ganze Länder in die Pleite zu führen, widerstehen.

Herr Minister Wiegard, Ihre Argumentation wird den globalen Herausforderungen nicht gerecht. Sie betreiben weiterhin eine bornierte, eine provinzielle Kirchturmpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wird schon allein dadurch deutlich, dass Sie mit Ihrer Logik, wenn Sie griechischer Finanzminister wären, selbstverständlich für Eurobonds eintreten müssten.

Das Sein bestimmt das Bewusstsein, beziehungsweise die Perspektive entscheidet über die Bewertung von Instrumenten. Das ist eine Regierungslogik, die beinahe an Ihre Glanzleistung heranreicht, den Schülerinnen und Schülern einreden zu wollen, dass jetzt bei den Schulen gekürzt werden muss, damit es ihnen später besser geht. Auch das haben wir ja heute in veränderter Form wieder gehört.

Bei einer solchen Logik der Regierung wundert es mich schon, dass sich immer noch 7 % der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner für die Fortsetzung dieser Koalition aussprechen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Europa ein abgestimmtes Vorgehen und keine Rhetorik à la Wiegard. Übrigens: Wie Sie wissen, Herr Finanzminister, ist **Schleswig-Holstein**, was die **Zinsen** angeht, schon jetzt Profiteur der Schieflage auf den Finanzmärkten. Das Geld sucht sichere Häfen. Deshalb können wir auch in Schleswig-Holstein inzwischen Geld zu einem Zinssatz aufnehmen, der unter der Inflationsrate liegt. Mehr ist dazu eigentlich nicht zu sagen. - Vielleicht noch eine kleine ironische Bemerkung: Wenn man sich anschaut, dass wir heute Zinsen zu einem Zinssatz aufnehmen können, der unter der Inflationsrate liegt, könnte man auch zu der Meinung kommen, dass man das Land dadurch wieder ins Lot bringt, dass man mehr Schulden aufnimmt,

(Lachen bei der CDU)

weil sich die Schulden durch die Zinsentwicklung letztlich rentieren. - Das sage ich aber nur ironisch.

(Zurufe von der CDU: Ach!)

Aber in diese Richtung geht der **Finanzmarkt**, was unsere Situation und die Frage angeht, wie wir uns

(Ulrich Schippels)

refinanzieren können. Auch Sie haben vorhin auf diesen Zustand verwiesen, dass die **Zinszahlungen** deutlich geringer sind als ursprünglich angenommen.

Viel interessanter als die gesamte Debatte um **Deutschlandbonds** ist in meinen Augen aber Ihr **Finanzplan** für die Jahre **2011 bis 2015**, und dies vor allem deshalb, weil nichts darin steht. Er enthält keinen Weg heraus aus der Misere. Kein Wunder; das geht ja auch nicht. Dies ist der zweite Finanzplan, den ich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter zu Gesicht bekomme. Ich habe mich immer gefragt: Was soll mir diese bunte Ansammlung von Grafiken denn eigentlich zeigen? Zuerst dachte ich, das liegt an mir; aber inzwischen bin ich klüger.

Schon der **Rechnungshof**, Herr Minister, kritisiert in den Bemerkungen 2011 auf Seite 42/43 - ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin -:

„Die Finanzplanung enthält für die Jahre 2013 und 2014 nur die Zielplanung für den Abbau des strukturellen Defizits. Ausgabenplanungen der Ressorts sind nicht eingeflossen. Die Finanzplanung liefert damit keine detaillierte Planung der notwendigen Sanierungsschritte ab 2013. Damit weiß die Landesregierung nicht, welche konkreten Anstrengungen sie noch leisten muss, um den Sanierungspfad einzuhalten.“

Das ist die Beurteilung des Landesrechnungshofs, was Ihren Finanzplan angeht. Genau das ist der Punkt. Die Landesregierung weiß nämlich nicht, welche konkreten Anstrengungen sie noch leisten muss, um den Sanierungspfad einzuhalten. Sie lehnen sich beruhigt zurück, weil Sie wissen, dass Sie im nächsten Jahr den Stab ohnehin weitergeben.

Ein weiterer Bericht hat mich nachdenklich gemacht. Der **Stabilitätsrat** hat in seinem Evaluationsbericht vom 10. März dieses Jahres gesagt, die Finanzplanung für die Jahre 2013 und 2014 liege nicht in der in § 52 Haushaltsgrundsatzgesetz vorgesehenen Form vor, sondern sei weniger detailliert und spezifiziert. Das ist genau der Punkt, Herr Minister. Ihr Finanzplan ist in meinen Augen eine leere Hülle.

Nehmen Sie sich doch einmal ein Beispiel an ihren Vorgängerinnen und Vorgängern. Ob es nun Herr Möller oder Frau Simonis war, bei deren mittelfristigen Finanzplanungen sind die Planungen detailliert in Maßnahmengruppen dargestellt worden, ebenso übrigens auch die geplante Entwicklung der Einzelhaushalte. Das vermisse ich bei Ihrer Finanzplanung. Auch die **Entwicklung einzelner Projek-**

te wurde damals detailliert beschrieben. Bei Ihnen finde ich nichts. Niente. Nada. Transparenz, Herr Minister, sieht in meinen Augen anders aus.

Ich weiß schon, warum Sie das nicht machen: Sie würden zu vielen Menschen auf die Füße treten. Sie müssten die Grausamkeiten der nächsten Jahre dokumentieren. Ich verstehe, dass Sie sich davor sträuben; aber eine Vogel-Strauß-Politik hilft uns an dieser Stelle auch nicht weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Einen letzten Punkt möchte ich an dieser Stelle ansprechen. Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, die sich mit Sozialpolitik beschäftigen - ich glaube, bei der FDP gibt es nicht sehr viele Sozialpolitiker, aber meine Damen und Herren von der CDU -, schauen Sie sich vielleicht nicht den gesamten Finanzplan an, aber schauen Sie sich Seite 57 an! Dort finden Sie eine schöne, bunte Grafik. Was steht dort? - Dort steht, dass laut schleswig-holsteinischer Verfassung der zulässige **strukturelle Fehlbetrag** im Jahr 2011 bei 1,01 Milliarden liegt. Im laufenden Haushalt, der hier ja auch mit Ihren Stimmen verabschiedet worden ist, steht aber, dass sich dieser Fehlbetrag nur auf 900 Millionen € beläuft. Das heißt auf Deutsch: Sie hätten im Haushaltsjahr 2011 110 Millionen € mehr an strukturellen Ausgaben einplanen können, ohne die Hürde der Schuldenbremse zu reißen. Im Jahr 2012 wären es sogar 120 Millionen €. Nach der Vereinbarung mit dem Stabilitätsrat hätten Sie im Jahr 2011 sogar 430 Millionen € und im Jahr 2012 immerhin noch 250 Millionen € zusätzlich einplanen können. Und uns allen wurde erzählt, dass die **Kürzungen im sozialen Bereich** notwendig seien, um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. - Pustekuchen. Es wurde mit gezinkten Karten gespielt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir hätten - ohne die Landesverfassung zu brechen - drei beitragsfreie Kita-Jahre sowohl 2011 als auch 2012 finanzieren können. Das Gleiche gilt für das Blindengeld, die Schülerinnen- und Schülerbeförderung, für die vielen sozialen Projekte, die zusammengestrichen worden sind, für die Frauenhäuser. Selbst die notwendige Entlastung der Kommunen wäre drin gewesen.

Ein Letztes noch: Der Finanzplan zeigt auch, dass zukünftig die Luft dünner wird, ganz klar.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage der Abgeordneten Heinold. Lassen Sie diese zu?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Gern doch.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte, Frau Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ich Ihnen immer mit Freuden und genau zuhöre, stellt sich die Frage - Sie haben eben eine Reihe von Maßnahmen aufgelistet, die Sie hätten in diesem Jahr umsetzen wollen -: Was ist die Gesamtsumme dieser Maßnahmen, und was hätte das - nehmen nur einmal das Jahr 2012 - für das Jahr 2012 an Zinsbelastungen gekostet?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Liebe Frau Heinold, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten unseren Haushaltsentwurf gelesen. Darin steht alles. Ich bitte Sie, da hineinzugucken. Wir haben damals einen durchbilanzierten Haushaltsentwurf vorgelegt, der genau das alles beinhaltet.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine Nachfrage der Kollegin Heinold?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Ja, aber ich weise noch einmal darauf hin, dass sie vorhin gesagt hat, sie kenne unseren Entwurf.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau, aber verzeihen Sie mir, dass es mir nicht mehr rememberlich ist, wie die Gesamtsumme war. Würden Sie mir netterweise auf die Sprünge helfen?

(Beifall der Abgeordneten Dr. Michael von Abercron [CDU], Torsten Geerds [CDU] und Ursula Sassen [CDU])

- Wissen Sie, Frau Heinold, offensichtlich haben Sie so viel Nachholbedarf, dass ich Ihnen gern noch einmal unseren gesamten Entwurf zuschicken oder geben werde, sodass Sie alles noch einmal detailliert nachlesen können. Da sind so viele Feinheiten

und Feinheiten drin, dass Sie noch ordentlich etwas lernen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sie lassen keine weiteren Zwischenfragen zu?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Wenn es noch eine andere Frage ist, gern, wenn es das dritte Mal die gleiche Frage ist, dann nicht.

(Heiterkeit)

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist eine andere Frage, weil ich diesmal nicht darum bitte, dass Sie mir die Zahl nennen, sondern fragen möchte, ob Ihnen selbst die Zahl noch rememberlich ist.

(Heiterkeit)

- Frau Heinold, diese Frage ist mir, ehrlich gesagt, zu blöd, um Sie an dieser Stelle zu beantworten. Wir können darüber wirklich reden. Es ist überhaupt kein Problem, Ihnen die Zahlen zu nennen. Mamma mia!

Ein Letztes noch: Der Finanzplan zeigt auch, dass künftig - ich habe es gesagt - die Luft dünner wird. Ganz klar. Ohne erhebliche Mehreinnahmen für Land und Kommunen durch eine gerechte Steuerpolitik auf Bundesebene wird die Reduzierung der Schulden scheitern. Wir brauchen eine **Umverteilung** von oben nach unten.

(Beifall bei der LINKEN)

Unten sind auch Bund, Länder und Kommunen. Wir brauchen die Ausfinanzierung des Staates, gerade auch für die Schwachen im Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil hier zu den aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten und zur Schuldenbremse im Allgemeinen geredet worden ist, noch Folgendes: Ich möchte an die aktuelle Debatte, die von der saarländischen Ministerpräsidentin losgetreten worden ist, die übrigens auch Finanzpläne vorlegt, die ein bisschen differenzierter sind als das, was uns hier vorgelegt worden ist, erinnern. Sie hat gesagt - in meinen Worten -

(Heiterkeit)

dass wir uns in der jetzigen Situation überlegen müssten, ob wir die **Schuldenbremse** so, wie sie in einer Schönwetterperiode - das sage ich jetzt - geplant war, in diesen Krisenzeiten auch eins zu eins

(Ulrich Schippels)

umsetzen können. - Ich sage Ihnen: Wenn sich die Wirtschaftslage verschlechtert, wenn sich die Finanzkrise, was sich abzeichnet, wieder verschärft - Herr Koch, ich bin da nicht so optimistisch wie Sie -,

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

dann wird es vielleicht nicht nur regnen, sondern dann gibt es auch Glatteis. Und wer bei Glatteis die Bremse zieht, Herr Koch, der landet mit dem ganzen Land an der Wand.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin jetzt fertig, und wir bereden das in der Kantine.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lars Harms von der SSW-Fraktion.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch der SSW steht der Einführung von **gemeinsamen Anleihen von Bund und Land** offen gegenüber. Wir begrüßen den Vorstoß von CDU und FDP, weil durch die geringeren Zinsen der gemeinsamen Anleihen 20 Millionen oder sogar 40 Millionen € jährlich eingespart werden können. Ich möchte auch gleich hinzufügen: Es würde nicht dazu kommen, dass die Bundesrepublik Deutschland mehr Zinsen zu bezahlen hätte, sondern wir würden nur durch den Zinsvorteil, den die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer Bonität bekommt, die angeblich höher sei als unsere - was eigentlich gar nicht stimmt, weil wir in einem Haftungsverbund sind und die Bundesrepublik Deutschland diesen nicht verlieren würden -, viel besser dastehen. Ein Antrag, durch den wir finanziell besser dastehen, dem kann man auch zustimmen. Wir werden das auf jeden Fall tun.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Klar ist nämlich, dass unserem Land hierdurch ein größerer **Spielraum** eröffnet wird, um die Bedingungen der **Schuldenbremse** zu erfüllen, ohne dabei gleich die soziale Infrastruktur in Schutt und Asche zu legen und minderheitenpolitische Grundsätze über Bord zu werfen. Dieses Einsparpotenzial sollten wir deshalb dringend nutzen, damit wir auch größere Spielräume bekommen.

Der Finanzminister hat recht, wenn er die Idee der Einführung von gemeinsamen Anleihen der Euro-

länder unter der völlig unklaren europäischen Finanzverfassung kritisiert. Aus Sicht des SSW sind **Eurobonds** das falsche Mittel, um die aktuelle Finanzkrise in den Griff zu bekommen. Eine solche Maßnahme ist nur dann vertretbar, wenn die beteiligten Länder über gleiche rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen verfügen. Unter den heutigen Gegebenheiten wären die Belastungen auch für die Steuerzahler in Schleswig-Holstein allerdings enorm.

Doch abgesehen davon ist diese Diskussion schon deshalb absurd, weil sich Berlin gegen die Anwendung dieses Instruments in den Beziehungen zwischen Bund und Ländern bisher sperrt. Dabei bewegen wir uns hier im Rahmen einer klar geregelten **Finanzverfassung**. Im Gegensatz zur Europäischen Union haben wir **in Deutschland** durch den **Länderfinanzausgleich** einen **Haftungsverbund**. Damit bestehen keine rechtlichen Einwände gegen die Einführung von Bund-Länder-Anleihen. Wie gesagt, wirtschaftliche bestehen ohnehin nicht.

Auch die immer wieder vorgebrachten Bedenken des Bundes, man würde durch gemeinsame Anleihen Zinsvorteile verlieren und finanzschwache Länder zum Schuldenmachen verleiten, sind mittlerweile hinfällig. Bund und Länder haben mit der Schuldenbremse gemeinsam Verantwortung für die Konsolidierung der Haushalte übernommen. Wir alle wissen, dass Schleswig-Holstein seinen Teil dazu beiträgt und die Vorgaben zur Senkung der Neuverschuldung gerade übererfüllt hat. Vor diesem Hintergrund ist es unverantwortlich, den Ländern weiterhin die Vorteile aus gemeinsamen Anleihen zu verwehren. Wir meinen, dass der **Bund** sich in dieser Angelegenheit endlich bewegen muss.

Mit Blick auf den vorliegenden Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 will ich vor allem eines deutlich machen: Der SSW steht zur Schuldenbremse und zu den Verpflichtungen, die daraus resultieren. Das gilt nicht nur jetzt, sondern auch für kommende Regierungen. Wir alle wissen, dass Artikel 59 a der Landesverfassung die Landesregierung verpflichtet, über den Abbau der strukturellen Verschuldung zu berichten. Angesichts der Dynamik bei der steuerlichen und konjunkturellen Entwicklung halten wir es auch für sehr wichtig, dass die Zahlen fortlaufend aktualisiert werden.

Im Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass die Darstellung für die Jahre 2011 und 2012 auf dem geltenden Doppelhaushalt und der November-Steuerschätzung beruhen. Doch heute ist klar zu sehen, dass die negativen Konjunktureffekte weit geringer

(Lars Harms)

ausfallen als vermutet. Klar ist, dass uns diese nicht verbuchten zusätzlichen Mehreinnahmen entsprechend größere **Spielräume** bei den Konsolidierungsbemühungen bringen. Aus Sicht des SSW muss die aktuelle positive Entwicklung der Steuereinnahmen dringend genutzt werden, um die Entscheidung im Rahmen des Sparpakets genau auf ihre Verhältnismäßigkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls auch in Einzelfällen zu korrigieren. Natürlich ist dabei zu bedenken, dass die konjunkturell bedingten Einnahmen in den Schuldenabbau fließen müssen. Doch ich möchte noch einmal festhalten, dass darüber hinaus Spielräume bestehen und Nachjustierungen möglich sind. Das gilt nicht nur für den bestehenden Haushalt, sondern natürlich auch für die Haushaltsplanung der kommenden Jahre. Da gibt es durchaus Spielräume, die man entsprechend nutzen kann.

Von dieser Möglichkeit muss die Landesregierung nach unserer Auffassung deshalb auch dringend Gebrauch machen, denn sie trägt nicht nur die buchhalterische Verantwortung für die Kasse Schleswig-Holsteins, sondern eben auch die politische Verantwortung für die Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger und die Modernisierung des Landes.

Ich möchte aber auch noch eines zu dem sagen, was am Anfang der Debatte stand, nämlich immer wieder der Versuch, Schuld zuzuweisen und zu sagen: Ihr seid Schuld für die und die finanzielle Lage, die sich irgendwann einmal im Laufe der Jahrzehnte ergeben hat. Alle Regierungen und alle Parteien haben sich daran beteiligt, dass wir Schulden gemacht haben.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, es gehört zur Ehrlichkeit dazu. Wenn man sich selbst in seinen Entscheidungen infrage stellt, ist man besser in der Lage, später vernünftige Entscheidungen treffen zu können. Wenn wir gucken, was von uns allen als das größte Problem angesehen wird, ist es die Personalausstattung. Da kann man sich schon einmal die Frage stellen, wer in den letzten 30 oder 40 Jahren Personal eingestellt hat. Da sind wir alle nicht die Päpste, um es einmal so zu sagen, sondern da sind wir alle diejenigen, die dieses zugelassen haben, die immer auch auf Kosten kommender Generationen Personal eingestellt haben. Ich finde, es gehört zur Reflexion dazu, dass man eigene Entscheidungen auch selbst einmal infrage stellt.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem: Die **Schuldenbremse** steht, und das ist das eigentlich Wichtige. Alle Entscheidungen, egal welcher Regierungen und welcher Couleur, sind immer auch vor dem Hintergrund der Schuldenbremse zu sehen. Die Schuldenbremse führt dazu, dass wir uns alle, egal welcher Couleur, in unserer politischen Gestaltungsfreiheit selbst einschränken müssen. Das ist ein gemeinsamer Entschluss - bis auf die LINKEN -, den wir hier im Landtag getragen haben. Das war ein sehr, sehr schlauer und ein sehr, sehr kluger Beschluss, dies so zu machen.

Lieber Kollege Schippels, natürlich kann man politische Prioritäten setzen. Da unterscheiden wir uns auch alle. Die Umsetzung von Politik darf aber in Zukunft nicht nur auf Kosten der kommenden Generation geschehen. Das führt dazu, dass wir politische Prioritäten setzen können, aber das Konto nicht überziehen. Das ist etwas, das ganz, ganz klug ist. Frau Kollegin Heinold hat vorhin gesagt: Politische Beschlüsse müssen gegenfinanziert sein. Genau das ist richtig. Das heißt nicht, dass wir unsere soziale Kompetenz oder unsere soziale Gerechtigkeit irgendwo hier an der Tür abgeben,

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber es heißt, dass man sich einen Kopf macht, wie man die ganze Geschichte finanziert. Das ist auch gut so.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister Wiegard, Sie haben das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir einen ergänzenden Hinweis. Herr Schippels war in seinem Beitrag der Meinung, wir sollten in jedem Jahr jeweils an die **Grenze** der zulässigen **Neuverschuldung** gehen, um damit weitere konsumtive Ausgaben zu finanzieren.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Wir werden am Jahresende vermutlich wieder einmal nur deshalb neue Schulden machen müssen, weil wir davon Zinsen für alte Schulden zahlen müssen - wieder einmal.

(Minister Rainer Wiegard)

(Beifall bei CDU und FDP)

Ohne Zinsen für alte Schulden würden wir in diesem Jahr wahrscheinlich wieder einen Überschuss ausweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Jetzt stellen Sie wieder die Frage nach der Verantwortung. - Damit könnte man viele, viele schöne Dinge machen. Wir haben es in den vergangenen 20 Jahren erlebt, jedes Jahr an die Höchstgrenze dessen zu gehen, was zulässig ist, und zum selben Zweck zusätzlich auch noch die **Veräußerung von Landesvermögen**. Das hat uns nicht richtig vorangebracht. Deshalb sage ich: Je schneller wir davon wegkommen,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

immer neue Schulden für Aufgaben zu machen, die wir eigentlich aus unserer eigenen Leistungsfähigkeit bezahlen müssten, desto besser ist es für unser Land. Wir müssten dann nicht Ausgaben für **Zinsen** tätigen, sondern für Bildung, für Forschung und für Infrastruktur. Das ist der richtige Weg, den wir gehen müssen.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

Mein Vorstoß zu den gemeinsamen **Bund-Länder-Anleihen** ist von allen guten wie schlechten Seiten inhaltlich umfassend beleuchtet worden. Vor der Abstimmung setze ich Sie darüber in Kenntnis, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mir einen Brief geschrieben hat, der mir diese Woche zugeht, indem er - wie auch seine Vorgänger - gemeinsame Bund-Länder-Anleihen nach wie vor ablehnt. Er hat allerdings seine Begründung reduziert, nicht auf die vielfältigen Punkte, die ich den finanzpolitischen Sprechern schon einmal erläutert habe, sondern er hat sich lediglich darauf kapriziert, dass er davon ausginge, dass diese Anleihen dann für den Bund teurer würden.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Aha!)

Für uns ist dieses Argument überhaupt nicht nachvollziehbar, weil ein Land nach der deutschen Finanzverfassung nicht pleitegehen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

- Herr Kollege Schippels, das gilt für Europa in diesem Sinne eben nicht. Denn es gibt kein Einstands-

gebot. Es gibt sogar derzeit noch ein absolutes **Verbot**, für die **Schulden anderer Länder** aufzukommen. Das gibt es in Deutschland nicht.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Deshalb ist für mich dieses Argument völlig unschlüssig. Es ist auch völlig unschlüssig, dass es den Bund Renommee kosten soll, wenn dieser Anleihen ausgibt und den Ländern dann entsprechende Anteile abtritt, und zu einer Verteuerung dieser Anlagen führt. Das können wir nicht nachvollziehen. Deshalb bleibe ich dabei und werde weiterhin mit dem Bundesfinanzminister und der Bundesregierung darüber verhandeln, dies zu erreichen.

Ich vermag nicht einzusehen, dass wir viele Ausgaben in den notwendigen Ausbau unserer Infrastruktur nicht tätigen können, während wir gleichzeitig auf Schulden Zinsen zahlen, die wir in dieser Höhe nicht verzinsen müssten, und höhere Zinsen zahlen, als es notwendig ist. Dies vermag ich nicht einzusehen. Dies muss im Verbund mit anderen Ländern erreicht werden.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, der Minister hat die Redezeit für die Landesregierung noch einmal um 3 Minuten überzogen. Diese stünden Ihnen nun auch zu. - Ich sehe, dass davon nicht Gebrauch gemacht werden soll. Ich schließe deshalb die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

Frau Kollegin Herdejürgen, ich muss zunächst fragen, ob ich Sie richtig verstanden habe. Sie wollen im Ausschuss noch einmal debattieren. Gilt das nur für den Bericht, oder gilt das auch für den Antrag?

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Für den Finanzplan!)

- Für den Finanzplan. - Gehe ich dann richtig in der Annahme, dass alle damit einverstanden sind, dass wir zum Finanzplan zunächst über Ausschussüberweisung abstimmen und dann über den Antrag in der Sache? - Gut. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1741, zur abschließenden Beratung dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig beschlossen.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Es ist beantragt worden, über den Antrag Drucksache 17/1856 in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE angenommen.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels
[DIE LINKE])

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 31 A auf:

Rückenwind für Husum-Messe

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP
[Drucksache 17/1902 \(neu\)](#)

Antrag der Fraktionen von SPD und SSW
[Drucksache 17/1906 \(neu\)](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Robert Habeck von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist das Land der erneuerbaren Energien und die **HUSUM Wind** ist deren Aushängeschild. Sie ist Symbol der erneuerbaren Energien, und damit ist sie ein Symbol des Landes Schleswig-Holstein. Deshalb muss die HUSUM Wind bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW sowie vereinzelt bei CDU und SPD)

Wenn die **Hamburger Messe** und der VDMA eine eigene große Windmesse eine Woche vor der HUSUM Wind ankündigt, dann ist das die Aufkündigung wirtschaftlicher und politischer Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein.

Der Antrag, der jetzt als Dringlichkeitsantrag eingliedert und aufgerufen wurde, hieß ursprünglich „So nicht, Hamburg!“. Diese Überschrift mussten wir ändern. Im Ältestenrat haben wir einmal vereinbart - ich war selbst dabei -, keine attackierenden Überschriften zu wählen. Aber genau darum geht es: Hamburg kann nicht so agieren, weder in der Form noch in der Sache.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
CDU und SSW)

Der Weg zu einer verstärkten **norddeutschen Kooperation** ist mit markigen Aussagen von Politikern gepflastert. Sie erweisen sich angesichts eines solchen Vorgehens alle als wohlfeil. Stärkere Kooperation heißt, die Stärken des jeweils anderen zu respektieren und weiter auszubauen. Stärkere Kooperation heißt nicht, durch Alleingänge den eigenen Vorteil zu suchen. So nicht, Hamburg!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
CDU, FDP und SSW)

Wir Grünen treten offen dafür ein, die Diskussion über die Sinnhaftigkeit der bestehenden föderalen Ordnung offen zu führen, einschließlich Nordstaat, und mit der Perspektive 2019, wenn der Länderfinanzausgleich neu aufgestellt wird. Der Status quo der Bundesländer ist für uns nicht in Stein gemeißelt. Als bekennender Schleswig-Holsteiner, der in diesem Land groß geworden ist, sage ich ausdrücklich: Mehr als Schleswig-Holsteiner kann der Mensch sowieso nicht werden.

Obwohl ich das alles weiß, sage ich: Wir müssen offen über die Grenzen und über die föderalen Bedingungen, unter denen wir leben, nachdenken. Ich wohne da. Natürlich weiß ich, natürlich wissen wir um die Vorbehalte einer solchen Debatte gerade im nördlichen und im westlichen Landesteil. Deshalb ist der Kampf um die HUSUM Wind kein isolierter Fall. Das Vorgehen der Hamburger Messe und aller anderen Akteure sowie das Achselzucken des Bürgermeisters sind geeignet, die Diskussion über eine zukunftsfähige Aufstellung des Nordens insgesamt zu beenden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss man Hamburg deutlich machen, dass das billige Schielen auf den eigenen Vorteil einen hohen Preis haben wird. Wenn die HUSUM Wind eine vertiefte **Partnerschaft** mit der **Hannover Messe** eingeht, dann ist das richtig und folgerichtig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
CDU und SSW)

Es ist das eindeutige Signal, dass **Kooperationen** entweder gegenseitig erfolgen oder eben gar nicht.

Die Enquetekommission hat aktenweise Ansatzpunkte dafür gesammelt, wie und wo wir Synergien aus der Zusammenarbeit ziehen können. In der jüngsten Zeit sind aber noch nicht einmal die Projekte weiter gediehen, die seit Langem in der Röhre sind: eine gemeinsame Förderbank, ein gemeinsa-

(Dr. Robert Habeck)

mes Personalverwaltungssystem, eine gemeinsame Patentverwaltung, Aufsichtsratssitzungen der HSH Nordbank in Kiel; alles Pustekuchen! Von den großen Projekten der Kooperation im Kultur-, Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftsbereich ganz zu schweigen. Ich weiß, dass viele Fraktionen gemeinsame Sitzungen mit ihren Hamburger Schwesterfraktionen durchgeführt haben. Aber ich frage: Welche dieser Sitzungen fand in Kiel statt? - Es geht inzwischen um mehr als um die HUSUM Wind. Es geht um eine zukunftsfähige Aufstellung für den Norden insgesamt. Hamburg soll nicht glauben, dass wir allein das Hinterland für die Verbringung des Elbschlicks sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Deshalb müssen wir den Kampf um die HUSUM Wind aufnehmen, und wir müssen ihn gewinnen: auf der Regierungsebene, aber auch auf der Ebene der Parteien und Fraktionen.

(Zurufe von der SPD)

Es ist schön, wenn die SPD einen neuen Ausschuss einführen will. Ich hätte es noch schöner gefunden, wenn Sie bei der Gelegenheit Herrn Scholz gesagt hätten, dass er sich Ausschüsse schenken kann, wenn eine hundertprozentige Tochter der Stadt Hamburg, die sich noch in einer bestehenden Kooperation befindet, einfach das abgreift, was in Schleswig-Holstein attraktiv ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weber?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe darauf gewartet. Ja.

Jürgen Weber [SPD]: Ich habe ein bisschen gewartet, um Ihre Rhetorik zu ihrer vollen Entfaltung kommen zu lassen. Herr Kollege Habeck, Sie haben ausgeführt, dass es ein Skandal sei, dass die Hamburger hier etwas Erfolgreiches abgreifen. Können Sie uns erklären, warum die Industrie, die Industrieverbände und der gesamte Bereich der Windenergie - der größere Teil davon - sich ganz in Richtung Hamburg orientieren? Sind Sie

der Auffassung, dass hier marktwirtschaftliche Elemente gar keine Rolle spielen?

- In der Tat bin ich der Auffassung, dass die Politik das Primat der Politik einhalten sollte. Die SPD argumentiert damit, dass die Wirtschaft machen kann, was sie will. Dies halte ich gerade vonseiten der SPD für ein schwieriges Argument.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Herr Minister de Jager, auch Sie werden jetzt zeigen müssen, dass Sie nicht nur brüllen, sondern auch beißen können und nicht ein schwarz-gelber Papiertiger sind. Meine Damen und Herren, wenn die Messe in Husum bleibt, dann geht es weiter, dann geht es vielleicht auch wieder mit der norddeutschen Kooperation voran. Wenn Hamburg sie plattmacht, dann geht mehr kaputt als Arbeitsplätze und Achtung. Deshalb: Hamburg, so geht es nicht!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SSW und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Jens-Christian Magnussen das Wort.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, nach der eben geführten Finanzdebatte ist der Tagesordnungspunkt an dieser Stelle richtig gesetzt. Wir sprechen hier über die wirtschaftliche Entwicklung und über Potenziale von Wertschöpfung. Genau dieses Potenzial bietet dem Land Schleswig-Holstein die HUSUM Wind. Wir sprechen heute über den federführend von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie von den Koalitionsfraktionen CDU und FDP eingebrachten Dringlichkeitsantrag zur HUSUM WindEnergy. Der Erhalt der **Messe Husum** und der Fortbestand der HUSUM WindEnergy als weltweit führende Windenergiemesse sind für die CDU in Schleswig-Holstein von höchstem Interesse.

Die HUSUM WindEnergy erwartet auch 2012 wieder rund 1.200 Aussteller. Ich glaube, im **VDMA** sind nur die relativ großen Unternehmen organisiert. Viele kleine und mittelständische Betriebe aus Schleswig-Holstein wie Planungsbüros und alles, was dazugehört, kommen aus Schleswig-Holstein. Sie präsentieren sich in Husum genauso wie die großen Unternehmen.

(Jens-Christian Magnussen)

Das sind beeindruckende Zahlen: 36.000 Messebesucher und weltweite Aussteller aus 90 Ländern sind ein Signal der HUSUM Wind, das wir nicht in Richtung Hamburg abgleiten lassen können, ohne uns für den Standort der Husum Wind einzusetzen. Die HUSUM WindEnergy bietet als Schaufenster und Marktplatz zugleich alle zwei Jahre - im Wechsel mit der „Wind“ in **Hannover** - das wohl beste Umfeld, um neue Geschäftskontakte zu knüpfen und schon bestehende Kontakte weiter zu vertiefen. Seit 1989 wird in Husum Pionierarbeit geleistet. Die erste HUSUM Wind fand 1989 statt. Die HUSUM WindEnergy entstand ab 2007 als Kooperation der Messe Husum und der Hamburg Messe Congress GmbH. Der Standort der Marke HUSUM WindEnergy ist seitdem Husum. HUSUM WindEnergy ist eine kleine Nummer, sie ist nämlich die Nummer eins.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Dass nun die **Marke HUSUM WindEnergy** durch die Nichtverlängerung des bis 2012 gültigen **Kooperationsvertrags** zerstört werden soll, ist vor diesem Hintergrund schwer verständlich. Der VDMA fordert nichts anderes als die vollständige Verlegung und Bündelung der Windenergiemesse in und nach Hamburg auf Kosten der Messestandorte Husum und Hannover. Dabei stelle ich nicht die Vertragsfreiheit eines privatwirtschaftlich finanzierten Branchenverbands infrage, der hier versucht, seine finanziellen Spielräume auszuloten.

Gänzlich unverständlich wird diese Geschichte erst durch das Verhalten der Hamburg Messe Congress GmbH. Die **Messe Hamburg** ist nach wie vor **Mitausrichter** und damit Kooperationspartner der **HUSUM WindEnergy**. Die Eigentümerin der Hamburg Messe Congress GmbH ist die stadteigene Konzernholding, also die Freie und Hansestadt Hamburg. Wenn das so ist, dann frage nicht nur ich mich in diesem Zusammenhang, welche Rolle der Vorstand beziehungsweise die Geschäftsführung der Hamburg Messe Congress GmbH bei dieser Geschichte gespielt hat und auch jetzt noch spielt, wenn diese in dieser Angelegenheit samt VDMA beim Hamburg Wirtschaftssenator Horch vorstellig geworden sind.

Dass dann auch noch der parteilose hamburgische Wirtschaftssenator Horch dieses Ansinnen aufgreift und sich unter Einbeziehung des Senats und des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz in einem Brief an die Windindustrie mit Nachdruck initiativ für einen neuen Windenergiemessestandort Hamburg einsetzt, ohne mit dem Kooperationspartner Rück-

sprache zu halten, vermag man im ersten Augenblick nicht zu glauben. Er begründet dieses Vorgehen mit dem Versuch, die Messe in Norddeutschland halten zu wollen. Er stellt dies auch als Chance für den Messestandort Husum dar. Das ist an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

An den nicht vorhandenen Perspektiven in Husum kann es nicht liegen. Gerade einmal vor drei Wochen hat der internationale Branchenverband Global Wind/Energy Council seine Partnerschaft mit der HUSUM WindEnergy um zwei Jahre verlängert. Die **Hamburger SPD** nimmt durch ihr Vorgehen nicht nur billigend in Kauf, dass eine funktionierende, wachstumsorientierte Kooperation zwischen den beiden Messestandorten Hamburg und Husum auf Jahre hinaus zerstört wird, sondern auch, dass in **Schleswig-Holstein Arbeitsplätze** gefährdet werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Jens-Christian Magnussen [CDU]:

Das ist ein sehr umfangreiches Thema. Ich versuche aber, das, was noch verbleibt, in Kurzform zusammenzufassen. Ich kann mich sonst noch einmal zu einem Dreiminutenbeitrag melden. Ich möchte an dieser Stelle nur noch anführen, dass die Notwendigkeit des Verfahrens vom Ministerpräsidenten sofort erkannt und aufgenommen wurde. Gespräche zwischen Husum, Hannover und der Landesregierung stehen in der nächsten Woche an. Die CDU wird diese Gespräche zeitnah mit der Husum Messe fortführen. Für uns ist wichtig: Die CDU Schleswig-Holstein steht weiterhin zum Messestandort Husum, und sie wird weiterhin dafür kämpfen.

Schleswig-Holstein ist mehr als nur Ausgleichsfläche für Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne Mitglieder der Seniorenunion Leck. - Herzlich willkommen in Kiel im Landeshaus!

(Beifall)

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun die Kollegin Marion Sellier.

Marion Sellier [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der **Messestandort Husum** muss wettbewerbsfähig werden. Gehen wir einmal chronologisch vor!

Mit großer Verwunderung haben wir den Dringlichkeitsantrag der Grünen wahrgenommen und uns letztlich entschlossen, zwar der gefühlten Dringlichkeit zuzustimmen, aber einen eigenen Antrag in der Sache zu stellen. Der aus dem Ursprungsantrag hervorgehende Grundton, mit dem alle Fraktionen des Hauses aufgefordert werden, zum Marsch nach Hamburg aufzubrechen,

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben telefoniert!)

um dort in bilateralen Gesprächen mit den Hamburger Kolleginnen und Kollegen Fairness in der norddeutschen Kooperation einzufordern, wird von meiner Fraktion nicht geteilt.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Kommunikation über die Grenzen hinweg?)

- Es gibt zwar Kommunikation, aber nicht in dieser Form.

Es ist ein in der Geschichte oft angewandter Trick, von inneren Problemen mit dem Hinweis auf einen Feind von außen abzulenken.

(Beifall bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Das kann ja wohl nicht angehen!)

Das klingt ein bisschen wie der abgewandelte Dithmarscher Kampfruf: „Wahr di, Hamburg, de Buer de kümmt.“ Einen solchen Appell hätte ich von den geschätzten Kolleginnen und Kollegen der Grünen nicht erwartet. Von Ihnen sind wir eigentlich Konzepte und klare Vorstellungen gewohnt.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Christopher Vogt [FDP]: Das ist etwas, was der SPD völlig abgeht!)

Nun liegt uns ein neuer Antrag vor, dieses Mal eingereicht von Jamaika. Das ist ein netter Versuch. Dieser Antrag bietet zwar mehr Inhalt, greift aber weiterhin zu kurz. Die klare Aufforderung, an Hamburg vorbei mit Hannover zusammenzuarbeiten, ist als Kapitulation zu werten. Haben Sie Hamburg nichts entgegensetzen?

(Beifall bei der SPD)

Wie stehen überhaupt die Grünen in Hamburg dazu? Das ist eine gute Frage. Danach würde ich mich einmal erkundigen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die WindEnergy nicht durch politische Einmalaktionen, sondern im sich verschärfenden Wettbewerb der Messestandorte in Norddeutschland nur durch eine Stärkung des Messestandorts insgesamt in Husum gehalten und ausgebaut werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Bisher sind die langfristigen **infrastrukturellen Verbesserungen** des **Standorts Husum** verschlafen worden.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Der B-5-Ausbau wurde nicht konsequent vorangetrieben. Zudem wurden die Mittel der TASH für eine überregionale Vermarktung im Geschäftstourismus zusammengestrichen.

(Zuruf von der CDU: Hat Ihnen Herr Scholz die Rede geschrieben?)

Mit diesen Entscheidungen trägt die schwarz-gelbe Koalition einen erheblichen Teil der Verantwortung für die Diskussion über den Standort Husum. Reaktionen, wie auf den hinterhältigen Kooperationspartner aus Hamburg zu schimpfen oder ihn als zutiefst unhanseatisch zu bezeichnen, mögen vielleicht pressewirksam sein, lenken aber nicht wirklich von eigenen Versäumnissen ab.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Carstensen?

Marion Sellier [SPD]:

Ja.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Frau Kollegin, es mag an mir liegen. Das gebe ich gern zu. Ich weiß im Moment aber noch nicht, wie Sie zu HUSUM Wind stehen. Möchten Sie gern, dass wir HUSUM Wind erhalten, oder wollen Sie eine norddeutsche Lösung, die nichts mehr mit Husum zu tun haben wird?

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Dann muss man in Husum investieren! - Lachen bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Die Abgeordnete Sellier wurde gefragt. Frau Sellier hat jetzt auch das Wort.

Marion Sellier [SPD]:

Herr Ministerpräsident, wir stehen ganz klar zum Standort Husum für die WindEnergy.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU:
Dann sagen Sie das doch mal!)

- Das kommt noch. Lassen Sie mich doch bitte zu Ende reden!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Damerow?

Marion Sellier [SPD]:

Ja.

Astrid Damerow [CDU]: Frau Sellier, wenn Sie ganz klar zum Standort Husum als Windmesse stehen, könnten Sie uns dann bitte erklären, was Ihre Fraktion unternommen hat, um Kontakt mit Ihren Parteifreunden in Hamburg aufzunehmen, um zu einer Lösung dieses Problems zu kommen?

(Zuruf von der SPD: Wie sehen die Hamburger Grünen das?)

- Frau Kollegin Damerow, wir beschimpfen nicht die Hamburger, sondern wir führen Gespräche mit den Hamburgern.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten nicht vergessen, dass letztlich der **Standortwettbewerb** zwischen Husum und allen anderen Messestandorten nicht von der Politik, sondern von der **Wirtschaft** entschieden wird.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Genau so ist das, Herr Kollege Kubicki. Sie sind doch immer so für Wettbewerb. Wettbewerb ist nun einmal so. Das geht nicht nach dem Motto: Lass mich bitte in Ruhe, und nimm mir nichts weg!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Monika Heinold?

Marion Sellier [SPD]:

Ja.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Kollegin, wenn es nicht Sache der Politik, sondern der Wirtschaft ist, über den Standort der HUSUM Wind zu entscheiden, warum reicht die SPD-Fraktion dann heute diesen Antrag ein?

- Meinen Sie jetzt den Antrag, den wir gemeinsam mit dem SSW gestellt haben?

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

- Haben Sie diesen durchgelesen?

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

- Das ist sehr erfreulich. Dann haben Sie diesem sicherlich entnommen, dass wir ein **Landesmessekonzept** für dringend erforderlich halten und dass wir der Meinung sind, dass Einmalzahlungen nach dem Austermann-Prinzip nicht funktionieren. Die Messestandorte in Hamburg und in Hannover werden öffentlich subventioniert. Dabei können unsere „kleinen“ Messen im Land nicht mithalten. Wir haben aber auch weltweit bekannte Messen hier. In Neumünster findet immerhin Europas größte Bau-messe statt.

Darüber hinaus schafft es der kleine Ort Wacken, das weltweit größte Heavy-Metal-Festival auf die Beine zu stellen. Es kommt auch niemand auf die Idee zu sagen, Wacken sei dafür nicht geeignet, das Hinterland stimme nicht oder sonst etwas. Die Leute kommen aus ganz anderen Gründen hierher. Sie kommen, weil sie sich in Schleswig-Holstein willkommen fühlen, weil sie sich aufgenommen und angenommen fühlen und weil wir nett sind.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, mir liegt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heiner Garg vor. Lassen Sie diese zu?

Marion Sellier [SPD]:

Oh je, oh je! Das ist hier ja schlimmer als auf einer Wahlkreisdelegiertenkonferenz.

(Heiterkeit)

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Kollegin, sind Sie mit mir einer Meinung, dass das Konzept

(Marion Sellier)

der HUSUM Wind ein unheimlicher Erfolg ist und dass deshalb Hamburg gern die HUSUM Wind ausrichten würde? Wenn Sie mit mir einer Meinung sein sollten, warum wollen Sie dann ein anderes Konzept für die HUSUM Wind?

- Nein, wir wollen kein anderes Konzept für die HUSUM Wind. Wir wollen, dass die Messen in unserem Land mit einem Konzept versehen werden, durch das sie unterstützt werden. Wenn Sie zugehört haben, dann haben Sie mitbekommen, dass ich vorhin schon erklärt habe, dass Messen in anderen Städten von der öffentlichen Hand bezuschusst werden.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Diese Städte sorgen für Infrastruktur, für vernünftige Hotels, für eine Vermarktung der Geschäftskunden und so weiter. Das fehlt aber in diesem Land.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Es gibt eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Carstensen. Gestatten Sie diese, Frau Kollegin?

Marion Sellier [SPD]:

Ja, eine noch.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Frau Kollegin, wie beurteilen Sie, dass von Hamburger Seite eine Woche vor der geplanten HUSUM Wind eine eigene Messe veranstaltet wird? Wie empfinden Sie das?

- Von Hamburger Seite aus ist das klug. Deswegen müssen wir hier in die Gänge kommen.

(Unruhe - Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

- Sicherlich ist das klug. Deswegen müssen wir endlich in die Gänge kommen und dem etwas entgegensetzen. Ich bin nicht der Meinung, dass wir dem nichts entgegensetzen haben. Allein mit Beschimpfungen werden wir das Problem jedoch nicht lösen. Dieses Problem müssen wir konstruktiv angehen.

(Beifall bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Sie widersprechen sich doch selbst! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Wissen Sie eigentlich, in welchem Parlament Sie hier sitzen?)

Es muss ein vernünftiges Konzept dahinterstehen, aber keine einmalige, kleckerweise Förderung. So kommen wir nicht weiter.

Jetzt komme ich zurück auf das zielgerichtete **Messekonzept**, das wir mit unserem gemeinsamen Antrag einfordern.

Mit einem zielgerichteten Messekonzept muss Schleswig-Holstein die individuellen Stärken der einzelnen Standorte in Schleswig-Holstein und die Kooperation zwischen norddeutschen Messestandorten anregen und koordinieren. Dabei ist das bisherige Fördersystem der Gießkanne, wie gerade eben schon gesagt wurde, und je nach aktuellem Zuruf à la Austermann endgültig zu beenden.

Um Husum als Messestandort und für Wirtschaftsbranchen attraktiv zu erhalten, ist neben den infrastrukturellen Leitplanken durch das Land ebenso erforderlich, den Standort über die Windenergie hinaus breiter aufzustellen und weitere Branchen zu gewinnen.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Ich bin sicher, dass wir einig in dem Ziel sind, die fast 25-jährige Erfolgsstory der international führenden WindEnergy in Husum fortzuführen und den Messestandort auszubauen. Husum ist Messestadt. Das muss schon am Bahnhof erkennbar sein und soll in Zukunft jede und jeder in Schleswig-Holstein wissen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Christopher Vogt [FDP]: Werbung am Hamburger Hauptbahnhof! Das haben die Lauenburger auch!)

Es ist dabei nicht hilfreich, sich Schaufensterkämpfe mit dem Hamburger Senat zu liefern. Lassen Sie nun Vernunft und Sachlichkeit siegen, und stimmen Sie unserem gemeinsamen Antrag zu! Das würde wirklich die HUSUM WindEnergy unterstützen und politisch verantwortungsvolles Handeln zeigen. „taz“ heute - ich zitiere -:

„Der Norden sollte jetzt auf Kooperation statt auf nickelige Konkurrenz setzen.“

Das trifft den Nagel auf den Kopf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ganz ehrlich sagen: Nach diesem argumentativen Highlight fällt es mir wirklich schwer, jetzt zu reden. Man hat wirklich den Eindruck, als wenn Olaf Scholz Ihre Rede höchstpersönlich geschrieben hätte.

Meine Damen und Herren, Husum ist bekannt als das Tor zur nordfriesischen Halligwelt. Husum ist bekannt als die Heimat von Theodor Storm, der Husum einst als „graue Stadt am Meer“ bezeichnet hat. Doch Husum ist längst keine graue Stadt am Meer mehr. Denn Husum ist eine Stadt mit Weitblick und als Expertenstandort für die regenerative Energiewirtschaft weltweit bekannt.

(Beifall bei FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle zwei Jahre ist Husum Gastgeber der internationalen Leitmesse der Windenergiebranche. Zur **HUSUM WindEnergy** kommen regelmäßig über 30.000 Besucher aus aller Welt, und über 1.000 **Aussteller** präsentieren sich dort, Tendenz stark steigend. Im vergangenen Jahr wurde unter Einsatz von Investitionsmitteln in einem Gesamtvolumen von 20 Millionen € ein neues Kongresszentrum in Husum geschaffen. Damit verfügt die Messe über gute Perspektiven für ein weiteres Anwachsen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der Erfolg und das Wachstum der Messe sprechen für sich, und es ist gut, dass im Mutterland der Windenergie so ein Branchentreffen regelmäßig stattfindet. Die Messe ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor nicht nur für Husum, sondern für die gesamte Region.

Natürlich ist Hamburg der Erfolg der WindEnergy nicht verborgen geblieben. Bereits am 7. Juni dieses Jahres ist bekannt geworden, dass der Hamburger Senat in einem Brief an die Industriebranche eine langfristige Perspektive für die Messe in Hamburg angeboten hat. Die **Handelskammer Hamburg** setzte noch einen drauf und äußerte sich dahingehend, dass man es sehr begrüßen würde, wenn die Leitmesse der Windbranche künftig in Hamburg stattfinden würde. Auch die Entwicklungen in den vergangenen Tagen zeigen ja, dass es mit den konkreten Plänen aus Hamburg weitergeht.

Das Ganze ist wirklich ein sehr bemerkenswerter Vorgang - vor allem, weil die Husumer Messegesellschaft, die ja schon seit Jahren mit der Hamburg Messe und Congress GmbH kooperiert, seinerzeit nicht informiert wurde. Ebenso wenig wurden die

Vertreter der Branche aus Schleswig-Holstein und die schleswig-holsteinische Landesregierung von den Abwerbeversuchen informiert. Eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit und Kommunikation sieht wirklich anders aus.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das ganze Vorgehen zeugte schon von einem sehr schlechten Stil.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg sollte auch zukünftig fortgeführt werden. Wir wollen das mit unserem Antrag noch einmal bekräftigen und die Verantwortlichen in Hamburg aufrufen, im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zu agieren.

Was man auch wissen muss: Die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ist wichtig, und Hamburg ist eher abhängig von Schleswig-Holstein als umgekehrt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Jetzt höre ich Sie auf der linken Seite schon wieder murmeln. Dann wende ich mich einmal direkt Ihnen zu.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt nochmals zur SPD. Der Beitrag eben war ja wirklich denkwürdig. Aber genauso denkwürdig fand ich Ihre Pressemitteilung, Frau Sellier, vom 9. Juni dieses Jahres.

(Christopher Vogt [FDP]): Die war super!

Überschrift: „Husum Messe leidet unter Managementfehlern“.

Allein so etwas zu erklären! Da kann man ja wirklich direkt auffordern: Leute, zieht alle Messen aus Husum ab, denn die Messe hat ja Managementfehler.

(Christopher Vogt [FDP]): Unglaublich!

Dann schreiben Sie: „Seit dem Geschäftsführerwechsel vor sechs Monaten hört man nur noch Hiobsbotschaften.“ Ich meine, der vorherige Geschäftsführer - man muss das wissen - war SPD-Mitglied und Bundestagskandidat.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dann schreiben Sie hier: „Langjährige Mitarbeiter gehen. Hier offenbaren sich Führungsschwächen, die beseitigt werden müssen.“

(**Oliver Kumbartzky**)

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Wie kann man denn eine solche Pressemitteilung herausgeben? Das kann man doch nur - jetzt einmal überspitzt dargestellt -, wenn es wirklich eine Vorbereitungsaktion war für die Aktion, die Hamburg jetzt startet.

(Beifall bei FDP und CDU)

Man sollte die Messeleitung nicht beschimpfen, sondern sie sollte unterstützt werden. Wir begrüßen die Ankündigung der Landesregierung, sich dafür einzusetzen, die WindEnergy dauerhaft am Standort Husum zu erhalten. Wir hoffen sehr, dass Hamburg weiterhin konstruktiv und kooperativ mit Schleswig-Holstein zusammenarbeitet.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kumbartzky, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Sellier?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Mit dem größten Vergnügen.

Marion Sellier [SPD]: Herr Kumbartzky, vor drei Monaten, Anfang Juni, war ja eine andere Situation. Es fing an damit, und das war ja nachweislich gewesen, dass das Management versäumt hat, mit dem VDMA einen Termin einzuhalten, wo es auch schon um diese Art Kooperation der Zukunft, um die Konzepte ging.

(Gerrit Koch [FDP]: Kommt da noch eine Frage?)

Wenn man es nicht nötig hat, so wichtige Termine einzuhalten, wie nennen Sie das dann?

(Christopher Vogt [FDP]: Ist das Ihre Aufgabe, darauf hinzuweisen?)

- Ich habe auf die Frage gewartet.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Die Frage war an den Kollegen Kumbartzky gerichtet. Er ist jetzt auch gebeten, eine Antwort zu geben.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich habe eigentlich keine Frage vernommen. Frau Sellier, Sie kommen aus Nordfriesland. Sie sind da vor Ort, und Sie stellen sich jetzt mit so einer Pres-

semitteilung dar und beschimpfen Ihre Messe bei sich in Husum. Das geht überhaupt nicht. Das ist unmöglich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, eine gute Zusammenarbeit darf nicht bedeuten, dass gute Ideen aus Schleswig-Holstein besser sind, wenn sie in Hamburg verwirklicht werden. Wenn das der Nordstaat ist, den sich die Sozialdemokraten vorstellen, dann kann man wirklich nur den Kopf schütteln. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich noch einmal mit Ihren Hamburger Genossen kurzschließen. Denn in Hamburg wäre die Windmesse nur eine unter vielen. Die WindEnergy gehört dahin, wo Windkraftanlagen gebaut und errichtet werden. Die New Energy oder die WindEnergy gehört nach Husum wie Theodor Storm, das Krokusblütenfest und die Nordsee.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die LINKE hat nun Herr Abgeordneter Björn Thoro das Wort.

Björn Thoro [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag, der hier heute von Grünen, FDP und CDU vorgelegt worden ist, erschöpft sich leider im hilflosen Schimpfen auf Hamburg. Auch in den Reden, die hier gehalten worden sind, habe ich bis jetzt noch nichts Konkretes, Zielführendes zum Erhalt der Messe in Husum gehört.

(Beifall bei der LINKEN - Christopher Vogt [FDP]: Das kommt doch jetzt!)

Schon seit zehn Jahren wird in diesem Haus über die Windenergie-Messe in Husum und die Konkurrenz zum Standort in Hamburg diskutiert. Auch über die Messestandorte in Schleswig-Holstein im Allgemeinen wird für heute nicht zum ersten Mal diskutiert. Aus Sicht der LINKEN müssen nun endlich einige Punkte konkret umgesetzt werden.

Schleswig-Holstein braucht eine öffentliche **Landesmessegesellschaft**,

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

die die Messestandorte in Schleswig-Holstein finanziell unterstützt

(Björn Thoro)

(Ingrid Brand-Hückstädt [FDP]: Genau!)

und den Messestandort Schleswig-Holstein weiterentwickelt. Es müssen dabei **Kooperationen** statt Standortkonkurrenzen im Vordergrund stehen, auch Kooperationen mit der Hamburg Messe und auch Kooperationen mit Messen im skandinavischen Raum.

Für Husum muss das den Ausbau der Messeinfrastruktur bedeuten.

(Beifall bei der LINKEN - Anita Klahn [FDP]: Und wie?)

Die Eröffnung des Kongresszentrums im letzten Jahr war ein erster Schritt. Husum braucht nun schnell eine zweite Messehalle als Ergänzung. 2014 könnte diese aus Sicht der LINKEN dann im Rahmen der HUSUM Wind eingeweiht werden. Dies wäre ein großartiges Argument für Husum als Messestandort und ein Zeichen für den Handlungswillen Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem würde uns interessieren, was die Landesregierung in Person des Wirtschaftsministers seit Juni für Initiativen ergriffen hat. Im Juni wurde hier einstimmig ein Antrag beschlossen, der die Landesregierung aufforderte, mit dem Kreis Nordfriesland und der Messegesellschaft in Gespräche zu treten, um die HUSUM Wind zu erhalten. Was, Herr de Jager, ist seitdem passiert? Das würde mich interessieren. Wir haben vorhin in der Rede der CDU lediglich gehört, dass jetzt für nächste Woche noch schnell ein Termin anberaumt worden ist, um sich mit den **Kooperationspartnern** zu treffen. Sie haben drei Monate verstreichen lassen, obwohl es hier einen einstimmigen Antrag gab. Das geht so nicht.

Die Grünen könnten übrigens auch ihren Teil dazu beitragen, die Windenergiemesse in Husum zu halten, indem sie ihre Kontakte zum Branchenverband der Hersteller spielen lassen - wenn diese so gut sind, wie sie immer behaupten. Dieser Branchenverband befeuert die Diskussion um eine Windenergiemesse in Hamburg seit Langem. Auch dies ist für Husum eher kontraproduktiv.

DIE LINKE meint: Die Landesregierung muss in den Messestandort Husum investieren. Ansonsten ist die Entscheidung für eine Windenergiemesse in Hamburg im Rahmen ihrer sonst so viel gepriesenen freien Marktwirtschaft lediglich - leider - folgerichtig.

Wir müssen etwas tun. Entsprechende Ansätze erkennen wir in dem Antrag der SPD-Fraktion. Deshalb werden wir diesem Antrag auch zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW erhält nun Herr Kollege Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Betrachtet man das Trauerspiel um die Husumer Messe, dann kann man deutlich sehen, dass es zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein sehr unterschiedliche Interessen gibt. Diese kann man nicht unter den Tisch kehren oder gar durch heftige Umarmung zukleistern.

Schon im Juni hatten wir als Landtag gemeinsam beschlossen, dass die Messe in Husum unangetastet bleiben soll. Dem Hamburger Senat ist dies aber offensichtlich völlig egal. Im Gegenteil, er bläst offen zum Sturm auf eines der wirtschaftlichen Standbeine Schleswig-Holsteins, nämlich die Windenergiebranche. Die Windmesse in Husum ist nur der Anfang der Abwerbeversuche. Hamburg ist in dieser Beziehung wie ein schwarzes Loch, das alles aufsaugt, was es bekommen kann.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Ein rotes Loch!)

Dabei geht man nicht zimperlich mit seinem Nachbarn um. Wir erleben ein Auseinanderdriften der Interessen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, und das schon seit Jahren. Es gibt jene, die meinen, dass die richtige Antwort auf die drohende Spaltung eine große **Fusion** - sozusagen eine Kernschmelze - zu einem **Nordstaat aus Hamburg und Schleswig-Holstein** wäre. Es wäre aber naiv zu glauben, dass sich die Randlagen Schleswig-Holsteins innerhalb eines HSH-Mega-Bundeslandes besser Gehör verschaffen könnten.

Die Auflösung des Landes Schleswig-Holstein hilft uns kein Stück weiter. Im Gegenteil, wenn die Bemühungen um eine **Fusion der norddeutschen Bundesländer** vorangetrieben werden, wird die Spaltung unseres Landes in Beton gegossen. Die Randlagen würden zum Rand eines noch größeren Gebildes werden und könnten sich noch schlechter Gehör verschaffen. Deshalb sagt der SSW klar: Mit uns wird Schleswig-Holstein keinen **Nordstaat** anstreben. Die Erfahrungen, die wir gegenwärtig im

(Lars Harms)

Zusammenhang mit der Husumer Windmesse machen, bestärken uns in dieser Ansicht.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Wenn man ehrlich ist, dann zeigten schon die Differenzen um den Schullastenausgleich zwischen beiden Ländern, dass hier eben nicht eine von Selbstlosigkeit geprägte Partnerschaft da ist. Denkt man dann noch zurück, wie die sogenannte Zusammenarbeit in Bezug auf die HSH Nordbank insbesondere von den Hamburger Vertretern in den Gremien geprägt war, dann kann man sich eigentlich keine Illusion machen, dass wir aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in einem Mega-Bundesland keine Chance mehr hätten, unsere Interessen zu wahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habeck?

Lars Harms [SSW]:

Aber gern.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Harms, stimmen Sie mir zu, dass in dem hypothetischen Fall, dass es eine gemeinsame Regierung für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein gäbe, auch Schleswig-Holsteiner in dieser Regierung vertreten wären und unser Einfluss auf den Erhalt von Wirtschaftsstandorten in Schleswig-Holstein größer wäre als heute, wo Hamburg allein regiert?

- Nein, definitiv nicht.

(Unruhe bei CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Das ist ja unglaublich!)

Wir hätten keine Chance mehr, landesweite Interessen durchzusetzen. Wenn wir schon ein Bundesland zusammen mit Hamburg gebildet hätten, wäre die Husumer Windmesse längst weg.

(Beifall bei SSW und der LINKEN - Wortmeldung der Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP] und Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie - -

Lars Harms [SSW]:

Nein, ich gestatte jetzt nichts mehr.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, heute ist es Husum, das zur Randlage zu verkommen droht. Nach einer Fusion, lieber Kollege Habeck, wären das sicherlich auch Rendsburg, Kiel oder Lübeck.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Deshalb ist es richtig, dass Wirtschaftsminister de Jager nun öffentlich erklärt, dass nicht jedes Hamburger Projekt, das wir derzeit selbstlos unterstützen, unbedingt weiterhin von uns unterstützt wird, wenn man sich vonseiten des Hamburger Senats nicht an die einfachsten Gepflogenheiten der Zusammenarbeit halten will. Man muss aber auch sagen, dass die CDU-geführten Landesregierungen seit 2005 erhebliche Mitschuld an der derzeitigen Situation tragen.

(Johannes Callsen [CDU]: Hey, hey, hey!)

- Lieber Kollege Callsen, nach Regierungsübernahme war es gerade der damalige Wirtschaftsminister Austermann, der den Husumer Windenergiestandort sturmreif schoss. Erst wurde der Ausbau des landeseigenen Hafens auf Eis gelegt und damit ein wichtiger Teil der Infrastruktur für die Windenergiebranche und andere Wirtschaftszweige quasi stillgelegt. Dann wurde zwar der Messestandort an sich als Kompensation für die Vernachlässigung des Hafens angepasst; allerdings wurde es unterlassen, die umliegende Infrastruktur zu verbessern. Was nützt die beste Messehalle, wenn die Straßenanbindung unter aller Würde ist und die Landesregierung nicht den geringsten Finger rührt, dies zu ändern?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Lieber Kollege Kubicki, die B 5 zwischen Husum und Tönning war eine Katastrophe, ist eine Katastrophe und wird eine Katastrophe bleiben, wenn hier nicht endlich etwas geschieht.

Die Krönung ist aber, dass die derzeitige Landesregierung noch nicht einmal bereit war, eine schon zugesagte Straßenanbindung von knapp 2 km an den Husumer Hafen zu finanzieren. Damit betreibt die Landesregierung bewusst eine **Vernachlässigung des Standorts Husum** und leistet der schleichenden Verlagerung des Windenergiestandortes Vorschub.

(Lars Harms)

(Beifall des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Ohne Betriebe aus der Windenergiebranche vor Ort, ohne vernünftige Verkehrsanbindung des Standorts Husum und ohne entsprechende Hotellerie ist der Messestandort Husum in Zukunft nicht wettbewerbsfähig. So sehr ich es lobenswert finde, dass die Landesregierung nun verbal gegen Hamburgs Abwerbeversuche aufbegehrt, so kläglich hat die Landesregierung versagt, wenn es darum geht, das Ihre dazu beizutragen, damit es gar nicht erst zu einer solchen Situation kommen kann. Anstatt nur verbal aufzubegehren, ist es nun an der Zeit, Husum wieder zu dem zu machen, was es vor wenigen Jahren noch war: zum Windenergiestandort Nummer eins in Deutschland!

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

- Lieber Mittelstandsbeauftragter Arp, es reicht nicht, nur verbal dagegen aufzubegehren, dass die Hamburger die Messe haben wollen. Wir haben auch vieles versäumt. Wir haben nämlich diesen Standort nicht gestärkt. Eine Konklusion muss sein, dass wir diesen Standort wieder stärken.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Das wird in dem Antrag von SPD und SSW deutlich. Wir wollen nicht nur meckern, sondern wir wollen auch selbst etwas tun. Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, dann machen Sie genau das Falsche und schaden dem Standort Husum.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat nun Frau Abgeordnete Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Harms, Sie haben versucht, noch die Kurve zu kriegen; dennoch kann ich nicht verstehen, dass Sie als SSW - Sie kommen aus Nordfriesland - diesen Antrag unterstützen, schon gar nicht nach dem, was von der SPD inhaltlich dazu beigetragen wurde.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es Ihnen denn so ernst damit ist, den Messestandort Husum weiter zu stärken, ist es verwunder-

lich, dass ein solcher Antrag just zu dem Zeitpunkt eingebracht wird, zu dem die Begehrlichkeiten von Hamburg, die Messe in Husum zu übernehmen, auf der Tagesordnung stehen. Da hätten Sie vorher eine andere Diskussion führen können.

Dann zu Ihnen, Herr Weber: Ich wundere mich doch sehr, dass Sie plötzlich so wirtschaftsfreundlich denken und die Fürsorgepflicht, die Sie einer Region gegenüber haben, ganz in den Hintergrund stellen. Sie von der SPD können mir doch nicht erzählen, dass der Spitzenkandidat Albig ahnungslos gewesen sei. Der ist so still, dass man gar nichts von ihm hört.

(Beifall bei CDU und FDP - Demonstrativer Beifall des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

Er hätte beweisen können - -

(Wortmeldung der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin - -

Ursula Sassen [CDU]:

Ich gestatte keine Zwischenfragen. - Er hätte beweisen können, dass er, der die Position des Landesvaters anstrebt, sich auch für die Belange einsetzt, die Schleswig-Holstein betreffen. Dazu habe ich kein Wort von ihm gehört.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn man die Presse liest - in der „Welt“ steht heute, dass die Kooperation mit Hamburg 2012 auslaufe -, stellt man fest, dass alles wunderbar zusammenpasst. Es wird Morgenluft gewittert. Die SPD verhält sich ruhig, und intern kann das dann so über die Bühne gehen.

Ihr Feigenblattantrag hier und heute kann niemanden überzeugen.

(Zuruf: Doch, mich!)

- Nein!

(Heiterkeit)

Das reicht aber leider nicht.

Ich schaue mir diesen Antrag an. Sie schreiben ziemlich arrogant: „Husum Messe wirklich stärken“. Es steht kein einziges konkretes Wort darin, wie der **Messestandort** konkret unterstützt werden soll. Geht das für Sie nur so, dass man mehr Geld in die Hand nehmen muss

(Ursula Sassen)

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels
[DIE LINKE])

und weitere Schulden macht und damit unterstützt? Das ist phantasielos und wird dem Zustand, in dem wir uns in diesem Land befinden, nicht gerecht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die **Husumer Wirtschaft** hat, mit eigenem Geld ein Konzept für den Messestandort entwickelt. Den hat sie im Arbeitskreis Wirtschaft der CDU vorgestellt. Sie haben uns mit ihrem persönlichen Engagement überzeugt. Dieses gegenseitige Vertrauen wollen Sie jetzt leichtfertig aufs Spiel setzen. Mit Ihrem halbherzigen Antrag können Sie mir meine Sorgen auch nicht nehmen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin Sassen, zum einen ist Ihre Redezeit abgelaufen. Zum anderen frage ich Sie, ob Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Kollegin Herdejürgen zulassen.

Ursula Sassen [CDU]:

Nein.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann bitte ich Sie, zum Ende Ihrer Rede zu kommen.

Ursula Sassen [CDU]:

Ich komme zum letzten Satz: Es kann nicht sein, dass Husum Pionierarbeit geleistet hat und Hamburg absahnt.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Kollegin Ines Strehlau von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Diskussion, in der wir uns wie die Kesselflicker streiten, zeigt gerade, dass wir eine vertiefte norddeutsche Kooperation brauchen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

damit nicht isoliert der eine gegen den anderen agiert.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU] - Christopher Vogt [FDP]:
Das kann keine Einbahnstraße sein!)

Eine Bemerkung zu Lars Harms. Ich komme ja aus dem **Hamburger Rand**. Mir zu unterstellen, ich würde dann, wenn wir einen **Nordstaat** hätten,

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sehr richtig!)

gemeinsam mit Hamburg alle Hamburger Projekte durchwinken, das finde ich ziemlich - ich sage lieber nicht, was ich denke.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
CDU und FDP)

Wir sind schleswig-holsteinische Abgeordnete. Wir im Hamburger Rand haben genau das erkannt, was uns die Wissenschaftler und Experten in der Enquetekommission gesagt haben, nämlich dass, wenn der Hamburger Rand, die Metropolregion insgesamt stark ist, das eine positive Auswirkung auf den Norden hat. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und vereinzelt bei der CDU)

Zum Abhängen des Nordens! Denken Sie daran, dass die Uni Flensburg geschlossen werden sollte, dass die Zuschüsse für die dänischen Schulen gekürzt worden sind. Das hat nicht **Hamburg** gemacht, sondern das hat **Schleswig-Holstein** gemacht.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir brauchen eine gemeinsame, vertiefte **Kooperation**. Wir brauchen sie, um im globalen wirtschaftlichen Wettbewerb zu bestehen. Und wir brauchen sie, um unsere Haushalte zu sanieren. Das kann man gut in Verbindung damit machen, dass man die Dienstleistungsqualität erhöht. Das zeigt Dataport, und das zeigen auch Versuche zum Beispiel mit der einheitlichen Behördenrufnummer D115. Man kann also gleichzeitig den Service erhöhen und Synergien schaffen.

An diesen Konzepten müssen wir weiter arbeiten. Das ist im Moment schwieriger geworden. So wird Hamburg vermutlich aus dem gemeinsamen Personalmanagement Hamburg/Schleswig-Holstein aussteigen. Es wird sich darauf beschränken, zwar ein gemeinsames IT-Programm anzuschaffen, aber die Stellen, die Kräfte nicht zu bündeln. Erst das gäbe die richtigen Synergieeffekte.

(Ines Strehlau)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solche Fälle haben wir zuhauf. Es gibt die I-Bank, die nicht gemeinsam betrieben wird. Hamburg macht sie allein. Wir haben keine gemeinsame Landesentwicklungsplanung, die wir bräuchten. Das ist etwas, was wir brauchen.

Wir brauchen eine **Gesamtstrategie für die Kooperation**. Das ist etwas, was der Landesregierung fehlt. Das, was wir jetzt gehört haben, waren Kooperationen, die mehr oder minder zufällig entstanden sind. Der Minister versteht sich gut mit dem Senator, oder man versteht sich gut auf Arbeitsebene, und dann kommt etwas zustande, oder es kommt eben auch nichts zustande. Da müssen wir raus. Wir brauchen eine Gesamtstrategie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Enquetekommission bietet eine Basis, diese Gesamtstrategie aufzubauen. Ich finde, dass die Diskussion in Schleswig-Holstein ein gutes Signal an Hamburg ist. Wir senden ein selbstbewusstes Signal.

(Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

Dann nordet das den Hamburger Bürgermeister ein. Dann können wir in weitere Verhandlungen auf Augenhöhe eintreten. Ich glaube, das ist richtig so.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ein weiterer Dreiminutenbeitrag ist nun Andreas Tietze gestattet.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, vielen Dank für die Gestattung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit)

Wir Nordfriesen und auch Husumerinnen und Husumer treten in dieser Debatte nicht als Bittstellerinnen und Bittsteller auf die Tagesordnung. Der **Standort Husum** steht für eine **erfolgreiche Wirtschafts- und Wertschöpfungsgeschichte** in Schleswig-Holstein. Die sonst so graue Stadt am Meer hat seit vielen Jahrzehnten erfolgreiche Geschäftsabschlüsse in vielen Branchen ermöglicht. Sie ist tatsächlich Woodstock der Windenergie.

(Christopher Vogt [FDP]: Ohne Hippies!)

Wenn wir heute darüber reden, wie wir diesen Standort in Schleswig-Holstein sichern, dann dürfen wir nicht zurückblicken, sondern müssen nach vorn blicken und sagen: Genau das ist es, was heute in der erfolgreichen Geschäftswelt erwartet wird, nämlich dass wir eine Marke haben, eine Marke, die über Schleswig-Holstein hinaus, über Deutschland hinaus in der Welt bekannt ist. Eine solche **Marke** leichtfertig aufs Spiel zu setzen, ist eine irrsinnige Planung, eine irrsinnige Strategie. Das wird scheitern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das Hamburger Interesse, in erster Linie Quadratmeter nackten Betons zu vermarkten, nur damit eine sogenannte Messegesellschaft wieder Gewinne einbringt, das ist der falsche Ansatz. Die ganze **Identität** einer **Branche**, die **Husum** zu bieten hat, ist das, was wir selbstbewusst dagegensetzen. Die deutsche Windkraftbranche hat ihre Wurzeln in Husum und durch Husum erneuert. Deshalb sind die Geschäfte möglich geworden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wenn wir die Branche jetzt mit dieser Debatte verunsichern, führen wir genau die falsche Debatte. Wir müssen den Hamburgern sagen: Wenn ihr auch weiterhin gute Geschäfte mit der regenerativen Energie machen wollt, dann müsst ihr für Husum sein. Nur, diese strategische Chance hat Hamburg seit vielen Jahrzehnten verpasst. Hannover hat sie erkannt. Hamburg hat sie verpasst.

(Beifall der Abgeordneten Torsten Geerds [CDU] und Markus Matthießen [CDU])

Deshalb ist mir ein großes Anliegen, deutlich zu machen, dass Folgendes auch eine hanseatische Tradition ist: Sehen wir einmal zurück in das 11., 12. Jahrhundert, die Zeiten der Hanse. Damals waren die großen Messen nicht in den Hansestädten. Die großen Messen waren am Öresund. Die waren in Regionen, die weniger wichtig waren. Es ist auch eine hanseatische Tradition zu erkennen, dass wir als großer Raum auch in kleineren Orten erfolgreiche Geschäftspolitik und Wirtschaftspolitik machen können. Das sollten wir Hamburg sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss sagen: Ich bin einigermaßen erschüttert über das,

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

was ich aus den Redebeiträgen insbesondere der SPD-Fraktion hier heute gehört habe.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie haben in der Zwischenfrage, die gestellt worden ist, Sie haben in Ihrem Redebeitrag im Wesentlichen die **Argumente** übernommen, die aus **Hamburg** zur Windenergie vorgetragen werden.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bekennen dann noch freimütig, dass Sie diese Hamburger Entscheidung als klug einstufen.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Für Hamburg!)

Wenn das für die Kooperation Hamburg/Schleswig-Holstein aus Ihrer Sicht gilt, wenn das Ihre Maßstäbe sind, dann wird mir angst und bange um die Interessen Schleswig-Holsteins, wenn sie von der SPD vertreten werden sollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe diese Sorge nicht nur bei der HUSUM Wind. Wir haben vor wenigen Tagen eine Pressemitteilung der beiden SPD-Fraktionen aus Hamburg und Schleswig-Holstein gesehen, in der sie sich auf die Hafenuferspanne in Hamburg als gemeinsames großes Projekt im Norden geeinigt haben, in der auch die A 20 drinsteht, aber die westliche Elbquerung nicht erwähnt wird. Ich frage mich, wie ich das finden soll.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Zur Messe in Husum ist alles gesagt: Sie ist wettbewerbsfähig, sie ist stark. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, statt hier einem Aufrüstungswettkampf das Wort zu reden und zu einem Aufrüstungswettkampf zu blasen - der einfachste Weg wäre, einfach einmal bei Ihren Kollegen in Hamburg anzurufen und sie von den Interessen Schleswig-Holsteins zu überzeugen.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Moment ist das Wort hier. - Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher das Wort.

(Zurufe)

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man 3 km Luftlinie von der Hamburger Stadtgrenze entfernt wohnt, kann man zu Recht sagen, dass die **Kooperation** eine Herzensangelegenheit, ja sogar eine Notwendigkeit für die ganze Region ist.

(Beifall bei der CDU)

Diese Herzensangelegenheit muss natürlich überparteilich sein, sie kann nicht davon abhängig sein, wer in welchem Land gerade regiert. Man muss sich immer zwischen den Bundesländern zusammenraufen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Grund dafür, dass ich in unserer Regierungszeit auch immer Kontakt zur Hamburger Opposition hatte, zur SPD, zum damaligen Fraktionsvorsitzenden Neumann, heute ein anerkannter Senator. Mit Finanzsenator Tschentscher sitze ich zusammen im Freundeskreis der Hamburger Philharmonie. Es gibt eine ganze Menge guter Gründe, vernünftige **Kontakte über Parteigrenzen** zu halten. Nur so kann man etwas bewegen.

Ich habe dem Bürgermeister neulich selbst erklären dürfen, dass ich nicht Kritik äußere, wie ich das getan habe - vielleicht auch ein bisschen hart in der Wortwahl -, weil ich ein taktisches Spiel vor einer Wahl treibe, sondern weil mich wirklich geärgert hat, dass in Hamburg etwas passiert ist, was in Schleswig-Holstein undenkbar wäre, dass schon beim ersten Auftritt die auch für Hamburg existenziell wichtige Kooperation in einer Regierungserklärung überhaupt keine Rolle spielt. Es wäre in Schleswig-Holstein undenkbar, dass hier ein Ministerpräsident steht, der in einer Regierungserklärung die Zusammenarbeit mit Dänemark oder die Zusammenarbeit mit Hamburg nicht erwähnen würde. Nicht weniger erwarte ich inzwischen auch aus Hamburger Sicht.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

(Dr. Christian von Boetticher)

Dann kam der zweite Vorstoß, da habe ich gesagt: Ich empfinde das als unhanseatisch. Ich habe eine Menge Anrufe und Mails aus Hamburg bekommen, und zwar aus der Wirtschaft, von Hamburger Kaufleuten, die alle gesagt haben: Ja, es war richtig, dass das einmal jemand gesagt hat, lieber jetzt am Anfang, vielleicht muss er die länderübergreifende Arbeit erst noch ein Stück lernen.

Diese Hoffnung habe ich, und ich habe sie natürlich immer noch, aber eines kann es wirklich nicht sein - das müssen auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie begreifen -: Als Hamburg damals in höchster Not gefragt hat, ob wir den Schlick aus der Elbe nicht irgendwo bei uns ablagern können, haben wir in der Zeit kurz vor der Badesaison genau gewusst, dass wir uns, wenn wir Ja sagen, damit nur Ärger einhandeln. Es gibt keinen sofortigen Vorteil für Schleswig-Holstein. Als Umweltminister wusste ich genau: gefundenes Fressen für die Opposition, auch wenn grüne Umweltminister früher so etwas auch irgendwie organisieren mussten. Aber weil es um Kooperation geht und eine echte **Zusammenarbeit** auch einmal bedeutet, dass man nicht immer nur auf den eigenen kurzfristigen Vorteil guckt, haben wir das damals gemacht. Nicht weniger **Bereitschaft** erwarte ich von der Freien und Hansestadt **Hamburg**.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege Harms, mich hat wirklich die Vorstellung erschrocken gemacht, dass Hamburg ein Moloch sei, der alles an sich ziehe, die Vorstellung, dass hier Kollegen aus dem Hamburger Rand sitzen, die so denken, dass sie Schleswig-Holstein verrieten und nur noch nach Hamburg guckten. Das ist ein Lokalchauvinismus, wie wir ihn in Europa nicht mehr brauchen.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Markus Matthießen das Wort. Ich erlaube mir den Hinweis, dass sich folgende Redner zu Dreiminutenbeiträgen angemeldet haben: Herr Kubicki, Frau Damerow, Herr Schulz, Frau Brand-Hückstädt, Herr Harms, Frau Jansen, Herr Detlef Matthießen und Herr Weber. Jetzt hat Herr Abgeordneter Markus Matthießen das Wort.

(Unruhe)

Markus Matthießen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das zeigt, dass wir mit unserem gemeinsamen Antrag von Grünen, CDU und FDP den richtigen Punkt getroffen haben. Wenn ich mir die **norddeutsche Kooperation** als einen Garten vorstelle, der frisch angesät ist, habe ich im Moment den Eindruck, dass Bürgermeister Scholz dabei ist, mit einem Panzer auf dem Weg zu seiner Scholle zu sein und die SPD jubelnd dabeisteht.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Dass wir den letzten Satz unseres Antrags überhaupt formulieren mussten, dass alle Fraktionen, Parteien und Verbände aufgerufen werden, Kontakte nach Hamburg zu suchen, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, das gehörte gar nicht in den Antrag.

(Beifall bei der SPD)

- Dass gerade Sie applaudieren, zeigt, dass dieser Satz richtig ist. Das ist ein freundlicher Gruß an die SPD.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn wir in der letzten Woche hören, dass Sie einen gemeinsamen Ausschuss von Hamburg und Schleswig-Holstein fordern, ist das eine interessante und spannende Geschichte. Auf **SPD-Seite** gelingt es nicht, **Kommunikation** mit ihren eigenen Parteifreunden aufzubauen, und jetzt soll ein gemeinsamer Ausschuss für die SPD die Kohlen aus dem Feuer holen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat zu?

Markus Matthießen [CDU]:

Ja, sehr gern.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kollege Matthießen, finden Sie es als Vorsitzender einer Enquetekommission nicht auch bedauerlich, die Arbeit von knapp zwei Jahren jetzt um eines polemischen Augenblicks willen in den Abfall zu treten?

- Nein, den Zusammenhang sehe ich überhaupt nicht.

(Ingrid Brand-Hückstädt [FDP]: Das machen ganz andere! Ich!)

(Markus Matthießen)

Die Wortbeiträge von meinen Kollegen und mir haben gezeigt, dass wir eine norddeutsche Kooperation für dringend nötig und die Art und Weise, wie die SPD hier vorgeht, für nicht richtig halten.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zusatzfrage zu?

Markus Matthießen [CDU]:

Nein, ich lasse keine weitere Zwischenfrage zu und komme zum Schluss. - Was die SPD hier heute abgeliefert hat - auch der Beitrag der Kollegin Sellier -, war aus meiner Sicht unterirdisch und schadet unserem Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe lange Zeit nicht mehr eine so herzerfrischende, intensive und mit viel Herzblut vorgetragene Argumentation für unser Windstock Husum erlebt.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woodstock!)

- Wir sind ja kreativ, Herr Tietze. Dennoch sollten wir mit etwas mehr Ruhe und Gelassenheit an das Thema herangehen, auch wenn wir emotional betroffen sind.

Herr Kollege Habeck, Ihre Rede habe ich als Aufruf „Schleswig-Holsteiner zu den Waffen“ verstanden. Ich halte nicht sehr viel davon, die Hamburger als „Pfeffersäcke“ zu titulieren, weil damit ein Vorurteil reaktiviert wird - wir haben gestern über Populismus geredet -, das uns mehr schadet als nützt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Herr Kollege Harms, ich glaube auch nicht, dass wir Hamburg als schwarzes Loch, als Riesenmolloch, als große böse Stadt titulieren sollten. Ich empfinde Hamburg als lebenswerte Weltmetropole, in der ich mich gern aufhalte, gern essen gehe und auch die kulturellen Einrichtungen gern nutze.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann sicher sagen, dass Pinneberg näher an Hamburg liegt als an Husum. Auch das sollte man im Auge behalten.

Unabhängig davon müssen wir ernsthaft die Frage diskutieren, was sich unser **Kooperationspartner Hamburg** - er hat sich bisher so verstanden - in dieser zentralen Frage geleistet hat. Wie geht man miteinander um? War es ein offenes Zugehen auf Schleswig-Holstein mit der Erklärung, wir haben unter Umständen das Problem, dass Messestandorte und Windenergie weltweit konkurrieren, wollen wir gemeinsam etwas entwickeln? Oder war es eher eine verdeckte Aktion, im Hinterzimmer geboren, ohne Kommunikation mit Schleswig-Holstein an andere heranzutreten? Wenn das so war - so war es offensichtlich -, frage ich die Sozialdemokraten: Ist das der neue Stil, den wir im Rahmen der Kooperation erwarten dürfen? Wenn das nicht der neue Stil im Verhältnis zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein sein soll, dann müssten doch gerade Sozialdemokraten, die sich ernst nehmen und mit Hamburg gemeinsam operieren wollen, künftig sagen: Das ist kein Weg, den wir mitzugehen bereit sind, und hier stellen wir ein Stoppschild auf. Das gerade tun Sie nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Noch einmal: Diese verdeckte Aktion zeigt ja schon das schlechte Gewissen der Hamburger. Denn hätten sie es nicht, dann hätten sie das offen mit uns besprechen können. Es ist, wie der Kollege Harms zutreffend beschrieben hat - ich will die Wortwahl vielleicht etwas anders gestalten -, nichts anderes als das Abwerben zulasten Schleswig-Holsteins, und das ist das Gegenteil von Kooperation.

(Beifall bei FDP und CDU)

Deshalb bin ich schon der Auffassung, dass wir - wir tun das ja auch; die Grünen tun das auch - mit unseren Hamburger Freunden reden sollten und sagen sollten: Wenn das künftig das Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern bestimmen wird, dann wird es nichts mit weiterer **Kooperation**, dann werdet ihr lernen müssen, dass auch wir gelegentlich zu dringend notwendigen Maßnahmen, die ihr für die Weiterentwicklung eures Gemeinwesens braucht, Nein sagen können. Das betrifft die Elbvertiefung. Da brauchen sie uns. Das betrifft Verkehrsprojekte. Da brauchen sie uns. Ich habe es so formuliert: Wir können ohne Hamburg schlecht leben; aber ich kann sicher sagen: Hamburg kann ohne Schleswig-Holstein überhaupt nicht leben. Denn eines, was wir zuhauf haben, haben sie nicht: Flä-

(Wolfgang Kubicki)

che. Und Wind - das kann ich sagen - können wir auch machen.

(Beifall bei FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat nun die Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

(Die Abgeordnete Astrid Damerow [CDU] begibt sich zu einem Saalmikrofon)

- Für einen Dreiminutenbeitrag!

(Astrid Damerow [CDU]: Ich verzichte auf meinen Dreiminutenbeitrag! Wenn man am Ende an die Reihe kommt, haben die Kollegen schon nahezu alles gesagt!)

- Dann rufe ich zu einem Dreiminutenbeitrag den Herrn Abgeordneten Olaf Schulze auf.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Manchmal habe ich das Gefühl, wir reden hier nicht über die HUSUM Wind, sondern wir reden über die norddeutsche Kooperation. Mir ist klar, dass die **HUSUM Wind** auch von der norddeutschen Kooperation lebt und dass die **norddeutsche Kooperation** auch ein Teil der HUSUM Wind ist und dass wir zusammenarbeiten. Aber ich habe manchmal das Gefühl, die Debatte geht in der Sache gar nicht mehr um HUSUM Wind, sondern es geht nur noch darum, dass wir irgendjemanden beschimpfen und als Sündenbock hinstellen wollen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE] - Widerspruch des Abgeordneten Dr. Christian von Boettcher [CDU])

- Ich habe Sie nicht angesprochen, Herr von Boettcher, sondern ich habe gesagt, ich habe das Gefühl, dass es eher in diese Richtung geht und dass wir uns keine Gedanken darüber machen, wie wir eigentlich die HUSUM Wind in Schleswig-Holstein halten können, was wir wirklich tun müssen, damit sie hierbleibt. Denn eines wissen wir: Die HUSUM Wind ist eine Erfolgsgeschichte, und eine Erfolgsgeschichte bedeutet oftmals auch, dass andere es auch gerne haben wollen und auch dementsprechend handeln.

Wenn ich die HUSUM Wind in Schleswig-Holstein behalten will, dann werde ich das nicht schaffen, indem ich Hamburg nur beschimpfe,

(Beifall bei SPD, SSW und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

indem ich schon im Vorwege sage: Das sind Pfefersäcke, das sind alles Menschen, die eigentlich nur in Schleswig-Holstein einfallen wollen. Vielmehr muss ich mit den Hamburgern reden, mit ihnen verhandeln. Das ist auch Aufgabe der Landesregierung. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung dies getan hat, ich gehe davon aus, dass die Landesregierung mit den Hamburgern auch darüber redet, wie man vielleicht die HUSUM Wind in Zukunft gemeinsam in **Husum** halten kann,

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

was die Schleswig-Holsteiner tun müssen und was die Hamburger tun müssen, damit HUSUM Wind weiterhin eine Erfolgsgeschichte für Hamburg und Schleswig-Holstein bleibt.

(Wortmeldung des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter - -

Olaf Schulze [SPD]:

Nein, dazu habe ich jetzt keine Lust.

(Werner Kalinka [CDU]: So geht das aber nicht!)

- Er kann sich ja zu einem Dreiminutenbeitrag melden. Zumal wir in Schleswig-Holstein im Hinblick auf Arbeitsplätze, die sich jetzt auch in Lübeck und im Hamburger Rand ansiedeln, von ihr profitieren.

Wir als SPD stehen zur HUSUM Wind. Das ist in unserem Antrag ganz klar dargestellt.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Wir sagen allerdings auch - insoweit sind wir vielleicht ein bisschen selbstbewusster als jene, die nur schimpfen und meckern -: Wir müssen dann aber auch fragen: Was müssen wir als Schleswig-Holsteiner tun, damit die HUSUM Wind hierbleiben kann?

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Sie sagen, Sie seien selbstbewusst. Wenn man selbstbewusst ist, schimpft man nicht auf einen Partner und schimpft man nicht einfach drauflos.

(Zurufe von der FDP)

(Olaf Schulze)

Wenn man selbstbewusst ist, geht man dorthin. Das haben wir zum Beispiel getan. Wir haben mit den Hamburgern geredet, und wir reden auch weiter mit den Hamburgern. Vielleicht wäre ein gemeinsamer Ausschuss auch eine Möglichkeit, diese Dinge zu besprechen, Gemeinsamkeiten zu finden und gemeinsam etwas abzustimmen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Ich muss sagen, es ist schon merkwürdig. Wir haben hier im Juni einstimmig beschlossen, dass wir die HUSUM Wind haben wollen. Ich frage mich, warum man diese wahlkampfaktischen Manöver fährt und auf die SPD schimpft.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE] - Beifall der Abgeordneten Susanne Herold [CDU])

Ich kann es verstehen. Es ist natürlich wichtig, dass Sie sich mit sinnvollen Dingen wie der SPD beschäftigen. Aber vielleicht sollten wir zum Kern kommen, nämlich zu HUSUM Wind und der Frage, wie wir HUSUM Wind hier behalten können.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat die Frau Abgeordnete Ingrid Brand-Hückstädt das Wort.

Ingrid Brand-Hückstädt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will die Diskussion nicht unnötig in die Länge ziehen, möchte aber noch etwas zur **Enquetekommission** sagen, weil die Diskussion hierüber von verschiedenen Seiten schon etwas merkwürdig ist.

Beantragt und durchgesetzt von SPD und Grünen - das muss man an dieser Stelle noch einmal sagen -, die wirklich aktiv arbeiten und versuchen, etwas hinzubekommen, befassen wir uns seit Wochen in einem der kleinsten Sitzungsräume des Landtags ganz alleine und autistisch

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

mit der Frage, wie und mit wem in welchen Bereichen eine **norddeutsche Zusammenarbeit** wohl vonstattengehen könnte. Anfragen an Hamburg und an andere Länder wurden mit einem kleinen zwei-zeiligen Brief und einer Telefonnummer und einer E-Mail-Adresse gestellt: Wenn sie etwas erreicht hätten, könnten sie sich ja melden. Das war's.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich!)

Der Nordstaat war also ein Luftschloss der Grünen, die verstärkte Kooperation eine Wunschvorstellung der SPD. Fernab von jeglichem Realitätssinn, von Wahrnehmungen und Tatsachen verpulvern wir mit der Kommission circa 100.000 €, weil Sie geglaubt haben, Norddeutschland sei eine Scheibe.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass Hamburg und Schleswig-Holstein unterschiedliche Interessen haben. Die Grünen haben es mittlerweile anscheinend begriffen. Chamäleon, deine Farbe ist grün. Herr Habeck, Sie haben sich mit Ihrer Rede eben wirklich von jeder Freundschaft zu Hamburg verabschiedet. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Pfeffersack-Mentalität - eine Beschimpfung ist dies ja wohl gewesen - der Beginn einer langen Freundschaft ist.

(Beifall bei der FDP)

Selbstverständlich sind Hamburg und Schleswig-Holstein aufeinander angewiesen, und es gibt weder einen Grund für die Hochnäsigkeit der Hamburger, die sie uns gerade deutlich vorgeführt haben, noch gibt es für uns einen Grund der Selbstverleugnung. Damit das nicht in den falschen Hals kommt: Natürlich wollen auch wir als FDP eine **Kooperation**, aber nur dort, wo sie möglich, wo sie gewollt ist und wo sie Bürokratie abbaut.

Ein natürlicher Konkurrenzkampf schadet also niemandem. Wir sollten ihm mit Selbstvertrauen entgegengehen und zeigen, dass wir besser sind.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte mich ursprünglich zu Wort gemeldet, weil mir die Kollegin Sassen vorgeworfen hatte, erst jetzt mit diesem Thema gekommen zu sein. - Ich weiß nicht, ob sie mich hören kann. Sehen kann ich sie nicht. Dennoch möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir ja schon im Juni alle gemeinsam beschlossen haben, dass wir die **Husum-Messe in Schleswig-Holstein** und in Husum halten wollen. Insofern haben wir uns alle da-

(Lars Harms)

mit beschäftigt. Es geht aber darum, dass diese Messe auch in Zukunft eine Chance hat und dass diese Messe in Zukunft nicht der Bedrohung unterliegt, dass andere kommen und sagen: Wir werben ab.

Nun hat die Kollegin Sassen vorhin gesagt, das dürfe alles kein Geld kosten. Ich weiß nicht, wie man ein Unternehmen dazu bringt, eine Straße zu bauen, ohne Geld dafür zu bekommen. Das ist etwas, was wir hier bei uns im Land immer gemeinsam - auch die Kollegen der CDU - fordern. Dennoch wundert es mich einfach.

In dem gemeinsamen Antrag mit der SPD machen wir deutlich, dass es nicht nur darum geht, den Hamburgern die Leviten zu lesen. Das haben, glaube ich, alle hier getan, und wenn man unseren ersten Punkt liest, dann kann man sehen, dass auch wir uns für den Fortbestand einsetzen und dass wir die Landesregierung dazu auffordern, die parallele Messe in Hamburg zu verhindern. Ich glaube, deutlicher kann man Kritik in einem Stück Papier nicht äußern. Das ist sehr konkret.

Für uns geht es aber auch darum, dass wir kooperieren, diese Situation dazu nutzen, uns auch selbst einmal infrage zu stellen und zu fragen: Ist es nicht schlauer, mit anderen zu kooperieren? Das haben wir in den zweiten Punkt hineingeschrieben. Jeder - auch von Ihnen auf der rechten Seite dieses Hauses - sagt: Wir müssen kooperieren; wir müssen mit den Hamburgern reden, wir müssen aber auch Zukunftskonzepte entwickeln.

Wir haben es im Gegensatz zu Ihnen reingeschrieben und meinen das auch ernst.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Das geht nicht nur in Richtung der Hamburger, das geht natürlich auch in Richtung der Hannoveraner, aber auch insgesamt um den **norddeutschen Messestandort**. Es geht nicht darum, eine Windmesse in Husum abzuschaffen, irgendwo anders hinzulegen und dafür eine - was weiß ich - Schuhmesse nach Husum zu bringen. Es geht darum, dass wir uns gemeinschaftlich darüber Gedanken machen, wie wir den norddeutschen Raum stärken. Das geht aus Punkt 2 hervor.

Aber letztendlich steht und fällt unser gesamtes Bemühen, die Husumer Messe in Husum zu halten, mit der Frage: Sind wir auch selbst willens, Geld in die Hand zu nehmen und die Husumer zu unterstützen?

(Beifall bei der LINKEN)

Es nützt nämlich nichts, wenn wir Herrn Scholz erst einmal für zwei Jahre zivilisieren und er dann sagt: „Okay, die machen soviel Druck, jetzt gehe ich zurück“, und dann einfach nur abwartet, bis er irgendwann auch Druck ausüben und dann mit der gleichen Forderung wiederkommen kann. Wir haben dann immer noch zwei Jahre gepennt und die **Infrastruktur** nicht ausgebaut. Das hilft den Husumern nicht wirklich weiter. Deswegen ist es ganz wichtig, dass von diesem Haus heute auch das Signal ausgeht: Husum, wir unterstützen euch bei der Weiterentwicklung eures Wirtschaftsstandortes.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Das steht nur im Antrag von SPD und SSW. Deswegen ist der Antrag auch wirklich der Richtige.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine verehrte Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben hier einen ziemlichen parteipolitischen Hickhack bei diesem Thema, was dem Ziel nicht unbedingt dienlich ist.

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Ich würde mir in Hamburg die Hände reiben, wenn ich dieser Debatte beiwohnen würde.

Hamburg - das ist völlig klar - hat das, was man unter **Kooperation** versteht, größtenteils missachtet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei CDU und FDP)

Selbstverständlich ist es so, dass dann auch in so einem Fall - wie mein Fraktionsvorsitzender das gemacht hat - man Hamburg einen Schuss vor den Bug versetzt.

Ich möchte aber jetzt auf Lars Harms und seine Infrastruktur-Hybris eingehen. Das ist ein Nachkater in die Vergangenheit. Der Hafen ist nun einmal nicht gebaut worden. Wir haben die Verhältnisse in Husum, so wie sie sind. Aber das Problem ist nicht ein **Ausbau der B 5** - die wird den Messeverkehr schon ableiten können -, sondern es ist das Problem, wo die Leute ableiben, wenn sie die Messe erreichen. Da tut sich in der Tat sehr viel. Es gab

(Detlef Matthiessen)

dort in der Tat objektive Probleme, nämlich mit Landeigentümern, die ihr Land nicht zur Verfügung gestellt haben. Das wird jetzt teilweise auf dem Verhandlungsweg und teilweise auf dem Enteignungsweg gelöst. Innerhalb der Stadt wird die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut. Wenn dort eine Halle - ein **Messe- und Kongresszentrum** - gebaut worden ist, dann ist das eine millionenschwere Investition und nicht nichts, Lars Harms.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Koch, wir haben gerade eine Haushaltsdebatte erlebt, wo wir die Begrenztheit der Finanzen diskutiert haben. Da können wir nicht einfach mit einem Füllhorn kommen,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

das wir über die Messe ergießen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich wundere mich auch, dass es nun eine dermaßen parteipolitische Färbung bekommen hat und dass niemandem auf der SPD-Seite aufgefallen ist, dass es schon einmal einen Angriff Hamburgs auf die HUSUM WindEnergy gab und dass dort tatsächlich zwei internationale Messen in diesem Sinne durchgeführt wurden, nämlich - ich glaube - 2002 und 2004. Da wurde Hamburg bekanntlich von den Schwarzen regiert.

Es geht um das Thema: Wie erreichen wir eine gute norddeutsche Kooperation. Da stellen wir fest: Hamburg hat das gröblich vernachlässigt. Ich will in Richtung des Kollegen Weber, der die freie Wirtschaft bei der Entscheidungsfindung entdeckt hat - merkwürdigerweise beschäftigt sich die Politik hüben und drüben damit -, sagen: Der **VDMA** ist nun wirklich nicht der Nabel der Welt der Windindustrie. Der weltgrößte Hersteller und der deutsche Marktführer, der immerhin 60 % von Deutschland mit Windmühlen bestückt, spielt dort im VDMA eine ganz laue Rolle. Die waren auch die, an denen dann letztendlich seinerzeit der Hamburger Angriff gescheitert ist, weil Enercon und Vestas schlicht nicht mitgemacht haben. Es hat auch der WWE nicht mitgemacht - das macht er auch immer noch nicht -, der International Wind-Council, die europäische Windenergie Association, EWEA, und auch die World Wind Energy Association und FGW. Das heißt, Husum hat verbändeseitig und damit wirtschaftsseitig eine gute Unterstützung.

Ich will in diesem Zusammenhang noch eine weitere Frage auch in Richtung SPD stellen: Welchen

Weg wollen wir in der **Energiepolitik** und in der Wirtschaft gehen? Mit bezahlbaren Preisen eine Messe veranstalten, wo auch der **Mittelstand** eine Chance hat, sich zu präsentieren, oder wollen wir den Weg in die **Großindustrie** gehen? - Mein Weg ist das jedenfalls nicht, und auch nicht der der Grünen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Hamburg hat einen aggressiven Stil gezeigt und kriegt eine aggressive Antwort. Husum ist gut aufgestellt. Die Messe in Hamburg ist noch nicht gelungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es passt ganz gut nach dem Beitrag des Kollegen Matthiessen. Kollege Matthiessen, Sie sprachen vom parteipolitischen Hickhack. Das finde ich lustig, wenn man selbst den Aufschlag in der Debatte mit einer parteipolitischen Aktion macht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das ist auch keine schlimme oder schreckliche Sache. Das gehört zum Geschäft dazu. Ich neide es niemandem, dass er daraus politischen Gewinn zu ziehen wünscht und glaubt, das zu können, wenn er die Hansestadt Hamburg und den Ersten Bürgermeister - oder wen auch immer - politisch attackiert. Das ist politisches Geschäft. Da können wir ein bisschen Spaß haben, aber das regt mich nicht besonders auf.

Es ist nur deswegen ein bisschen ärgerlich, weil wir über ein tatsächliches, faktisches Problem reden. Das tatsächliche, faktische Problem werden wir mit dieser Art von **bilateraler Kooperation** und bilateralem politischem Austausch nicht wirklich fördern.

(Jürgen Weber)

Kollege Matthiessen, Sie haben es vorhin noch einmal erwähnt. Ich hätte nicht gedacht, dass ich solche Dinge hier auslöse, wenn ich sage: Marktwirtschaftliche Elemente in dieser Gesellschaft gibt es. Man muss das vielleicht auch mit in die Bewertung einbeziehen. Wenn eine erhebliche Zahl an Unternehmen sagt, Hamburg könnte für sie attraktiver sein, muss man das vielleicht zumindest in die Überlegung und Bewertung der Analyse einbeziehen und nicht so tun, als wenn das alles gar nicht existiert.

(Beifall bei SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Herr Matthiessen, wenn Sie dann sagen, der Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbauer sei nicht so groß und nicht so relevant und nicht so bedeutend: Wo ist dann bitte das Problem, wenn alle Bedeutenden von Husum gar nicht weg wollen? Wo bitte ist das Problem?

Es ist doch ganz offensichtlich so, dass wir dort Hausaufgaben zu machen haben und uns der Frage stellen müssen, ob es Handlungsbedarf gibt, dem wir nachkommen müssen oder nicht. Ich bin bei denen, die sagen: Wir können nicht einfach noch einmal 10 oder 20 Millionen € in die Hand nehmen und irgendwas in Husum machen. - Das ist doch absurdes Theater. Jeder weiß, dass das nicht funktionieren kann. Das Land Schleswig-Holstein hat in den letzten Jahren in enormem Maße **in Husum investiert**. Das kann man nicht einfach wegreden und leugnen. Das ist so. Dort ist Geld hingeflossen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Es ist ja so! Es hätte diese Messe gar nicht gegeben, wenn dort nicht auch in erheblichem Maße Landesgeld investiert worden wäre.

Lassen Sie mich einen letzten fachlichen Gedanken noch sagen, zum Politischen hat der Kollege Schulte schon etwas gesagt: Wenn in der Presse Folgendes kommentiert wird - ich zitiere einen Kommentar der „taz“:

„Die Husum WindEnergy wird von ihrem eigenen Erfolg überrollt, dem Wandel aber sind enge Grenzen gesetzt. Hallen und Freiflächen sind nicht alle zwei Jahre beliebig erweiterbar. ... Hotellerie und Gastronomie können den Andrang nicht mehr bewältigen. Die Lage ist weit entfernt vom Flughafen Fuhlsbüttel ... Die Messe wächst über Husum hinaus.“

Ich mache mir das nicht zu eigen, aber ich erwarte, wenn man hier solche Bekenntnisse zum **Standort Husum** abgibt, dass man auch die Frage der Entwicklungschancen sachlich analysiert und hier nicht nur Muskelspiele macht, sondern sagt, wie es gemeinsam geht. Da bin ich bei dem Kollegen von Boetticher, der sagt, das müsse man gemeinsam tun.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Heinold zu?

Jürgen Weber [SPD]:

Natürlich, selbstverständlich.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, wenn ich Sie richtig verstanden habe, hatten Sie diejenigen kritisiert, die sagen, man müsse jetzt nur mehr Geld ins System pumpen. Können Sie mir noch einmal sagen, wer heute gefordert hat, mehr Geld für den Standort oder die TASH zur Verfügung zu stellen?

- Kollege Harms hat vorhin gesagt, dass wir dort erhebliche **zusätzliche Investitionen** brauchen. Diese zusätzlichen Investitionen wird man nicht zum Nulltarif bekommen. Das ist schon in dieser Debatte vorgetragen worden. Man kann nicht immer nur schwarz-weiß malen. Nur weil ich mit dem Kollegen Harms einen gemeinsamen Antrag gestellt habe, muss ich nicht jede seiner Ausführungen bis zum Letzten kommentieren. Eine etwas differenzierte Diskussion - das liegt vielleicht nicht jedem - muss in einem Parlament möglich sein.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin, ich formuliere meinen letzten Satz. - Es ist möglich, und auch für uns Sozialdemokraten überhaupt kein Problem, kritisch zu hinterfragen, ob jede Vorgehensweise des Hamburger Senats akzeptabel ist, aber daraus zu konstruieren, das Problem der Entwicklungschance von Husum ist Hamburg, stimmt nicht.

(Christopher Vogt [FDP]: Das haben wir doch gar nicht gemacht!)

(Jürgen Weber)

Das Problem von Husum ist, ob es eine **norddeutsche Kooperation** und Abstimmung gibt. Über diese Frage müssen wir reden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dieser Debatte haben wir Husum nicht wirklich geholfen. Sie bauen hier Pappkameraden auf und behaupten, die seien dafür, dagegen und so weiter. Im Juni dieses Jahres waren wir schon einmal weiter.

Es ist heute deutlich geworden, dass wir alle dafür sind, dass **Husum als Messestandort** gestärkt wird. Wenn wir damit in die Öffentlichkeit hinausgegangen wären, wären wir ein Stückchen weiter. Hier wird aber schon Wahlkampf gemacht, offensichtlich zulasten der Stadt Husum. Das ist bedauerlich. Hier müssen keine Mauern aufgebaut werden, sondern an dieser Stelle sollten wir die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen. Obwohl ich ja auch dazu neige, manchmal ein bisschen zu polemisieren, an dieser Stelle bedarf es aber eines Schulterchlusses.

Ich bin froh, dass die SPD jetzt versucht, mit ihren Hamburger Genossinnen und Genossen eine stärkere Kommunikation zu organisieren. Wir müssen dem Hamburger Bürgermeister sagen, dass es nicht nur um Konkurrenz geht, sondern dass wir viel stärker auf **Kooperation** achten sollten. Er ist ja noch ein Mann der alten Schröder-Schule. Die SPD hier in Schleswig-Holstein ist tendenziell auf einem anderen Weg. Die Hamburgerinnen und Hamburger können durch diese Kooperation nur lernen.

Wir Linken haben mit unseren Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Fraktion eine vernünftige Kooperation. Gemeinsam sind wir der Ansicht, dass wir die Standorte nicht gegeneinander ausspielen sollten, sondern wir sind gemeinsam dafür, den **Standort Husum**, was die Windenergiemesse angeht, zu fördern.

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Landesregierung hat Herr Wirtschaftsminister Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch nach dieser Debatte, die ja auch leidenschaftlich geführt worden ist, muss man feststellen: Eine gute Zusammenarbeit und eine gute Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein liegt im Interesse Schleswig-Holsteins und im Interesse Hamburgs.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das hängt mit einigen Tatsachen zusammen, zum Beispiel den **Umlandbeziehungen**, die es gibt, egal ob wir sie uns politisch wünschen oder nicht. Realität ist, dass jeden Tag 150.000 schleswig-holsteinische **Pendler** nach Hamburg fahren. Die Realität ist aber auch, dass 50.000 Hamburger Pendler jeden Tag nach Schleswig-Holstein fahren. Wir haben ein gemeinsames Interesse, weil wir **gemeinsame Infrastrukturen** nutzen, den Flughafen und den Hamburger Hafen. Wir haben ein Interesse an einer Zusammenarbeit, weil Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen eine Bank gehört, die im Moment einer Zusammenarbeit zwischen den Ländern bedarf. Insofern sind wir allein wegen dieser Tatsache eine Schicksalsgemeinschaft.

Was aber in den letzten Wochen und mit dem neuen Hamburger Senat fehlt, ist das Stück Vertrauensvorschuss, das Stück Goodwill, das aus einer Schicksalsgemeinschaft eine gute Nachbarschaft macht. Voraussetzung für eine gute Nachbarschaft zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ist für uns als Landesregierung immer gewesen: Es muss eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe sein, und es muss eine Zusammenarbeit sein, die den nördlichen Landesteil mit einbezieht.

Wenn ich auf die gleiche Augenhöhe zu sprechen komme, dann bedeutet es, dass dazugehört - das ist schon in dem ersten Beitrag heute gesagt worden -, dass man die Stärken des jeweils anderen anerkennt. Zu den **Stärken Schleswig-Holsteins** gehört ganz eindeutig die **Windenergie**. Schleswig-Holstein ist die Wiege der Windenergie und deshalb gehört es zu einer guten Zusammenarbeit, dass man auch arbeitsteilig vorgeht. Deshalb muss Hamburg akzeptieren, dass die Stärke, die Standortqualität Schleswig-Holsteins, über die Windenergie definiert wird.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Minister Jost de Jager)

Zu dieser Augenhöhe gehört auch, dass das Ziel und der Zweck dieser Zusammenarbeit nicht darin bestehen kann, die ohnehin schon bestehende Sogwirkung einer Metropole noch einmal zu verstärken, sondern darum, **Mechanismen der Arbeitsteilung** zu erfinden und zu finden, die dazu führen, dass es einen **Interessenausgleich** gibt, der sich nicht nur an der Stadtgrenze Hamburgs definiert, sondern die ganze Fläche Schleswig-Holsteins einbezieht. Das ist eine weitere Grundvoraussetzung, die wir haben.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was den nördlichen Landesteil Schleswig-Holsteins anbelangt, hat es zuletzt zwei Aktivitäten gegeben, die ihn in besonderer Weise betreffen. Das Erste war der Antrag der Stadt Hamburg, zusammen mit anderen die von uns ausgehandelte **Länderklausel im CCS-Gesetz** im Bundesrat zu kippen. So etwas ist auch kein Beweis einer guten Nachbarschaft.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Das Zweite ist das, was ich in der Tat als einen Angriff auf die HUSUM WindEnergy bezeichnet habe. Die HUSUM WindEnergy ist - ich habe es schon gesagt, weil es ein Teil unserer Standortqualität ist - etwas, das vielleicht in den Augen unserer Nachbarn Hamburgs nicht richtig gewertet wurde. Die HUSUM WindEnergy ist nicht nur eine Messe, sondern sie steht auch als **Leuchtturm** für das, was wir im Bereich der erneuerbaren Energien hier in Schleswig-Holstein vorhaben. Es ist ein Leuchtturm, der im nördlichen Landesteil beheimatet ist und deshalb auch eine starke psychologische Wirkung in dieser Region haben wird. Aus diesem Grund können und dürfen wir nicht zulassen, dass dieser Standortvorteil, den wir haben, aufgehoben wird. Deshalb werden wir für die HUSUM Wind kämpfen.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was jetzt passieren wird, ist, dass die Achse zwischen der HUSUM WindEnergy und der **Messe in Hannover** gestärkt wird. Dort wird gerade eine Allianz geschmiedet, die bestimmte Formen der Zusammenarbeit beinhaltet. Sie wird beinhalten, dass es **gemeinsame internationale Messeauftritte** geben wird, dass es eine gemeinsame Akquisition von Teilnehmern geben wird. Insofern gehöre ich nicht zu denen, die heute sagen: Hamburg übernimmt die HUSUM Wind. Was passiert ist, ist, dass aus einer gemeinsamen Standortstärkung von Hamburg und

Schleswig-Holstein auf einmal ein **Standortwettbewerb** zwischen Hamburg und Husum geworden ist, bei dem noch lange nicht entschieden ist, wie er ausgehen wird.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann sehr gut sein, dass durch die Kooperation zwischen Hannover und Husum vielleicht die Achse mehr gestärkt wird als der Messestandort Hamburg. Dann hätten in der Tat die Hamburger ein Eigentor geschossen.

Es geht darum, dass wir etwas für die Messe in Husum tun. Das haben wir auch vorher schon getan. Es ist darauf Bezug genommen worden, dass mit einer Fördersumme von immerhin 12 Millionen € ein **Messe- und Kongresszentrum** am Standort aufgestellt wurde. Es sucht seinesgleichen in Schleswig-Holstein und ist hervorragend geeignet, die HUSUM Wind zu stärken.

Es ist gefragt worden, was nach dem Antrag geschehen ist. Wir haben - das war schon vorher terminiert - sowohl mit der Stadt, als auch mit dem Kreis und der Messegesellschaft gesprochen. Wir haben gefragt, wie wir die **Infrastrukturvoraussetzungen** am Standort der Messe in Husum stärken können. Wir werden das auch durch **Fördermittel** tun, die wir zur Verfügung haben und die übrigens auch deshalb zur Verfügung stehen, weil der Bau des Kongresszentrums günstiger war als ursprünglich gedacht. Wir werden die Verkehrsanbindung der HUSUM Wind noch einmal verbessern. Wir werden die Parkplatzsituation verbessern. Wir werden zusätzliche Flächen schaffen. Das wird auch die **Wettbewerbschancen** der HUSUM Wind noch einmal verstärken. Wir gehen in diesen Wettbewerb hinein und glauben, dass die HUSUM Wind zusammen mit Hannover eine Chance hat.

Herr Weber, ich darf auf das zurückkommen, was Sie gesagt haben. Das ist eben nicht nur Marktwirtschaft. Es ist deshalb nicht nur Marktwirtschaft, weil die Husumer Messegesellschaft eine privat getragene Gesellschaft ist. Die Hamburger Messegesellschaft ist zu 100 % eine Tochter der Stadt Hamburg.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch deshalb keine Marktwirtschaft, weil der damals neue Hamburger Wirtschaftssenator Horch mit einem Schreiben vom 13. Mai 2011 bereits die **Werbung für den Standort Hamburg** unterstützt hat. Wenn ich richtig informiert bin,

(Minister Jost de Jager)

dann wird der Senat der Stadt Hamburg in der kommenden Woche gemeinsam mit der Messengesellschaft den neuen Messetermin im Jahr 2014 vorstellen. Insofern ist das nicht nur Marktwirtschaft, sondern das ist eine politisch begleitete Aktion aus Hamburg. Auch das muss man feststellen.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Weber zu?

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Ich glaube, dieser Fall zeigt uns, dass wir von einer Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein wegkommen müssen, die sich von Fall zu Fall entscheidet und auch von Fall zu Fall derartige situative Nutznießereffekte erzeugt. Wir brauchen ein neues Regelwerk einer Zusammenarbeit. Deshalb habe ich als Wirtschaftsminister für den Bereich, für den ich zuständig bin, das **Lorenz-von-Stein-Institut** hier in Schleswig-Holstein gebeten, einen Vorschlag **für einen Rahmenvertrag** oder eine Rahmenvereinbarung zwischen der Behörde in Hamburg und dem Wirtschaftsministerium in Schleswig-Holstein zu erarbeiten, die darlegt, wie wir in den wesentlichen Feldern - und das sind Planungsfragen wie Fragen der Verkehrsplanung, der Wirtschaftsförderung und der **Standortplanung** - zu Verabredungen kommen können, die bestimmte Mechanismen und Beratungen vorschreiben, bevor es zu Entscheidungen kommt. Ich glaube, das ist die entscheidende Lehre, die wir daraus ziehen: weg von Fall-zu-Fall-Entscheidungen, hin zu einer gut strukturierten Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein,

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

die dann den wirtschaftlichen Interessen des Landes Schleswig-Holstein auch tatsächlich entspricht.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse daher zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und SSW, Drucksache 17/1906 (neu), abstimmen. - Ich sehe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, Bitte, Herr Abgeordneter Weber, Sie haben das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin, wir beantragen die alternative Abstimmung der beiden Anträge.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Es ist alternative Abstimmung der Anträge beantragt. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP, Drucksache 17/1902 (neu), abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von SPD und SSW, Drucksache 17/1906 (neu) abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW.

Ich stelle fest, dass der Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP, Drucksache 17/1902 (neu), angenommen worden ist.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr.

(Unterbrechung 12:54 bis 14:05 Uhr)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir steigen wieder in die Beratungen ein, die Sitzung ist wieder eröffnet. Bevor wir zu Tagesordnungspunkt 43 kommen, teile ich Ihnen Folgendes zur Tagesordnung mit: Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, die Tagesordnungspunkte 6, 16, 44 und 46 von der Tagesordnung abzusetzen und in der November-Tagung zu beraten. Außerdem sollen die Tagesordnungspunkte 20 und 24 ohne Aussprache zur abschließenden Beratung an den Ausschuss überwiesen werden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 43 auf:

Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Land Schleswig-Holstein im Schuljahr 2010/2011

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1842

Ich erteile das Wort dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie erwartet zeigt der Bericht über die **Unterrichtssituation** im Schuljahr 2010/2011 für fast alle Schularten in Schleswig-Holstein bessere Zahlen als im vorhergehenden Schuljahr. Damit belegt dieser Bericht schwarz auf weiß, dass wir ein zentrales bildungspolitisches Vorhaben dieser Landesregierung erfolgreich umsetzen. Wir sorgen dafür, dass **mehr Unterricht** erteilt wird.

Nun zu den konkreten Zahlen. An den allgemeinbildenden Schulen sind im Berichtsjahr 444.300 Unterrichtsstunden erteilt worden. Im Jahr zuvor waren es 436.800 Stunden. Im Vergleich zum Vorjahr sind im Berichtsjahr also 7.500 Unterrichtsstunden mehr erteilt worden.

Im Schuljahr 2010/2011 sind an den berufsbildenden Schulen 85.800 Unterrichtsstunden erteilt worden. Im Jahr zuvor waren es 83.200 Unterrichtsstunden. In diesem Bereich haben wir also einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 2.600 Unterrichtsstunden zu verzeichnen.

Insgesamt sind also im allgemeinbildenden Bereich 7.500 und im berufsbildenden Bereich 2.600 Unterrichtsstunden mehr als im Vorjahr erteilt worden. Die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden ist also um gut 10.000 angewachsen bei einem **Rückgang der Schülerzahl** im Berichtsjahr um 6.400 Schülerinnen und Schülern. Prozentual ausgedrückt bedeutet das, dass wir im Berichtsjahr rund 1,6 % weniger Schüler gehabt haben, aber gute 2 % mehr Unterrichtsstunden erteilt worden sind.

In den zurückliegenden Jahren ist die Zahl der **Lehrerstellen** in Schleswig-Holstein auf Rekordhöhe angewachsen, während zugleich seit mehreren Jahren beginnend mit den Grundschulen ein Rückgang der Schülerzahlen eingesetzt hat. Diese Entwicklung begann bereits vor mehreren Jahren und geht jetzt weiter.

Darüber hinaus haben wir die Zahl der **Pflichtstunden für Lehrkräfte** an Gymnasien und berufsbildenden Schulen auf den Bundesdurchschnitt angehoben. Auch dies trug zur Verbesserung des Unterrichtsangebots bei. Den Lehrerinnen und Lehrern

gebührt unsere Anerkennung dafür, dass sie durch mehr Unterricht mitgeholfen haben, dieses gute Ergebnis zu erreichen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Lassen Sie mich einige bemerkenswerte Entwicklungen im Berichtsjahr zusammenfassen. Erneut sehen wir, dass sich der demografische Wandel in Schleswig-Holstein im Schulbereich vollzieht. Im Saldo gibt es an den Schulen insgesamt 6.400 Schülerinnen und Schüler weniger. An den **Grundschulen** beispielsweise betrug der Rückgang 3.500 Schülerinnen und Schüler. Von dem insgesamt zu verzeichnenden Schülerzahlrückgang entfällt also ein erheblicher Teil auf den Grundschulbereich.

Im **berufsbildenden Schulwesen** ist der starke Zuwachs, der in den Jahren zuvor festzustellen gewesen ist, gebremst worden. In diesem Bereich ist die Schülerzahl sogar leicht um rund 700 zurückgegangen.

Beim Übergang zur weiterführenden Schule ist das Bild jetzt klarer geworden, weil die Gesamtschulen im Berichtsjahr in **Gemeinschaftsschulen** umgewandelt worden sind. Dies war übrigens eine Vorgabe der Novellierung des Schulgesetzes aus dem Jahr 2007. Beim Übergang in Klasse fünf sind 44,6 % der Schülerinnen und Schüler an Gemeinschaftsschulen aufgenommen worden. Die Gemeinschaftsschulen sind damit die Schulen, die die meisten Schüler aufnehmen. Auf konstant hohem Niveau folgen die **Gymnasien** mit 38,5 %. Zu den **Regionalschulen** wechselten 13,5 % der Schülerinnen und Schüler.

Meine Damen und Herren, deshalb ist zu erwarten, dass unsere Abiturientenquote weiter anwachsen wird. Anders als es der zuletzt veröffentlichte Bildungsmonitor glauben machen will, haben wir hierbei bereits jetzt eine positive Entwicklung. Derzeit erreichen fast 37 % eines Jahrgangs das **Abitur** gegenüber knapp 29 % im Jahr 2005. Hinzuzurechnen sind diejenigen Schulabgänger, die die Fachhochschulreife, also auch eine Hochschulzugangsberechtigung, erreichen. Wenn man diese hinzurechnet, kommen wir im Berichtsjahr auf einen Wert von 48 %.

Die Schulklassen in Schleswig-Holstein sind meistens immer noch kleiner als im Bundesdurchschnitt. Die Durchschnittswerte liegen fast durchweg unterhalb der Bemessungsgrößen für die Lehrerzuweisung, die bei 22 für den Grundschulbereich beziehungsweise bei 25 für die Regional- und Gemeinschaftsschulen liegen.

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

Von den Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen erstmals mehr Schüler eine Regelschule als ein Förderzentrum. Das bestätigt Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle bei der **inklusiven Bildung** unter den deutschen Ländern. Ein weiterer Punkt: Es werden nur noch 1,1 % der Erstklässlerinnen und Erstklässler verspätet eingeschult. Von der Möglichkeit der Beurlaubung aus gesundheitlichen Gründen wird vergleichsweise wenig Gebrauch gemacht. Die Grundschulen stellen sich stärker als bisher auf unterschiedliche Entwicklungsstände der Kinder ein. Auch das ist eine Leistung, die unseren Respekt verdient.

Meine Damen und Herren, erfahrungsgemäß ist die Debatte über den Bericht zur Unterrichtssituation immer auch Anlass, die gegenwärtige Situation zu bewerten. Die Opposition wird wahrscheinlich gleich erklären, dass im laufenden Schuljahr alles ganz anders aussehe als im Berichtsjahr. Auch dazu will ich noch etwas sagen.

Die positiven Tendenzen in der Unterrichtsversorgung verhindern leider nicht, dass gelegentlich örtliche Engpässe auftreten können. Wer anderes erwartet, der muss eine nebulöse Vorstellung von unserer Aufgabe haben.

(Jürgen Weber [SPD]: Hatten Sie das früher nicht auch einmal?)

Es ist eine Traumwelt, in der angehende Lehrerinnen und Lehrer genau die Fächer studieren, in denen sie nach ihrer Ausbildung gebraucht werden, in der es ihnen auch völlig egal ist, in welchem Ort in Schleswig-Holstein sie unterrichten dürfen und in der Schulämter und Ministerium für alle Eventualitäten an den Schulen sofort eine passende und dauerhafte Lösung herbeizaubern können, weil sie per Knopfdruck voll ausgebildete Ersatzkräfte an jeden beliebigen Ort dirigieren können.

Ich habe beispielsweise eine Schule in der Stadt Rendsburg vor Augen, die vor Kurzem auch Objekt der Medienaufmerksamkeit gewesen ist. Eine kurzzeitig aufgetretene Häufung von Krankheitsfällen bei einem Drittel des Kollegiums hat in der Tat dazu geführt, dass es für eine gewisse Zeit Probleme im Ausgleich dieser krankheitsbedingten **Unterrichtsausfälle** gegeben hat. Aber solche Situationen wird man generell nicht ausschließen können, wenn sich in einem Lehrerkollegium, zumal in einer sehr kleinen Schule, Krankheitsfälle häufen. Wenn diese Schule es sich dann mit ihrer Personalausstattung leisten kann, beispielsweise als Grundschule im vierten Schuljahr drei Parallelklassen ne-

beneinander - einmal mit 15 Schülern, einmal mit 16 Schülern und einmal mit 19 Schülern - einzurichten, dann werden Sie daraus ablesen können, dass diese Schule jedenfalls grundsätzlich personell nicht schlecht versorgt ist.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zur Ehrlichkeit gehört auch, dass das allgemein befürwortete Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ Grenzen hat und dass es im Einzelfall, wenn sich an kleinen Schulen krankheitsbedingte Ausfälle häufen, auch Probleme in der Unterrichtsversorgung geben kann. Auch das ist übrigens ein Grund dafür, dass man behutsam weiter auf eine Bildung bildungsökonomisch vernünftiger schulischer Strukturen hinwirkt, dass wir uns also sukzessive zusammen mit den Schulträgern darum bemühen, tragfähige **Schulstrukturen**, die auch die weitere demografische Entwicklung im Blick haben, in unserem Land, besonders in den ländlichen Regionen, herbeizuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend zum Unterrichtsausfall: Trotz des leichten Anstiegs bleibt es bei einem niedrigen Wert. Auf einem anderen Blatt steht, dass Ersatzlösungen natürlich nicht immer befriedigen können, so sehr sich auch die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, in den Schulämtern und im Ministerium dafür einsetzen.

Aber wenn beispielsweise heute in einem Artikel des „Hamburger Abendblatts“, auch bezogen auf den Bericht zur Unterrichtsversorgung, für den Kreis Pinneberg davon gesprochen wird, dass ein Anstieg des Unterrichtsausfalls um 0,08 % gegenüber dem Vorjahr ein großes Drama offenbare, dann muss man wirklich fragen, ob da noch alle Leute vernünftige Maßstäbe walten lassen, die in Redaktionen sitzen oder solche Argumente einem Journalisten präsentieren. Man muss da wirklich einen vernünftigen Maßstab heranziehen. Dieser ist ganz klar: Wir haben eine gute Unterrichtsversorgung, und die krankheitsbedingten Unterrichtsausfälle, die punktuell einmal Probleme bereiten, sind auf das ganze Schuljahr gerechnet nicht so dramatisch, dass man das nicht in unserem Schulwesen mit einer guten Gesamtausstattung verkraften kann.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht. Er hat dabei die verabredete Redezeit um 5 Minuten

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

30 Sekunden überschritten, die jetzt jeder Fraktion ergänzend zur Verfügung stehen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Minister und seinem Team für den vorgelegten Bericht herzlich danken. Dieser ist immer mit einigen Mühen und Aufwendungen verbunden. Ich hoffe, Herr Minister, Sie geben den Dank der CDU-Fraktion an Ihr Haus weiter.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten heute den Bericht zur Unterrichtssituation in Schleswig-Holstein 2010/2011, also den des letzten Schuljahres. Ich habe mir einmal den Bericht zum Schuljahr 2005/2006 danebengelegt, um festzustellen, was sich in den letzten Jahren in unseren Schulen verändert hat, insbesondere seit die CDU in diesem Land Regierungsverantwortung trägt. Ich kann Ihnen sagen, ich bin zu einigen durchaus erstaunlichen Erkenntnissen gelangt, die ich Ihnen an dieser Stelle nicht vorenthalten will.

Dass wir seit dem Schuljahr 2006 kontinuierlich weniger Schülerinnen und Schüler in unseren Schulen haben, wird hier niemanden überraschen. Bis zu diesem Schuljahr sind es rund 16.000 Schülerinnen und Schüler, die wir weniger beschulen. Dennoch wurden in den letzten Jahren 1.200 zusätzliche Planstellen geschaffen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Das hat zu einer deutlichen **Verbesserung der Unterrichtssituation** in Schleswig-Holstein geführt. Dabei haben sich die durchschnittlichen Klassenfrequenzen seit dem Jahr 2005 kaum verändert. Sie sind in der Tendenz sogar leicht sinkend.

Nehmen wir das Beispiel der Grundschulen. Da hatten wir 2005 noch rund 5.500 Klassen mit durchschnittlich 21,8 Schülerinnen und Schülern; im Jahr 2010 sind es fast 4.800 Klassen mit durchschnittlich 21,5 Schülerinnen und Schülern. Ganz ähnlich sieht es in den anderen Schularten aus. Verändert hat sich die Anzahl der Klassen, diese werden weniger, aber nicht die Höhe der Klassenfrequenz. Der immer wieder erhobene Vorwurf, die Klassen in unserem Land würden immer größer, ist damit widerlegt; er ist falsch. Die **Klassengrößen** liegen insgesamt im Länderdurchschnitt. Lediglich in der Sekundarstufe I des Gymnasiums weichen

sie signifikant vom Länderdurchschnitt ab. Dieser liegt bei 27 Schülerinnen und Schülern pro Klasse, in Schleswig-Holstein sind es nur 25,4 und damit weniger als im Bundesdurchschnitt.

Die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden an den allgemeinbildenden Schulen hat in den vergangenen Jahren - trotz rückläufiger Schülerzahlen - um 7.500 zugenommen. Der Anstieg macht sich insbesondere an den aufwachsenden Regional- und Gemeinschaftsschulen bemerkbar, aber auch an den beruflichen Schulen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Vergleich zum Schuljahr 2005/2006 ziehen: 2005 wurden an den Realschulen 1,31 Unterrichtsstunden pro Schüler erteilt, 2010 waren es an den Regional- und Gemeinschaftsschulen zwischen 1,66 und 1,78 **Unterrichtsstunden pro Schüler**. Ähnlich sieht es an den anderen Schularten aus. Wir verzeichnen also eine deutliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Gegenüber 2005 haben sich in Schleswig-Holstein die erteilten Unterrichtsstunden pro Schüler um über 8 % erhöht. Das sind Unterrichtszeiten, die bei unseren Kindern definitiv ankommen!

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders erfreulich ist die Entwicklung bei den berufsvorbereitenden Maßnahmen der beruflichen Schulen. Diese gelten den Schülerinnen und Schülern, die nach dem Besuch der Schule unversorgt bleiben. Hier verzeichnen wir eine Reduzierung gegenüber dem Vorjahr um 13,7 %. Das ist auch ein Erfolg der Ausbildungs Offensive der Landesregierung und der Wirtschaft in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Zur Vermeidung von **Unterrichtsausfall** hat es in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen gegeben. So stellt das Land nach wie vor 12,1 Millionen € jährlich zur Verfügung, um Vertretungsunterricht sicherzustellen. Dennoch lässt sich Unterrichtsausfall nicht komplett vermeiden. Wenn man allerdings bedenkt, dass die Ausfallquote noch im Jahr 2005 bei 5 % lag - im Moment sind es rund 2 % -, dann kann man durchaus feststellen, dass die Maßnahmen Wirkung gezeigt haben.

Lassen Sie mich etwas zu der in der vergangenen Woche geäußerten Kritik von Elternvertretungen und IVL an ODIS sagen: Vielleicht ist es möglich, ODIS zu nutzen, um deutlich zu machen, was an den Schulen tatsächlich unternommen wird, um Unterrichtsausfall zu vermeiden. Das kann man durchaus transparent darstellen. Nicht alle Formen

(Heike Franzen)

der Betreuung sind mit Unterricht gleichzusetzen - darüber sind wir uns sicherlich einig -, aber auch nicht alle Maßnahmen, die in diesem Rahmen getroffen werden, sind unterrichtsfremd; sie können oft sehr wohl in den Unterricht eingebaut werden.

Die Quoten des Übergangs an die weiterführenden Schulen haben sich in den vergangenen Jahren nicht wesentlich verändert. Nach wie vor werden mehr Schülerinnen und Schüler an **Gymnasien** angemeldet, als Gymnasialempfehlungen ausgesprochen wurden. Die **Regional- und Gemeinschaftsschulen** werden in erster Linie von haupt- und real-schulempfohlenen Kindern besucht; lediglich 8 % der Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung werden an Gemeinschaftsschulen angemeldet.

Für uns ist diese Entwicklung eine Bestätigung dafür, dass die Zweigliedrigkeit der richtige Weg, der Weg der Zukunft an den Schulen unseres Landes ist. Auch das Zusammenwachsen der Regional- und Gemeinschaftsschulen zu einer Säule neben dem Gymnasium ist richtig.

Für die Zukunft weist der Bericht einen stärkeren **Schülerrückgang** aus, als in den vergangenen Jahren prognostiziert worden ist. Bis 2020 werden es nicht 50.000, sondern 59.000 Schülerinnen und Schüler weniger sein, was auch dazu führen wird, dass sich die Unterrichtssituation in Schleswig-Holstein trotz der beschlossenen Einsparungen bei den Lehrerplanstellen nicht verschlechtert. Vermutlich wird sich die Schüler-Lehrer-Relation sogar noch verbessern. Derzeit liegt sie bei 17 zu 1; 2006 kamen noch 19 Schülerinnen und Schüler auf eine Planstelle. Ich gehe davon aus, dass es uns gelingt, dieses Niveau zu halten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abgeordneter Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mich richtig erinnere, dann ist es heute der elfte Bericht zur Unterrichtsversorgung, zu dem ich spreche. In den vergangenen beiden Jahren fand die Debatte im Parlament statt, in den Jahren zuvor ausschließlich im Bildungsausschuss.

Herr Dr. Klug, wenn ich mich an die Diskussionen erinnere, die wir mit Ihnen führten, als Sie noch

Oppositionspolitiker waren, dann sage ich: Herzlich willkommen in der Wirklichkeit!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Würden Sie die Forderungen, die Sie damals stellten, heute als „Traumweltforderungen“ bezeichnen?

Frau Franzen, Sie feiern den Erfolg von CDU-Bildungspolitik seit 2005. Ich darf Sie daran erinnern, dass die SPD massiv daran beteiligt war. Zur Zeit der Großen Koalition hatten wir die Dinge gemeinsam zu vertreten. Das Ressort wurde damals von Frau Erdsiek-Rave geführt.

Herr Dr. Klug, Sie feiern - bezugnehmend auf einen Artikel, den wir heute im „Hamburger Abendblatt“ lesen konnten - den **Unterrichtsausfall** von nur 0,68 % an Grundschulen. Ich habe das durchgerechnet: Das wären 9,8 Minuten Unterrichtsausfall pro Woche. Das ist ein durchaus erträglicher Wert, der hoffentlich nicht überschritten wird.

Ich erinnere daran, dass dieses das Ergebnis des Erfolgsmodells „**Verlässliche Grundschule**“ ist. Dieses Modell haben wir 2004 - damals noch in einer rot-grünen Koalition - eingeführt. Es zeigt sich, dass das ein sehr wichtiger Schritt war, um die Unterrichtsversorgung an den Grundschulen zu sichern.

Herr Minister, wenn Sie diesen Bericht als großen Erfolg Ihrer Bildungspolitik darstellen, dann füge ich hinzu: Das ist nur die halbe Wahrheit. Denn zu diesem Bild gehört auch die von der Koalition mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 beschlossene übermäßige Stellenstreichung. Im Schuljahr 2010/2011 schlägt sie sich nur am Rande nieder. An vielen Schulen unseres Landes wird jedenfalls wenig Verständnis herrschen, dass Sie in Ihrem Bericht ein idyllisches Bild gemalt haben.

Die SPD hat sich in der Großen Koalition dazu bekannt - wir stehen weiterhin dazu -, nicht alle **Lehrerstellen**, die durch den **Rückgang der Schülerzahlen** frei werden, für die qualitative Verbesserung der Arbeit an den Schulen einzusetzen, sondern die entsprechenden Mittel auch für den Schuldenabbau zu verwenden. Das ist - darüber sind wir uns in der SPD klar - keine besonders populäre Aussage. Aber wenn wir den Schulbereich - unsere größte Haushaltskomponente - vollkommen unangetastet lassen, ist der Verfassungsauftrag, zum Ende des Jahrzehnts zu einem Verzicht auf Neuverschuldung zu gelangen, nicht einlösbar.

Worin wir uns nicht einig sind, ist die Frage, in welchem Tempo und in welchem Ausmaß das ge-

(Dr. Henning Höppner)

schehen kann. Die Koalition hat die Streichung von zweimal 300 Stellen im Doppelhaushalt 2011/2012, also von 600 Stellen, beschlossen. Wir haben demgegenüber beantragt, nur zweimal 150 Stellen zu streichen.

Die Hochrechnungen für die Entwicklung der Schülerzahlen, die in dem Bericht dargelegt werden, liefern relativ ungenaue Prognosewerte, die Jahr für Jahr - erst recht, wenn die Zeiträume weit in der Zukunft liegen - von den tatsächlichen Werten abweichen. Verglichen mit der Prognose in dem Bericht vom letzten Jahr liegt die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen tatsächlich um 1.400 darüber, an den berufsbildenden Schulen dagegen um etwa 2.300 darunter.

Wegen der Umwandlung der Schularten ist die Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten im Moment relativ unübersichtlich. Logischerweise verzeichnen die Gemeinschaftsschulen den größten und die Regionalschulen den zweitgrößten Zuwachs. Bei den Gymnasien gibt es keine Entlastung durch Schülerverluste, bei den Beruflichen Gymnasien einen leichten Zuwachs. Das ist gut, weil wir mehr Schülerinnen und Schüler brauchen, die die Hochschulreife erwerben wollen.

Ebenfalls sehr positiv ist der deutliche Rückgang an den Förderzentren, weil wir - auch ein Konzept der vorherigen Regierung - auf **Inklusion**, zumindest auf Integration möglichst vieler Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf setzen. Auf diesem Weg ist Schleswig-Holstein weit, aber, wie wir finden, noch nicht weit genug gekommen. Darüber haben wir im September im Zusammenhang mit dem Bericht zur Inklusion an dieser Stelle schon ausführlich debattiert.

Die Entwicklung der **Klassenfrequenzen** zeigt, dass die Regierung die **Gemeinschaftsschulen** benachteiligt. Während in der Sekundarstufe I an den **Gymnasien** die Klassenfrequenz um immerhin 0,3 Schülerinnen und Schüler zurückgegangen ist, ist sie an den Gemeinschaftsschulen gestiegen.

Es mag sich komisch anhören, weil es um wenige Schülerinnen und Schüler geht. Aber die Durchschnittszahlen im Land haben auch ihre Extremwerte. Wenn wir Klassen haben, die irgendwann zur Hochschulreife führen sollen, aber über längere Zeit hinweg mehr als 30 Schüler haben, wird es schon sehr schwierig für die Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer.

Ein Alarmzeichen für die Mängel bei der Versorgung der Schulen ist der im Landesdurchschnitt steigende **Unterrichtsausfall** mit Ausnahme der

Grundschulen - darüber haben wir eben schon gesprochen -, und zwar mit deutlich regionalen Unterschieden. Konsequenz: Für den nächsten Doppelhaushalt muss unabdingbar sein, dass der Vertretungsfonds mindestens auf der jetzigen Höhe von 12,1 Millionen € bestehen bleibt.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Die Vergleichszahlen mit den anderen Bundesländern bezogen auf das Schuljahr 2009/2010 - das ist die letzte Tabelle in dem Bericht -, für die die jetzige Landesregierung auch nur zum Teil Verantwortung trägt, zeigen, dass Schleswig-Holstein wie schon in der Vergangenheit bei der Zahl der **Unterrichtsstunden** pro Schülerin und Schüler in den einzelnen Schularten bestenfalls mittlere, überwiegend schlechte Werte hat und bei den **Klassenfrequenzen** etwas besser positioniert ist. Es sollte aber unser gemeinsames Ziel sein, im Länderranking nicht weiter abzustiegen. Das ist eines der wichtigen Ziele, die wir haben müssen.

Ich bitte darum, diesen Bericht zur abschließenden Beratung in den Bildungsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüßen Sie mit mir Mitglieder des Jugendmigrationsdienstes der AWO aus Kiel und Neumünster. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Cornelia Conrad.

Cornelia Conrad [FDP]:

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank für den umfassenden Bericht. Fast auf den Tag genau vor einem Jahr habe ich hier gestanden und Ihnen prophezeit, dass der diesjährige Bericht noch bessere Zahlen aufweisen wird - und ich habe recht behalten.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Die Unterrichtsstunden an den allgemeinbildenden Schulen konnten wir trotz Haushaltskonsolidierung

(Cornelia Conrad)

um rund 7.500 Stunden steigern, und das bei zurückgehenden Schülerzahlen.

(Unruhe - Peter Eichstädt [SPD]: Wir hören Ihnen aufmerksam zu!)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Conrad. Ich bitte Sie fortzufahren.

Cornelia Conrad [FDP]:

Die **Stundenversorgung** pro Schülerin und Schüler hat sich deutlich verbessert. In klaren Zahlen bedeutet dies eine Steigerung von 1,42 auf 1,48 Stunden, ein Zuwachs von 4,2 %, womit wir fast überall über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Hervorzuheben ist auch, dass wir heute bei einer Schüler-Lehrer-Relation von 17,3 liegen, die im nächsten Jahr sogar auf unter 16,8 sinken wird. Zum Vergleich: Unter Rot-Grün kamen noch 19 Schülerinnen und Schüler auf eine Planstelle.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bereits im letzten Jahr war zu erkennen, dass das Interesse am **Gymnasium** weiterhin ungebrochen ist. Lediglich 9 % der Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung haben sich für eine Regional- oder Gemeinschaftsschule entschieden. Das zeigt, welch hohen Stellenwert der gymnasiale Bildungszweig in unserem Schulsystem einnimmt. Wenn Sie, meine Damen und Herren auf der linken Seite dieses Parlaments, an dieser Säule stetig rütteln, müssen Sie wissen, dass Sie gegen das Interesse der Eltern und der Schülerinnen und Schüler in unserem Lande handeln.

(Beifall bei der FDP)

Wir jedenfalls respektieren den Willen vieler Eltern, Schülerinnen und Schüler.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Wir werden uns weiterhin für das Gymnasium starkmachen.

Auch sehen wir inzwischen bundesweit, dass die von uns beschlossene Wahlmöglichkeit zwischen G 8/G 9 bereits Modellcharakter erlangt hat. Uns folgen schon Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der FDP)

Sie sehen, unser Kurs ist klar und wird angenommen. Der Zickzackkurs von der SPD und Herrn Albig zu diesem Thema dagegen ist kaum noch zu-

sammenzufassen. Hier werden die Meinungen oft geändert, nur um jedem zu gefallen.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber so bleiben Sie sich jedenfalls treu - egal, ob Regierung oder Opposition, Ihre Bildungspolitik verdient ein glattes Ungenügend.

Apropos ungenügend! Das führt mich zu den Mathematikkenntnissen der Grünen. Mit Interesse habe ich die Forderungen in Ihrem Arbeitsprogramm gelesen, die von der Landesregierung geplanten **Stelleneinsparungen** bei den Lehrkräften entlang des demografischen Verlaufs bis einschließlich 2015 im System zu belassen. Ihr Fraktionsvorsitzender hat sich dazu in den „Kieler Nachrichten“ - wo ist er eigentlich? - wie folgt geäußert - ich zitiere mit Verlaub -: „30 Millionen € über vier Jahre kriegen wir hin“ - für nach Ihrem Arbeitsprogramm 1.400 Lehrerstellen! Wie 30 Millionen € für 1.400 Planstellen reichen sollen, ist mir ein Rätsel. Die Kosten liegen wohl eher bei weit über 150 Millionen €.

(Heike Franzen [CDU]: 168 Millionen €!)

Selbst wenn man bei Ihren Zahlen bleibt, verstehe ich es nicht - es sei denn, die Grünen wollen jeder Lehrkraft nur 21.428 € brutto pro Jahr zugestehen. Das wären pro Monat 1.785 € brutto - bei voller Arbeitszeit natürlich. Da wird sich die Lehrerschaft freuen, wenn sie das hört.

Wir haben das Thema Bildung zusammen mit unserem Koalitionspartner immer als überaus wichtig eingestuft. Uns ist es gelungen, die **Unterrichtssituation** zu verbessern und Klarheit bei der Frage G 8/G 9 zu schaffen. Wir haben die Eigenverantwortlichkeit der Schulen gestärkt und einen Haushaltstitel für **Schulsozialarbeit** geschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Das alles ist von uns trotz Haushaltskonsolidierung erreicht worden.

Meine Damen und Herren, so sieht liberale, so sieht verantwortungsvolle, so sieht erfolgreiche Bildungspolitik aus.

(Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Dr. Michael von Abercron [CDU] und Heike Franzen [CDU])

Für die FDP-Fraktion beantrage ich die Überweisung des Berichts zur abschließenden Beratung in den Bildungsausschuss.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE]) - Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich versuch's mal!

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur Ehrlichkeit gehört meines Erachtens dazu, dass einige ehemalige Oppositionspolitiker heute so reden, als gäbe es kein Gestern. Damals haben einige kluge Menschen bemerkt, es gebe zwei Realitäten, die eine in der Brunswiker Straße, die heile Welt, Herr Minister Klug, und die andere, die Schulrealität. Dass in Ihrer Rede völlig außen vor bleibt, was Sie früher einmal gesagt haben, dass es keine Verbindung zwischen dem Oppositionspolitiker Dr. Klug und dem Minister Dr. Klug zu geben scheint, hat mich ein bisschen verwundert.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Das ist bei Ihnen umgekehrt genauso!)

Ich möchte kurz auf Frau Conrad eingehen. Vielleicht lesen Sie einfach einmal den Facebook-Dialog zwischen mir und Herrn Vogt nach.

(Christopher Vogt [FDP]: Dialog? Ich habe eine Frage gestellt!)

Da habe ich das erläutert. Bei uns steht nämlich im Wahlprogramm nichts davon, dass wir 1.400 Stellen im System lassen wollen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich werde noch darauf antworten!)

In unserem Programmentwurf steht, dass bis 2015 die demografische Rendite im System bleiben soll. Wir haben jahresscharf ausgerechnet, was das bedeutet.

(Heike Franzen [CDU]: Das kostet 170 Millionen €!)

Wir haben nie gesagt, dass die komplette **demografische Rendite in Lehrerstellen** erhalten bleiben soll. Wir haben nur gesagt, wir halten sie im System. Deswegen ist es ein bisschen schwierig, wenn Sie die Rechnung anstellen, die Sie hier angestellt haben.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir können das aber gern vertiefen, Frau Conrad.

(Tobias Koch [CDU]: Mit den 30 Millionen € kommen Sie nicht aus!)

- Bitte? - Nein, aber wir haben jahresscharf ausgerechnet, in welchem der kommenden Jahre welche Rendite anfällt. Ich habe noch nicht gesehen, dass das das Ministerium bisher getan hat.

Ich möchte in die Debatte über den Bericht mit der Schilderung von zwei Schulleitern einsteigen. Ein Schulleiter sagte: Eine Lehrkraft ist ein halbes Jahr erkrankt. Das Schulumt bemüht sich intensiv um Ersatz. Letztlich fand sich eine Person mit einem Ersten Staatsexamen. Folge: völlige Überforderung, Zusammenbrüche im Lehrerzimmer, Eltern, die sich beschwerten, Herausnahme der Lehrkraft, Mehrarbeit durch zwei gestandene Lehrkräfte, die das alles ausgleichen müssen, und letztendlich war wieder massiver Unterrichtsausfall die Folge.

Ein anderer Schulleiter hat ein Beispiel aus der vorvorigen Woche beschrieben: Durch Krankheit von Kollegen hatten wir in einer Woche eine Lücke von 140 Unterrichtsstunden aus den eigenen Reihen zu schließen.

Herr Minister Klug, ich glaube nicht, dass das gelegentliche örtliche Engpässe sind. Ich habe in zwei Jahren Schulbesuchen nicht mitgeschrieben, was die härtesten Fällen sind, sondern das sind die Punkte, die einem tagtäglich begegnen, mit denen man ständig konfrontiert ist, wenn man in den Schulen unterwegs ist. Ich glaube, Sie haben eine selektive Wahrnehmung, das wäre vor drei Jahren möglicherweise anders gewesen.

Ich erwarte gar nicht, dass in jeder Schule an jedem Punkt kein Unterricht ausfällt. Das ist völlig unrealistisch. Ich wünschte mir, dass Sie sich mit der Äußerung, die Sie hier vor einigen Jahren getroffen haben, dass Frau Erdsiek-Rave für jede ausgefallene Unterrichtsstunde persönlich verantwortlich gewesen sei, und dem, was Sie heute beschrieben haben, auseinandersetzen.

Eltern beaufsichtigen Kinder beim Mandala-Malen, ältere Schülerinnen und Schüler springen ein, um jüngere Schülerinnen und Schüler zu betreuen.

(Zurufe)

- Ich kann Ihnen das kurz erklären, möglicherweise ist das nicht so bekannt. Wenn Eltern beim Mandala-Malen einspringen, ist das möglicherweise eine der Kompensationen in unseren Grundschulen, wenn der Unterricht ausfällt. Das ist Realität. Das zählt dann aber nicht als **Unterrichtsausfall**, Frau Loedige. So kommen die unglaublich guten Zahlen in den Grundschulen zustande. Das wird nicht als

(Anke Erdmann)

Unterrichtsausfall gezählt. Wir wissen von Hausmeistern, die mit den Kindern auf den Sportplatz gehen. Klassischer Unterricht ist das nicht.

(Zurufe)

Es sind keine Einzelfälle. Dies bildet der Bericht absolut nicht ab, wenn er über Unterrichtsausfall spricht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Das Ganze ist nicht neu. Egal, wer regiert, die Opposition kritisiert das immer. Das ist ein jährliches Ritual, das ist klar.

Ich möchte dem Regierungs-Oppositions-Schema in der Folge nicht mehr so unterliegen, ich habe eine ähnliche Idee wie Frau Franzen. Auch ich finde die Betrachtung von einem Jahr aufs andere nicht besonders auffällig. Ich habe mir einmal selbstkritisch die Debatte zum letzten Bericht zur **Unterrichtsversorgung** der rot-grünen Regierung angeschaut. Es ist erstaunlich, was sich seitdem getan hat. Das Unterrichtsjahr 2002/2003 ist auch deshalb interessant, weil es nicht nur die letzte Debatte unter rot-grüner Regierungsverantwortung war, sondern weil das direkt nach dem PISA-Schock war.

Man muss einfach festhalten: In diesem Land hat sich im Bereich der Bildung auf allen Ebenen unglaublich viel getan. Das können sich alle in diesem Hause zugute halten, einige mehr, andere weniger. Vor allem die Große Koalition kann sich das zugute halten. Frau Conrad, deswegen finde ich es einigermaßen irritierend, wenn Sie die guten Werte, die hier vorgelegt werden, nicht der SPD und der CDU zuschreiben. Wir reden über das Schuljahr 2009/2010. So schnell kann man gar keine Veränderungen bringen.

(Zuruf der Abgeordneten Cornelia Conrad [FDP])

- 2010/2011. Der Bremsweg ist ein anderer. Zwischen den beiden Schuljahren, die ich betrachtet habe, liegen acht Jahre. Ich habe mir die Indikatoren Klassengröße und Unterrichtsversorgung pro Schüler angeschaut. Das Ergebnis ist, dass die Klassengröße fast konstant ist, die Unterrichtsversorgung - das ist hier schon dargelegt worden - bedeutsam angestiegen ist.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lassen Sie mich den Gedanken kurz zu Ende führen, dann lasse ich eine Zwischenfrage zu. - Das stellen wir vor allem an den Grundschulen fest. In den Oberstufen ist die Unterrichtsversorgung heruntergegangen, und die **Klassengröße** ist relativ konstant geblieben. Das sind alles Punkte, die uns die Bildungsforschung auch vorschlägt.

Cornelia Conrad [FDP]: Verehrte Kollegin Erdmann, Sie haben sich zwar gerade verbessert, aber ist Ihnen bekannt, dass der Bericht zur Unterrichtssituation 2010/2011 jetzt die Zahlen signalisiert und dass dieser Bericht auf ein FDP-geführtes Bildungsministerium zurückzuführen ist?

- Ja, Frau Conrad, das ist mir durchaus bewusst. Ich habe versucht, den gleichen Ansatz wie Frau Franzen zu wählen und einen längeren Zeitraum in den Blick zu nehmen, nämlich den Zeitraum der Großen Koalition seit PISA. Dabei ist etwas Erstaunliches herausgekommen: Auf dem Papier stehen einer Grundschulklasse - die durchschnittliche Klassengröße ist konstant geblieben - rund sieben Lehrerwochenstunden mehr zur Verfügung. Diese Entwicklung innerhalb von acht Jahren ist wirklich erstaunlich. Wenn ich den Bericht richtig interpretiere, heißt das, dass der Grundschule 2002/2003 ungefähr 23,5 Stunden pro Klasse und Woche zur Verfügung standen und es jetzt auf dem Papier 30,5 Stunden sind. Da habe auch ich mir die Augen gerieben. Wir müssen uns fragen - das geht an uns alle -: Warum hören wir aus den Schulen ein so krass anderes Bild? Das ist eine Frage an uns alle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schulleiter berichten von Burn-out, von Dauererkrankungen, von Kollegen, die am Rande ihres Limits arbeiten. Eltern berichten von enormem Unterrichtsausfall. Wir müssen uns - das ist die gemeinsame Verantwortung von uns allen - mit dieser Diskrepanz, die auch Herr Klug festgestellt hat, zwischen Bericht und **Schulalltag** beschäftigen. Wieso haben die Lehrkräfte das Gefühl, dass ihnen die Zeit wegläuft? Wieso sehen Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler zwischen der Schulrealität und diesem Bericht überhaupt keinen Zusammenhang? Das müssen wir ergründen.

Wir haben sicherlich verschiedene Erklärungsansätze. Auf die möchte ich nicht eingehen, sonst landen wir wieder im Fraktionen-Hickhack; das möchte ich nicht so gern.

(Anke Erdmann)

Ich möchte auf eine große Gefahr hinweisen. Die besteht nicht darin, ob eine Landesregierung, eine Fraktion besonders gut oder schlecht gearbeitet hat. Die wirkliche Gefahr besteht meines Erachtens darin, dass sich die Menschen, die Tag für Tag Schule machen, in der Politik und in unseren Debatten, aktuell in dieser hier, nicht mehr wiederfinden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen uns mit der Entkopplung der Papierlage - die Papierlage ist an vielen Stellen überraschend gut, gerade wenn man längere Zeiträume betrachtet - und der Situation in den Lehrer- und Klassenzimmern - da bin ich viel unterwegs - nicht zufriedengeben. Es muss uns ein Stachel sein, wenn Lehrkräfte und Eltern den Kopf schütteln und sagen: „Ihr in Kiel wisst doch sowieso nicht, was bei uns los ist“, und uns - wie heute geschehen - die Lehrerverbände Selbstbetrug vorwerfen. Das ist besonders hart, wenn besondere Einsparungen in den nächsten Jahren verordnet werden.

Wir müssen - das ist eine gemeinsame Aufgabe - in einen echten Dialog eintreten, wir müssen die Zahlen zusammenbringen, die da stehen, die eine ganz andere Sprache sprechen als das, was wir aus den Schulen hören.

Wir Grüne wollen die Ausschussberatung gern nutzen, und ich bin sicher, dass wir alle das tun werden. Ein jährliches Ritual ohne Konsequenzen bringt die Schülerinnen und Schüler, und unsere Lehrkräfte nicht weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Frau Abgeordnete Ellen Streitböger das Wort.

Ellen Streitböger [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, vielen Dank an Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Bericht, der uns die Situation im vergangenen Schuljahr schildert. Ich will mich in meinen Ausführungen im Wesentlichen auf den Bericht beziehen. Es war ein wenig verwirrend, den Tabellen folgen zu wollen, da nicht an jeder Stelle deutlich wird, ob jetzt die Zahl der Schülerinnen und Schüler gemeint ist, die den jeweiligen Bildungsgang oder die Schulform besuchen. Das ist sicherlich auch schwierig in Zeiten der Umwandlung von Schulformen, aber es wäre hilfreich, zukünftig die statistische Erfassung der

Daten an die real existierenden Schularten anzupassen.

(Beifall bei der LINKEN - Minister Dr. Ekehard Klug: Das ist schon der Fall!)

Überhaupt zeigen die Schülerzahlen und die Übergangsquoten, dass die Regionalschulen eher Auslaufmodelle sind. Eine Zweigliedrigkeit mit **Gemeinschaftsschulen** und Gymnasien erscheint uns als Übergangslösung auf dem Weg hin zu einer Schule für alle sinnvoll.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Abschnitt Klassenzahlen und -frequenzen erfahren wir, dass im Grundschulbereich der Rücklauf der Klassenzahl prozentual größer ist als der Rücklauf der Schülerzahlen. Das schafft aus unserer Sicht keine Situation, die uns der Umsetzung von Inklusion an unseren Schulen näherbringt.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Vorteil waren die Regionalschulen, die wohl zum Teil unerwartet wenig Anmeldungen hatten, und die Gymnasien. An den Gemeinschaftsschulen haben sich die Klassenfrequenzen erhöht. Das wiederum macht Differenzierung und Förderung des Einzelnen immer schwieriger.

Kommen wir zum Abschnitt Unterrichtsversorgung. Die Messgröße „Unterrichtsstunden je Schüler“ zeigt, dass sich die **Unterrichtsversorgung** im Schuljahr 2010/2011 leicht verbessert hat. Das war im Wesentlichen durch die Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte bedingt.

Die Freude über die Verbesserung der Unterrichtsversorgung ist dann auch nur von kurzer Dauer. Denn erstens hat sich die Situation im laufenden Schuljahr durch die Stellenstreichungen bereits wieder dramatisch verschlechtert, und zweitens zeigen uns die weiteren Ausführungen des Berichts zum Thema **Unterrichtsausfall** die Kehrseite der Medaille: Landesweit hat sich der Unterrichtsausfall an den Schulen erhöht. Ausgenommen sind nur die Grundschulen.

Es wird deutlich, dass die Lehrerinnen und Lehrer im Land an den Grenzen ihrer Belastbarkeit angelangt sind und dass durch Erhöhung der Pflichtstundenzahl keine Verbesserung der Unterrichtsversorgung erreicht werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte kurz auf die Situation der Grundschulen eingehen, die nach der Statistik den niedrigsten Unterrichtsausfall zu verzeichnen haben. Es ist ja lei-

(Ellen Streitbürger)

der nicht so, dass Grundschullehrerinnen und -lehrer gesünder als alle anderen Lehrerinnen und Lehrer im Land wären. ODIS hilft hier, die Realität zu schön zu färben. Denn durch die Pflicht zur Verlässlichkeit fällt an den Grundschulen offiziell kein Unterricht aus. Wir haben eben schon Beispiele dazu gehört. Wenn mehrere Klassen von einer Lehrkraft betreut werden oder drei Klassen gemeinsam Sport machen oder sich ein lustiges Video anschauen, wenn von nichtpädagogischem Personal oder von Müttern und Vätern Klassen beaufsichtigt werden, dann ist zwar statistisch kein Unterricht ausgefallen, dies trägt aber auch nicht im Geringsten zur Qualitätssicherung von Unterricht bei.

(Beifall bei der LINKEN, SSW und der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die **Erhöhung der Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte** zwar die Statistik geschönt, aber nicht zur Verbesserung der Unterrichtssituation beigetragen hat. Eine vermeintliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung auf Kosten der Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern ist völlig inakzeptabel und widerspricht der Fürsorgepflicht des Dienstherrn.

(Beifall bei der LINKEN)

Rückläufige Schülerinnen- und Schülerzahlen sind bei gleichbleibender Anzahl der Stunden von Lehrerinnen und Lehrern die Chance, die Unterrichtssituation an Schleswig-Holsteins Schulen zu verbessern.

Wir sind in der Pflicht, **Inklusion** in der Schule umzusetzen. Wir sind auch in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass jede Schülerin und jeder Schüler entsprechend ihren beziehungsweise seinen Fähigkeiten gefördert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Beides steht aber in krassem Widerspruch zu überarbeiteten Lehrerinnen und Lehrern, überfüllten Klassen und Unterrichtsausfall.

(Beifall bei der LINKEN und der Abgeordneten Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die Fraktion des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass es der vorliegende Bericht mit seinem vergleichsweise komplizierten Tabellenwerk direkt in die Schlagzeilen geschafft hat, liegt nicht unbedingt an überraschenden Zahlen; denn Eltern und Schüler wissen sehr wohl um das Ausmaß der Misere.

Der Bericht hat aus einem anderen Grund Wellen geschlagen: Wir befinden uns mitten in einer Glaubwürdigkeitskrise der Schulpolitik. Nach mehreren schulpolitischen Reformen, die mittlerweile zum Teil wieder zurückgenommen wurden, steht es nicht gut um das Image der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik. Die Bürgerinnen und Bürger machen sich Sorgen, ob Schule ihren Auftrag noch adäquat erfüllen kann. Bei durchschnittlichen **Klassengrößen** im Gymnasium von 26 Schülerinnen und Schülern erscheint diese Frage durchaus berechtigt, vor allem angesichts der Tatsache, dass ausgerechnet in den Gymnasien der höchste Wert beim durchschnittlichen Unterrichtsausfall vorliegt.

Pikanterweise fallen laut Bildungsminister an den **Gymnasien** deshalb so viele Stunden aus, weil die Lehrkräfte zunehmend auch in der Unterrichtszeit an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Im Bundesvergleich stehen die hiesigen Gymnasien nicht gut da. Es fällt mehr Unterricht aus, als es durchschnittlich in Deutschland der Fall ist. Auch bei den übrigen Schultypen ist keine Entspannung in Sicht. Auch in Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen fallen jährlich tausende Stunden aus.

Das ist kein einmaliger Ausreißer. Bereits 2007 wurde die damalige Landesregierung für ihre - ich zitiere - „Bildungsverweigerungs politik“ gescholten, weil, wie es damals hieß, den Schülerinnen und Schülern ihr Anrecht auf den vorgesehenen Unterricht verweigert wurde. Gesagt hat das übrigens der damalige schulpolitische Sprecher der FDP, Ekkehard Klug, der als Minister 2011 genau diese Politik vertreten muss, meine Damen und Herren.

Der Bericht zur **Unterrichtssituation** ist jedes Jahr wieder Ausgangspunkt für eine schulpolitische Grundsatzdebatte, die nicht in Schuldzuweisungen stecken bleiben sollte. Eltern und Schüler erwarten mehr von uns. Viele Eltern fühlen sich durch diese Zahlen bedrückt und ohnmächtig. Der Landeselternbeirat hat bei der Anhörung zum Schulgesetz im letzten Jahr die Mitarbeit der Eltern bei diesem Thema angeboten und seine Forderung nach Transparenz wiederholt. Beide Forderungen bleiben ohne Nachhall. So sehen sich die Eltern jedes Jahr wie-

(Lars Harms)

der gezwungen, den Unterrichtsausfall durch häusliche Hausaufgabenbetreuung oder professionelle Nachhilfestunden kompensieren zu müssen. Sie können gegen den Unterrichtsausfall nichts ausrichten, sondern sehen sich in die Rolle des Zuschauers gedrängt.

Aus diesem Grund erwächst aus diesen Zahlen ein so mächtiger Sprengstoff. Die CDU in Rheinland-Pfalz punktete im Landtagswahlkampf dementsprechend mit dem Slogan „Unterrichtsausfall ist die Mutter der Bildungslücke“ und versuchte, die Eltern so zu mobilisieren.

Aber noch etwas hat dazu beigetragen, dass der Unterrichtsausfall landesweit von den Medien aufgegriffen wurde. Dem Bericht ist nämlich nicht zu entnehmen, wie der Bildungsminister in absehbarer Zeit dem Problem zu Leibe rücken wird. Vor Jahren konnte das Programm „Jede Stunde zählt“ den Unterrichtsausfall durch die Einstellung neuer Lehrkräfte zumindest deutlich verringern. Doch ähnliche Programme oder Konzepte sind derzeit nicht in Sicht. Der Bildungsminister hat anscheinend resigniert und akzeptiert den Unterrichtsausfall offensichtlich als ein Dauerproblem, das zwar schlimm ist, dem aber ohne große finanzielle Anstrengungen nicht beizukommen ist.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das ist falsch, denn positive Beispiele aus Nordfriesland und Flensburg zeigen, dass kurze Wege, kreative Konzepte und eine engagierte Schulaufsicht einiges verbessern können. Dort fallen durchschnittlich die wenigsten Stunden aus, allerdings geht das zulasten der Lehrkräfte, die inzwischen einen Berg von Überstunden vor sich herschieben. Bereits zu Beginn der Sommerferien hatten die Flensburger Schulen das Jahresbudget für Vertretungsstunden komplett aufgebraucht. Danach werden Ausfälle durch Überstunden kompensiert. Das ist natürlich keine echte Lösung.

Ein eigenes Budget für jede Schule, wie es die Elternvertretungen einiger Flensburger Schulen fordern, könnte Entlastungen bringen. Doch das Ministerium wird wohl kaum freiwillig Entscheidungskompetenzen aus der Hand geben. Gleichwohl sollten wir gerade solche Ansätze im Ausschuss ausloten, und wir sollten wirklich einmal überlegen, ob wir nicht in Zukunft mit realistischen Zahlen arbeiten, also mit den Zahlen, die darüber vorliegen, wann kein normaler Unterricht stattgefunden hat. Ich denke, erst dann hätten wir eine Grundlage, auf der wir wirklich nach dauerhaften Lösungen suchen könnten. Dann würden sich die Rückmeldungen aus

den Schulen im Übrigen auch nicht mehr so gravierend vom statistischen Material unterscheiden.

Es geht also nicht darum, sich Zahlen um die Ohren zu hauen, sondern darum, konkrete Probleme zu lösen. Deswegen brauchen wir eine realistische Statistik, und wir brauchen einen intensiven **Dialog** mit den **Eltern, Lehrern** und **Schülern** über diese Frage. Deswegen sollten wir das Angebot der Elternschaft, hierüber zu diskutieren und Hilfestellung zu leisten, auch wirklich annehmen.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1842 dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Bundratsinitiative für eine wirksame und stichtagsunabhängige gesetzliche Bleiberechtsregelung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1700 (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1746

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1748

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1750

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 17/1873

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1905

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Astrid Damerow, das Wort.

- Frau Abgeordnete Damerow, Sie haben jetzt Strom.

(Heiterkeit)

Astrid Damerow [CDU]:

Den habe ich immer, Frau Präsidentin.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verweise für den Innen- und Rechtsausschuss auf die Drucksache 17/1873.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Ich danke der Frau Berichterstatterin für den Bericht. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Astrid Damerow das Wort.

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bereits in der August-Plenartagung haben wir deutlich gemacht, dass wir es für notwendig halten, in der Frage des Bleiberechts bei Kettenduldungen Änderungen im Aufenthaltsgesetz vorzuschlagen. Wir haben in den letzten Wochen Kriterien für eine entsprechende Bundesratsinitiative erarbeitet, von denen wir meinen, dass sie für die Betroffenen von Vorteil sein werden. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich beim Justizminister und seinen Mitarbeitern für die konstruktive Begleitung bei dieser Diskussion bedanken. Die eine oder andere Frage konnte so vonseiten des Ministeriums sehr gut beantwortet werden. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Bei der Diskussion dieser Kriterien hatten wir aber auch im Blick, dass die Bürger in unserem Land an die Menschen, die hierherkommen, auch Erwartungen haben. Ich betone dies, weil die Frage, ob langjährig Geduldete in Deutschland nach einer gewissen Zeit ein **stichtagsunabhängiges Bleiberecht** erhalten, im Kern immer auch eine **integrationspolitische Frage** sein muss. Wenn wir nicht möchten, dass Integrationsdiskussionen immer wieder aus dem Ruder laufen, und wenn wir Populisten und Demagogen nicht das Feld überlassen wollen, müssen wir uns damit auseinandersetzen, dass es auch bei der Frage des Bleiberechts eine breite Mehrheit der Bevölkerung gibt, die Integration nicht nur als staatliche Förderung und Angebote sehen will, sondern die auch die **Einhaltung klarer Integrationskriterien** wünscht.

Wir erwarten in Fällen **unverschuldeter Kettenduldung** von denen, die ein dauerhaftes **Bleiberecht** wünschen, die ordnungsgemäße Erfüllung aller **Mitwirkungspflichten** am aufenthaltsrechtli-

chen Verfahren. Es ist nicht zu viel verlangt, dass uns derjenige, der ein Aufenthaltsrecht möchte, zeigt, dass er in seinem Verfahren wahrheits- und ordnungsgemäß mitarbeitet.

Auch hinreichende deutsche **Sprachkenntnisse** sind eine Selbstverständlichkeit. In der letzten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses wurde kritisiert, dass die von uns vorgeschlagene Stufe A 2 des gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen eine **Überforderung** sei. Das sehen wir nicht so. Die Stufe A 2 verlangt, dass Sätze und häufig gebrauchte Ausdrücke verstanden werden, und dass eine Verständigung in einfachen routinemäßigen Situationen möglich ist. Wenn wir uns darauf einigen, dass erfolgreiche Integration auch **Kommunikation** bedeutet, können wir erwarten, dass die Betroffenen nach acht beziehungsweise sechs Jahren rudimentäre Sprachkenntnisse erlernt und dadurch auch ihren Willen zur Integration gezeigt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch die **Sicherung des Lebensunterhalts** durch **Erwerbstätigkeit** ist eine notwendige Voraussetzung. Wir möchten die Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme so weit als möglich abschließen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch die Kriterien „**Bekenntnis zur Demokratie**“, „**Partizipation** am sozialen Leben“ und eine aktive Unterstützung der **schulischen Integration der Kinder** und Jugendlichen sind selbstverständliche Bedingungen einer gelingenden Integration.

Vor allem erwarten wir - darüber haben wir im Innen- und Rechtsausschuss am heftigsten diskutiert - in einer Zeit von acht beziehungsweise sechs Jahren **legalen Aufenthalts** von diesen Menschen **Straffreiheit**. Es ist unserer Meinung nach nicht zu viel verlangt, es ist den Menschen in unserem Land nicht zu erklären, warum wir verpflichtet sein sollen, jemandem ein dauerhaftes Bleiberecht einzuräumen, der nicht einmal in dieser Zeit vorstrafenfrei bleiben konnte. Ich möchte hier noch einmal betonen: Wir haben intensiv darüber diskutiert, und ich finde, man kann es schaffen, straffrei zu bleiben. Wir alle tun das hier auch, ich meine, wir können das von diesen Menschen verlangen.

(Zuruf der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

- Ich würde vorschlagen, Sie lesen einfach einmal unseren Antrag, und zwar richtig, aber ich komme gleich dazu.

(Astrid Damerow)

Zusätzlich regen wir weitere **begleitende Verfahrensregelungen** an, beispielsweise beim Thema Zugang zu **Integrationskursen**. Aber ebenso müssen wir Wege finden, um die Dauer der Asylverfahren weiter zu verkürzen.

Wer all diese Kriterien ablehnt, verlangt die bedingungslose, unkritische und dauerhafte Aufenthaltserlaubnis für alle Menschen, die in unser Land kommen.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

- Das ist mir klar.

Das lehnen wir aus den oben genannten Gründen ab.

Jetzt möchte ich noch etwas zum SPD-Antrag sagen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie unseren Antrag richtig gelesen hätten und die Eckpunkte des Ministeriums auch noch einmal gelesen und beides nebeneinander gelegt hätten, hätten Sie eigentlich feststellen können, dass dies deckungsgleich ist. Sie müssen nur die Spalten unterscheiden können. Ich kann auch überhaupt nicht verstehen, wie Sie zu der Einschätzung kommen, dass wir eine stichtagsgebundene Bleiberechtsregelung wollen, denn gleich in der zweiten Zeile unseres Antrag steht eindeutig „stichtagsunabhängig“. Vielleicht haben Sie diese Zwischensilbe übersehen.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Astrid Damerow [CDU]:

Ja.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Frau Kollegin Damerow, wenn die Eckpunkte des Justizministers, die er vorgelegt hat, den Auftrag aus dem Parlament von der letzten Tagung erfüllt hätten, Ihnen ausgereicht hätten und es keinen Unterschied zu Ihrem Antrag gibt, warum haben Sie dann Ihren Antrag, der vor unserem Antrag vorgelegt worden ist, überhaupt noch vorgelegt, wenn es da keine Unterschiede zwischen Ihrem Antrag und den Eckpunkten des Justizministers gibt? Können Sie mir das vielleicht erklären?

- Ich kann es Ihnen hier noch einmal erklären, Herr Dr. Dolgner, aber Sie wissen genau, dass wir darüber im Innen- und Rechtsausschuss auch schon ge-

sprochen haben. Wir haben die Eckpunkte des Ministers für uns als Arbeitsgrundlage betrachtet. Wir hatten in der Zeit der Erarbeitung der Kriterien - ich habe es Ihnen vorhin gesagt - durchaus Kontakt zum Ministerium. Wir sind dann zu der Formulierung des vorliegenden Antrags gekommen. Ich finde, das ist ein völlig normaler Vorgang für eine Fraktion. Ich mache auch gar keinen Hehl daraus, dass wir auch mit unserem Koalitionspartner durchaus diskutiert haben. Aber ich denke, Sie dürfen auch keinen Hehl daraus machen, dass Sie allein aus taktischen Gründen dieses zu Ihrem Antrag erklärt haben. Denn um inhaltliche Gründe kann es Ihnen nicht gegangen sein.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Dann müssen Sie den Menschen auch erklären, dass es Ihnen gar nicht ums Bleiberecht geht, sondern ganz allein um parteitaktische Spiele, die Sie bei diesem Thema hier im Landtag gerade abziehen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP sowie Beifall der Abgeordneten Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der August-Tagung waren wir uns hier im Haus alle einig, dass wir eine **stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung** mit vernünftigen **Zugangskriterien** brauchen. Der Fall Tigran, dessen bevorstehende Abschiebung und die Reaktion der Öffentlichkeit haben uns alle - quer durch die Fraktionen - bestürzt und uns vor Augen geführt, dass hier endlich eine gerechte Lösung gefunden werden muss.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und der LINKEN)

Entsprechende Anträge wurden in den Ausschuss überwiesen, Anhörungen durchgeführt. Herr Minister Schmalfuß nahm den Fall zum Anlass, am 22. August 2011 öffentlich eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung nach dem Vorbild des **§ 25 a Aufenthaltsgesetz** zu fordern.

In der vorletzten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses präsentierte er uns schließlich einen konsensfähigen Vorschlag für eine **Bundesratsinitiati-**

(Serpil Midyatli)

ve mit Eckpunkten. Unter anderem fordert er die Sicherung des Lebensunterhaltes durch **aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt**, aber im Sinne einer überwiegenden Erwerbssicherung -. Das ist der erste Unterschied, Frau Damerow -: eine überwiegende Erwerbssicherung als Ergebnis des Anhörungsverfahrens. Zudem fordert er, dass Antragsteller unbestraft sein müssen - mit Ausnahme - hier ist der zweite Unterschied, Frau Damerow - solcher Straftaten, die nach dem Aufenthaltsgesetz oder dem Asylverfahrensgesetz nur von Ausländerinnen und Ausländern begangen werden können.

Alles wunderbar, könnte man meinen. Dem ist aber nicht so. Denn die Fraktionen von CDU und FDP legten uns in der Sitzung ebenfalls einen Antrag vor, aus dem nicht eindeutig hervorgeht, wie die beiden Kriterien denn gemeint sind. Auf meine Nachfrage hin bekam ich von Kollege Gerrit Koch die Aussage, es handele sich um eine überwiegende Lebenssicherung. Dem widersprach jedoch die Aussage der Kollegin Damerow, man habe eine völlige **Lebensgrundsicherung** gemeint. Ähnlich unterschiedliche Auffassungen gelten auch für das Kriterium der Unbestraftheit. Gleichwohl haben Sie von den Regierungsparteien Ihren Antrag, über dessen Inhalt man offensichtlich völlig unterschiedlicher Auffassung ist, beschlossen.

Zugleich haben Sie den zuständigen Fachminister ihrer Landesregierung öffentlich brüskiert, da Sie dessen fachkundiges Urteil offenbar gar nicht interessiert. Wir haben jetzt die interessante Situation über ein gemeinsames Papier von CDU und FDP abstimmen zu müssen, über dessen Inhalt die Autoren höchst unterschiedliche Auffassungen vertreten. Schwarz-Gelb stellt uns immer wieder vor neue Herausforderungen. Wir sind der Auffassung, dass der Vorschlag des Ministers Schmalfuß der richtige Schritt zu einer Bundesratsinitiative ist und legen Ihnen heute den Vorschlag des Ministers - den Vorschlag des Ministers! - zur Abstimmung vor.

(Beifall bei der SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Das, was Sie uns hier vorgelegt haben, bringt uns keinen einzigen Schritt weiter. Wenn das so verabschiedet wird, wird keiner der betroffenen 1.800 Menschen in Schleswig-Holstein von der neuen Regelung profitieren können. Der Vorschlag des Ministers ist weder rot noch grün, auch nicht schwarz oder gelb. Zur Lösung eines immer wieder auftretenden Problems ist dies eine geeignete Lösung, bei der eine **Gnadenentscheidung des Ministerpräsidenten** durch eine klare gesetzliche Regelung ersetzt wird. Zwar sprechen wir dem

Ministerpräsidenten nicht ab, hier verantwortliche Entscheidungen zu treffen, aber das Prinzip Gnade vor Recht ist in einem Rechtsstaat keine gute Lösung. Mit der Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses sprechen Sie Ihrem Justizminister erneut das Misstrauen aus, nachdem Sie ihn bereits bei der doppelten Staatsbürgerschaft und dem Optionsmodell zurückgepfiffen haben. Welch ein erbärmliches Trauerspiel!

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Gerrit Koch das Wort.

Gerrit Koch [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Trauerspiel ist nur, wie man immer wieder versucht, irgendwo Keile dazwischen zu treiben, wo schon kein Blatt Papier mehr dazwischen passt, nämlich zwischen CDU und FDP und unserem Justizminister.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU - Zurufe von der SPD und der LINKEN: Oh, oh!
- Zuruf des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD])

Es werden auch immer irgendwelche Behauptungen aufgestellt, die nun wirklich nicht nachzuvollziehen sind.

Ich skizziere noch einmal die **Chronologie**. Die Diskussion um die **Bleiberechtsregelung für Gekuldete** hat in den letzten Wochen sehr an Schwung gewonnen, aber auch einige merkwürdige Wendungen genommen. Noch in der August-Tagung des Landtags waren sich alle - das wurde hier schon bestätigt - quer durch alle Fraktionen einig, dass es ein richtiger Vorstoß sei, das Problem der Kettenduldung endlich einer Lösung zuzuführen. Große Zustimmung gab es zu der Absicht, eine **Bundesratsinitiative** zu starten, um endlich zu einer verlässlichen, humanitären und dauerhaften Regelung zu kommen, statt von Jahr zu Jahr neue vorläufige Interimslösungen zu finden.

Wir waren uns hier alle in einem so hohen Maße einig, dass wir das Ganze ohne Aussprache in den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen und zeitnah eine Anhörung durchgeführt haben. Uns allen war und ist bewusst: Die Sache drängt. Ende des Jahres läuft die letzte Übergangsregelung schon wieder aus.

(Gerrit Koch)

Doch seit letzter Woche war Schluss mit der Einigkeit, aus Gründen, die rational kaum nachvollziehbar sind. Trotzdem möchte ich den Versuch unternehmen, den ursprünglichen Konsens wieder herzustellen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Die Tischvorlage ist ja nun auch schon wieder über eine Woche alt. Damit hätten Sie sich inzwischen befassen können.

Die Anhörung hatte unter anderem auch den Zweck auszuloten, welche **Kriterien** künftig bei einer Entscheidung über ein Aufenthaltsrecht für Geduldete eine Rolle spielen sollen. Der Justizminister konkretisierte zur Ausschusssitzung letzte Woche einige Kriterien. Zur selben Ausschusssitzung legten CDU und FDP ebenfalls Kriterien vor, die bei einer Bundesratsinitiative berücksichtigt werden sollen.

Auf einmal fand die Opposition jedoch Vorwände, um dem Vorschlag von CDU und FDP nicht zustimmen zu müssen. Ja, das ist wirklich bedauerlich. Denn bedauerlicherweise fanden die aus der Luft gegriffenen Behauptungen auch noch Wiederhall bei den Medien und bei den Interessensverbänden, wie zum Beispiel dem Flüchtlingsrat.

(Zuruf von der SPD)

Es ist also wichtig, noch einmal zu erläutern, was wir unter Kriterien verstehen. Wir verstehen sowohl die vom Justizminister als auch von CDU und FDP vorgelegten Punkte als Anhaltspunkte bei einer Entscheidung über jeden individuellen **Einzelfall**. Nicht alle Kriterien - einige schon - sind nach dem Prinzip Ja oder Nein, vollständig erfüllt oder nicht erfüllt zu sehen. Es gibt auch noch etwas zwischen schwarz und weiß.

(Zuruf: Wo denn? - Weitere Zurufe)

Die **Sicherung des Lebensunterhalts** ist natürlich so zu verstehen, dass sich jeder Betroffene zunächst um den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit bemühen muss. Dabei müssen selbstverständlich das Alter und die gesundheitliche Verfassung eine Rolle spielen. Kinderarbeit - das wird gern als Beispiel angeführt - haben wir nie gefordert. Das macht auch nicht die CDU.

Natürlich soll keiner gezwungen werden, sich in einem Sportverein, Chor oder gar in einer Partei zu engagieren. Wenn jemand dies aber tut, soll dies auf seine Integrationsleistung positiv angerechnet werden. Genauso verhält es sich bei den Mitwirkungspflichten im aufenthaltsrechtlichen Verfah-

ren. Wer an dem Verfahren aktiv mitwirkt, sammelt Pluspunkte.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion mag sich über einen vermeintlich guten Coup freuen, indem sie sich einfach ohne eigenes produktives Zutun die Kriterien des Justizministers zu eigen gemacht hat. Ich mag fröhliche Menschen. Vor lauter Freude haben Sie aber leider zweierlei übersehen. Zum einen stimmen die von CDU und FDP gewünschten Kriterien mit denen des Justizministers in der Lesart und fast wörtlich überein. CDU und FDP stellen im Ergebnis auch keine höheren Anforderungen als der Justizminister.

Zum anderen haben CDU und FDP in ihrem Änderungsantrag ausdrücklich vorgegeben, dass ein **Aufenthaltsrecht stichtagsungebunden** eingeräumt werden soll. Liebe SPD-Fraktion, wie Sie in Ihrem Antrag darauf kommen, dass wir an Stichtagen festhalten wollen, entzieht sich meiner Kenntnis. Wenn das aber der Grund Ihrer Ablehnung sein sollte, dann können Sie nach diesem diskreten Hinweis nun auch zustimmen.

Aus Sicht der Betroffenen kann ich nachvollziehen, dass man sich keine langwierigen Diskussionen, sondern eine rasche Lösung wünscht. Die jetzige heftige Diskussion zeigt aber, dass von der Opposition inhaltliche Unterschiede herbeigeredet werden, wo gar keine sind. Das bedauere ich sehr. Wenn das nicht Ihre Absicht ist, würde ich es sehr begrüßen, wenn Sie sich doch noch unserem Antrag anschließen würden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich Schleswig-Holstein durch die beabsichtigte Bundesratsinitiative für eine integrationsorientierte Bleiberechtsregelung als Vorreiter bundesweit hervortun kann. Der **Kriterienkatalog** wird nicht allen der 1.800 betroffenen Geduldeten helfen können, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Denn dann brauchte man überhaupt keine Kriterien. Ich bin der festen Auffassung, dass der überwiegende Teil von ihnen aber eine Aufenthaltserlaubnis erhalten wird. Wir sollten hier Chancen aufzeigen und erfolgreiche Integration belohnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Luise Amtsberg das Wort.

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Koch liegt nicht richtig mit seiner Prognose. Wir werden einen sehr großen Teil von Menschen ausschließen, wenn wir es so machen, wie Sie es vorgeschlagen haben.

Die Tatsache, dass wir uns heute überhaupt noch einmal mit dem Thema Bleiberecht befassen und nicht im Innen- und Rechtsausschuss zu einem Konsens gekommen sind, hat verschiedene Gründe. Wir hatten einen Konsens erhofft. Am Anfang sah es auch so aus. Die Gründe sind verschieden, in erster Linie - das haben wir nach den Beiträgen der Kollegin Damerow und der Kollegin Midyatli mitbekommen - sind sie eher parteipolitischer Natur. Das stört mich. Das macht mich auch traurig. Denn es macht keinen Sinn, darüber zu streiten, wer als erstes seinen Antrag zurückzieht, um dem gleichlautenden Antrag des anderen zuzustimmen. Deshalb mache ich es Ihnen einfach und sage Ihnen, dass meine Fraktion Probleme mit beiden Anträgen hat. Insofern werden wir auch beiden Anträgen nicht zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Gerrit Koch [FDP])

Ich rufe für Sie noch einmal den Ursprungsantrag in Erinnerung: Der Ursprungsantrag kam von meiner Fraktion, und er hieß: Für ein humanitäres Bleiberecht. Auch wenn Herr Koch gesagt hat, wir wollen eine humanitäre Lösung finden, muss ich Ihnen leider antworten, dass Sie sich dafür wenig Platz in Ihrem Antrag gelassen haben.

Gleichwohl muss ich auch etwas Kritik in Richtung des Ministeriums geben. Denn mit dem **Vorschlag** für eine **Bleiberechtsregelung** sind Sie an die Öffentlichkeit gegangen, bevor wir in den parlamentarischen Diskussionsprozess gegangen sind. Das überschneidet sich mit unseren Anträgen und der Debatte im Landtag. Das hätte man besser regeln können und sich im Vorfeld schon auf einige grundlegende Sachen verständigen können. Das nur nebenbei bemerkt.

Ich kritisiere, dass wir uns zu wenig über das **Humanitäre** unterhalten haben. Das ist nachvollziehbar. Denn der Inhalt unseres Antrags wurde von Ihnen überhaupt nicht kommentiert, auch nicht diskutiert, selbst im Ausschuss nicht. Mit Nachfragen habe ich immer wieder versucht zu gucken, was mit Älteren, kranken und behinderten Menschen - aber auch mit Menschen, die mit schweren **Traumata** hierherkommen und über Jahre hinweg schon hier

sitzen und keine wirkliche Chance haben, Hilfe und Unterstützung zu bekommen und es aus eigener Kraft nicht schaffen, sich zu integrieren - ist. Es sind diese Menschen, die hier seit zehn Jahren leben und durch diesen Antrag nicht angesprochen werden. Das stört mich. Deshalb kann ich all den Vorschlägen nicht zustimmen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Gleichwohl gibt es im Vorschlag des Ministeriums einige gute Punkte. Es ist gut, dass dies **stichtagsunabhängig** geregelt werden soll. Es ist gut, dass bisherige **Täuschungshandlungen** unter bestimmten Voraussetzungen unbeachtet bleiben können. Dass Sie sich vorstellen können, eine **Aufenthaltsdauer** von fünf Jahren **ohne Differenzierung** anzulegen, ist gut, auch wenn dies nicht auf die Zustimmung von Schwarz-Gelb trifft. Das sind Punkte, über die man dringend nachdenken sollte.

Schlecht finde ich aber den generellen Duktus und auch die Herangehensweise des Papiers sowie des Antrags von der CDU- und der FDP-Fraktion, denn herausgekommen ist dabei ein Vorschlag für ein Bleiberecht, das sich lediglich um eine Personengruppe kümmert. Die Menschen dieser Personengruppe müsste eigentlich - wenn wir uns dies einmal vor Augen führen - selbstverständlicherweise ein **Bleiberecht** bekommen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

wenn sie ihren eigenen **Lebensunterhalt** sichern können, wenn sie sich - whatever that means - zur **freiheitlich demokratischen Grundordnung** oder - wie haben Sie es vorhin formuliert - zu unserem **gesellschaftlichen Zusammenleben** bekennen und darüber Wissen haben, auch wenn wir dies an keiner Stelle fördern. Wenn all dies vorhanden ist, dann frage ich mich: Was spricht dagegen? - Wir sollten uns dann eigentlich darum bemühen, dass diese Menschen hierbleiben. Wir sollten dann gar nicht darüber nachdenken, dass sie weg müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Gerrit Koch [FDP])

Herausgekommen ist - wie gesagt - ein Vorschlag, der nur eine kleine Personengruppe in den Blick nimmt. Wenn wir von Menschen verlangen, auf A-2-Niveau Deutsch zu sprechen, dann sollten wir ihnen auch den bedingungslosen Zugang zu Sprachkursen gewähren. Ich finde, dass dieses Niveau zu hoch angelegt ist.

(Luise Amtsberg)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der LINKEN und SSW)

Sie wollen, dass diese Menschen ihren Lebensunterhalt an jeder Stelle sichern können oder dass von den **Ausländerbehörden** eine entsprechende Prognose gestellt werden kann. Es würde mich übrigens interessieren, wie Sie es hinkriegen wollen, dass es organisatorisch geleistet wird, die Prognosen zu erstellen und zu prüfen, ob zum Beispiel die Betroffenen die Elternabende der Kinder in den Schulen besuchen. Es würde mich auch interessieren, wie Sie die Kenntnisse über Demokratie und die bundesdeutsche Gesellschaft abprüfen wollen. All dies wollen Sie den Ausländerbehörden zumuten. Ich behaupte und würde die steile These hier in den Raum stellen, dass dies so gut wie unmöglich ist.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Brand-Hückstädt [FDP])

- Mir ist klar, dass das kein Gesetzestext ist; woher auch immer dieser Ausruf kam. Das sind aber die Stoßrichtungen und die Kriterien, die angelegt werden. Diese nehme ich erst einmal als Maßstab dafür, wie das in der Realität aussehen könnte.

(weitere Zurufe)

- Ich habe gesagt, dass Sie sich deshalb einmal mit unserem Antrag befassen könnten. Das war meine Ausgangskritik, das haben Sie nämlich nicht getan. Ich habe gesagt, dass Sie einmal darüber nachdenken könnten, welche Anforderungen ein **humanitäres Bleiberecht** stellen könnte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

In den Anhörungen haben Ihnen alle Experten bescheinigt: Ein gutes Bleiberecht muss allen Menschen, die so lange, also viele Jahre, ungewiss in Deutschland leben, in den Blick nehmen. Die Diakonie hat dies in ihrer Stellungnahme auf den Punkt gebracht: Ein gutes Bleiberecht muss ohne Stichtage auskommen, die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung realistisch gestalten, humanitäre Krisen unbedingt einbeziehen, Familien schützen und auf restriktive Ausschlussgründe verzichten. All das finde ich leider nicht in Ihrem Papier. Daher sage ich an dieser Stelle noch einmal: Beide Anträge sind mit unserer Fraktion leider nicht zu machen, so sehr wir es auch bedauern, dass der Konsens an dieser Stelle nicht zustande gekommen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Schmalfuß, ich hoffe, dass Sie auf der Integrationsministerkonferenz und in den entsprechenden Ausschüssen des Bundesrats ein sachverständigeres Verhandlungspotenzial haben als hier im Landtag.

Es ist nicht so, als wenn nicht das meiste schon gesagt worden wäre. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitiere ich aus dem Protokoll der 55. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Seite 4.763:

„Deswegen muss das Prinzip gelten: Erst das Bleiberecht und dann die Integration, weil das Bleiberecht die Voraussetzung für die Integration ist und nicht deren Belohnung sein darf.“

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ein Zitat des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski von der Fraktion DIE LINKE.

(Lachen bei der FDP)

- Kluge Sachen kann man zitieren.

In der Zeit nach der 55. Sitzung sind viele Hoffnungen enttäuscht worden. Besonders nach der Anhörung von Sachverständigen im Innen- und Rechtsausschuss ist es mir unbegreiflich, wie es überhaupt zu den Anträgen von CDU und SPD kommen kann. Bereits das Eckpunktepapier des Ministers enthielt so hohe **Anforderungen** an die Menschen, dass ein Vertreter der Kieler Ausländerbehörde uns im Ausschuss erklärt hat: Von hundert Menschen, die geduldet in Kiel leben und für die diese Regelung eigentlich zur Geltung kommen sollte, würde kein einziger Mensch die **Kriterien** erfüllen. Es wird deutlich, dass dies überhaupt kein Vorschlag ist. Das ist eine Ausrede. Ihr Vorschlag würde für eine verschwindend geringe Zahl nützlich sein oder sogar für niemanden zu einer Verbesserung führen.

CDU und FDP stellen sich hin und sagen: Von den Menschen, die länger als sechs Jahre geduldet in Schleswig-Holstein leben, dürfen diejenigen in Deutschland bleiben, die perfekt Deutsch sprechen, die sich niemals auch nur des kleinsten Vergehens, zum Beispiel der Verletzung der Residenzpflicht oder des Schwarzfahrens mit dem Bus, zuschulden kommen lassen haben, die einen Abschluss oder ei-

(Heinz-Werner Jezewski)

ne Berufsausbildung haben, die einen Job haben, der sie ernährt. Kollege Koch, so steht das in dem Antrag drin. Dort steht nicht, dass sich die Menschen bemühen müssen. Dort steht, dass sie sich wirtschaftlich erhalten müssen. Es dürfen diejenigen bleiben, die ihre Kinder optimal in der Schule integriert haben und ihre Kinder optimal dabei unterstützen. Das sind schon fast perfekte Menschen. Diese sollen dann in ihrer Freizeit auch noch ein Ehrenamt ausüben.

Kollege Koch, so, wie Sie uns das erklärt haben, steht es im Protokoll. Wir werden darauf zurückkommen. Frau Damerow hat es uns vorher aber anders erklärt. Im Antrag steht es auch anders drin. Wenn die Menschen all das erfüllen, dann sind sie perfekt genug. Ich weiß nicht, ob es Deutsche gibt, die all das erfüllen. Wenn die Menschen das erfüllen, dann werden sie von Ihnen als integriert bezeichnet. Dann haben sie sich einen befristeten Aufenthalt verdient. Wir müssen uns klar machen, worüber wir reden. Diese Menschen dürfen dann hier in Deutschland Steuern zahlen, aber wählen dürfen sie immer noch nicht. Sie konstruieren einen **Idealtypus**, der in der Wirklichkeit nicht vorkommt. Das hat der Sachverständige vom **Kieler Ausländeramt** uns im Ausschuss ganz deutlich gesagt.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Idealtypus kommt in der **Wirklichkeit** nicht vor, und zwar aus Gründen, die Sie selbst geschaffen haben. Ich versuche einmal, das zu übersetzen: Sie wollen, dass der Schulbesuch davon abhängig gemacht wird, dass der Schüler oder die Schülerin das Abitur hat. Sie wollen, dass man den Führerschein machen darf, wenn man zehn Jahre lang unfallfrei Auto gefahren ist. Sie wollen, dass man nur zum Arzt geht, wenn man kerngesund ist. Sonst darf man nicht hin. Genau das fordern Sie.

Sie fordern diese Deutschkenntnisse von Menschen ab, die Sie bisher explizit von den Deutsch- und Integrationskursen ausgeschlossen haben. Die Sicherung des Lebensunterhalts fordern Sie von Menschen, denen Sie bisher keinen Zugang zum Arbeitsmarkt oder - wenn überhaupt - nur einen nachrangigen Zugang zugestanden haben. Gucken Sie sich die Lage der Geduldeten in ihren Unterkünften sowie die extrem beschwerliche Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen an. Dann wissen Sie, dass die Menschen diese Bedingungen eigentlich überhaupt nicht erfüllen können. Die Lage, der Zustand und die Größe der Unterkünfte haben einen entscheidenden Einfluss auf die

schulischen Leistungen der Kinder. Sie können die Leistungen nicht erbringen, die sie erbringen sollen, und zwar nicht, weil sie dies selbst verschuldet hätten, sondern weil dies von uns, aus diesem Haus heraus, verschuldet worden ist.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei der Diskussion im Ausschuss sind Sie immer wieder vor und zurück gerudert. Der eine sagt: So, wie es dort geschrieben steht, ist es nicht gemeint. Dann sagte die andere: Doch, so ist es gemeint. Solange der Antrag in dieser Form vorliegt, muss ich davon ausgehen, dass Sie jedes Wort, das Sie in Ihrem Antrag schreiben, auch genau so meinen. Das lehnen wir grundheraus ab.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Astrid Damerow?

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Das tue ich.

Astrid Damerow [CDU]: Herr Kollege Jezewski, wie erklären Sie, dass zum Beispiel im Fall Tigran nahezu alle Kriterien, die wir hier fordern, erfüllt worden sind? - Es scheint offensichtlich Menschen zu geben, die dies können, auch wenn Sie sich das nicht vorstellen können.

- Ich möchte den Herrn Minister bitten, anschließend in seiner Stellungnahme darauf einzugehen, wieso im Fall Tigran dann die Härtefallentscheidung notwendig war. Wir haben es in jeder Zeitung gelesen: Die Eltern von Tigran waren nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt für die Familie zu verdienen. Das funktionierte nicht. Da fehlte etwas. Sie haben aufgeschrieben: Jedes Kriterium muss erfüllt sein.

(Widerspruch bei der FDP)

Formulieren wir den Antrag doch um! Ich erkenne ja an, was der Kollege Koch gesagt hat. Das kommt dem, was ich denke, schon ein ganzes Stück näher.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Gucken Sie sich unseren Änderungsantrag an! Wir haben in unserem Antrag detailliert deutlich gemacht, wie eine sinnvolle Bleiberechtsregelung das Problem der **Kettenduldung** verhindern kann.

(Heinz-Werner Jezewski)

(Beifall des Abgeordneten Björn Thoroé
[DIE LINKE])

Auch mit dem Vorschlag des Flüchtlingsbeauftragten und sogar mit dem Vorschlag des Ministers hätten wir uns mit ganz vielen Bauchschmerzen noch irgendwie anfreunden können, wenn wir in diesem Haus einen breiten Konsens gefunden hätten; ganz einfach, um dem Minister einen starken Rückenwind für seine Verhandlungen in der Integrationsministerkonferenz zu geben. Ansonsten werden auch wir die beiden vorliegenden Anträge ablehnen.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Serpil Midyatli?

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Ja.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Midyatli, Sie haben die Möglichkeit zu einer Zwischenfrage.

Serpil Midyatli [SPD]: Danke schön, Herr Präsident. - Kollege Jezewski, können Sie sich ebenso wie ich daran erinnern, dass im Fall Tigran gerade die Straffälligkeit der Eltern beziehungsweise die damaligen Aussagen, die in dem Antrag der Kollegen von der CDU und FDP vorkamen, all dies ausgelöst haben? Stimmen Sie mir zu, dass gerade dies all dies ausgelöst hat und dass dies in dem Antrag von CDU und FDP als Ausnahmeregelung explizit drinsteht?

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Ich weiß nicht, ob sich die Eltern im Fall Tigran strafbar gemacht haben. Auf jeden Fall war die Rede von der Verletzung von Mitwirkungspflichten. Das ist in dem Fall als ein Verstoß gegen das Ausländerrecht zu werten, also genau das, was Sie in Ihrem Antrag ausschließen. Das ist aber der Normalfall, von dem wir ausgehen müssen. Wir könnten den Minister anschließend einmal fragen, wie viele Menschen absichtlich oder unabsichtlich gegen das Verfahren verstoßen.

In der Ausschussanhörung habe ich gefragt, wie es denn ist, wenn Menschen hierher kommen. Es kommen Menschen aus Kriegsgebieten, denen andere Leute sagen: Wenn du dahin gehst, dann musst du

dieses oder jenes sagen, sonst schicken sie dich sofort wieder nach Hause. - Die Menschen sagen das aus Angst, sofort wieder abgeschoben zu werden und machen sich damit strafbar, weil sie gegen das Ausländerrecht verstoßen. Das nutzen wir um zu sagen: Wenn du das gemacht hast, dann darfst du nicht mehr hierbleiben. Genau das müssen wir abstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich hoffe, dass der Minister diese Position teilt, die meines Erachtens weitgehender Konsens ist. Ich weiß auch nicht, warum es plötzlich zu dieser anderen Position gekommen ist. Ich hoffe, dass der Minister diese Position in die Verhandlungen mit seinen Kollegen einbringt und dass es dabei zu einer vernünftigen Lösung kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um zu verstehen, warum die **Bleiberechtsregelungen** ein Problem sind, müssen wir uns die Geschichte anschauen. Ziel der Duldung war es, die Lebensbedingungen der geflüchteten Menschen so schlecht zu gestalten, dass diese schnell wieder nach Hause wollen. Dabei wurde völlig übersehen, dass viele dieser Menschen gar nicht zurück in ihr Heimatland können, weil es dort keine humanen Lebensbedingungen gibt. Es wurde auch übersehen, dass Krieg und Verfolgung so traumatisierend wirken, dass Lebensbedingungen noch so schlecht gestaltet sein können; alles ist besser, als zurückzugehen und mit dem Leben dafür zu zahlen.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Es sind also gleich zwei Denkfehler, die bei der Entstehung der Bleiberechtsregelungen gemacht wurden. Neben diesen Denkfehlern hat das Justizministerium im Innen- und Rechtsausschuss darauf hingewiesen, dass ein ungeklärtes Problem ist, was zuerst da war, das **Bleiberecht** oder die **Integration**. Dürfen also Menschen bleiben und sich integrieren, oder dürfen sich Menschen integrieren und dann bleiben?

Dieser Spagat ist nach wie vor bestimmend für das Bleiberecht. Statt eine klare Antwort zu finden, wurschteln wir uns so durch und sagen: Wenn die

(Lars Harms)

Menschen kommen, können sie sich ein bisschen integrieren, aber auch nicht so richtig. Dann können sie ein bisschen bleiben, aber auch nicht so richtig. Wenn sie sich dann ein bisschen mehr integrieren, dann können sie vielleicht auch noch ein bisschen lieber bleiben.

Genau das macht die Absurdität der **Kettenduldungen** deutlich. Duldung hemmt die Integration und soll sie gleichzeitig ermöglichen. Das geht nicht. Um davon endlich wegzukommen, müssen wir endlich die Kriterien für eine Bleiberechtsregelung so überarbeiten, dass das auch funktionieren kann.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Der SSW begrüßt durchaus den Vorstoß des Justizministers, auch wenn wir nicht jede dieser vielen Regelungen so inhaltlich teilen, wie man es sich vielleicht wünschen würde.

Die Notwendigkeit einer **stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung** haben wir inzwischen alle verstanden. Es kann nicht sein, dass jemand einen Tag zu früh oder zu spät nach Deutschland flüchtet, deshalb durch irgendein bürokratisches Raster fällt und damit ausgewiesen wird.

Auch dass **Integrationsleistungen** wie Spracherwerb, Schulerfolg oder Erwerbstätigkeit die **Voraussetzungen** für einen sicheren **Aufenthaltsstatus** sind, haben wir alle verstanden. Für all diese Integrationsleistungen gilt aber, dass sie nur Bedeutung haben können, wenn die Menschen sie auch erbringen können. Es nützt also nichts, **Deutschkenntnisse** auf dem Niveau A 2 zu fordern und gleichzeitig den Zugang zu Sprachkursen zu verwehren, weil es nicht ausreichend Kurse gibt oder die Menschen sich die Teilnahme nicht leisten können.

(Beifall der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD] und Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es nützt auch nichts, hervorragende Schulleistungen zu fordern und gleichzeitig keinen Lernort zur Verfügung zu stellen. Am aller absurdesten ist aber das Kriterium der Sicherung des Lebensunterhalts und die damit einhergehende Erwerbstätigkeit.

Das erste Jahr nach der Ankunft in Deutschland dürfen die Flüchtlinge sowieso erst einmal gar nicht arbeiten. Dann haben sie drei Jahre lang nachrangigen **Zugang zum Arbeitsmarkt**, das heißt, sie müssen sich einen Arbeitgeber und eine Stelle suchen, die sie dann der Arbeitsagentur melden, die dann versucht, jemand anderes, nämlich jemanden aus Deutschland, für diesen Job zu finden. Nur

dann, wenn dies nicht gelingt - was angesichts unserer hohen Arbeitslosigkeit ziemlich unwahrscheinlich ist -, dürfen die Geduldeten den Job dann doch annehmen. Wie häufig ein Arbeitgeber bereit ist, einem geduldeten Menschen, der jederzeit aus dem Land geschmissen werden kann, eine Stelle anzubieten, können Sie sich denken. Welche Jobs dabei überhaupt infrage kommen, das kann man sich auch denken.

Parallel zu der Tatsache, dass es für einen geduldeten Menschen nahezu unmöglich ist, eine dauerhafte Arbeit zu finden, steht der Vorwurf im Raum, dass die Menschen es sich in Deutschland bequem machen und im Sozialsystem schmarotzen gehen. Wir selbst machen es ihnen aber doch unmöglich, unabhängig von staatlicher Hilfe leben zu können. Wir verhindern ihre Integration und ihre finanzielle Selbstständigkeit, und anschließend beschweren wir uns noch darüber, dass diese Menschen auf den Staat angewiesen sind. Das ist schon eine schräge Argumentation.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Das muss endgültig ein Ende haben. Aus Sicht des SSW erfüllt der Antrag der Grünen die Forderungen an ein humanitäres Bleiberecht. Deshalb werden wir diesem natürlich zustimmen. Ich möchte ganz ausdrücklich sagen, dass wir dem Antrag der SPD, der sich die Kriterien des Justizministeriums zu eigen gemacht hat, um CDU und FDP vorzuführen, nicht zustimmen werden, weil wir meinen, dass das Bleiberecht kein gutes Thema für parteipolitische Sperenzchen ist.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Brand-Hückstädt [FDP])

Zumindest der SSW spielt da nicht mit. Wir sagen aber auch sehr deutlich, dass wir diesen Antrag auch deshalb ablehnen, weil wir nicht alle Teile des Papiers des Justizministers vollständig in Ordnung finden. Über dieses Papier hätte man gut diskutieren können. Wir hätten auch gut die Anregungen der Grünen in dieses Papier integrieren können. Wir hätten auf diesen Grundlagen versuchen können, eine gemeinsame Regelung zu finden, die auch dauerhaft Bestand hat. Es ist schade, dass dies nicht gelungen ist.

(Glocke des Präsidenten)

Uns geht es um eine verbesserte Bleiberechtsregelung für die Menschen, die ein **Recht** auf eine **Einzelfallentscheidung** und humanitäre Größe und Freizügigkeit haben. Das soll mein letzter Satz sein:

(Lars Harms)

Wir haben in Deutschland Menschenrechte, Demokratie, Wohlstand und Freiheit. Dies sollte aber nicht nur für Deutsche gelten.

(Beifall beim SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Kollegin Ingrid Brand-Hückstädt.

Ingrid Brand-Hückstädt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Diskussion kurz vor den Ferien nicht besonders in die Länge ziehen, sondern nur versuchen, den Konsens wieder herzustellen, und zwar durch ein paar formale Klarstellungen.

Wir reden hier nicht über einen Gesetzentwurf, der als Gesetz beschlossen wird und nach Verkündung in Kraft tritt. Vielmehr reden wir über eine **Bundesratsinitiative**, die mit dem Gedanken formuliert worden ist, dass möglichst viele Länder dies mittragen können.

Es ist natürlich ein Jammer, wenn wir im Parlament schon über Details streiten, um die es hier noch gar nicht geht. Die Schwierigkeit wird nachher in der Tat im Detail liegen, wenn es zum Beispiel darum geht, zu verhindern, dass irgendwelche Kriterien von irgendjemandem auf dem Klageweg als willkürlich empfunden werden. Diese Bundesratsinitiative wird im Bundesrat selbst sicherlich noch Änderungen erfahren. Wichtig ist aber doch erst einmal, dass wir das Gesamtpaket auf den Weg bringen. Ich erinnere an die Diskussion von Mittwoch über den Bundesrat und darüber, was im Bundesrat mit CCS passiert ist.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration, Herrn Emil Schmalfuß.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es Ihnen sicherlich ersparen, erneute die Argumente aufzuführen, warum wir eine **dauerhafte Regelung** im **Gesetz** brauchen, die diejenigen Ausländerinnen und Ausländer mit einem Aufenthaltstitel begünstigt, die sich seit Jahren im Bundesgebiet aufhalten und sich hier gut integriert

haben. Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass es darum geht, Herr Harms. Es geht nicht um ein humanitäres Bleiberecht.

Unsere letzte Debatte im Plenum hat deutlich gemacht, dass wir eine solche Regelung brauchen und auch wollen. Es geht lediglich um deren konkrete Ausgestaltung. Dazu hat eine Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss stattgefunden. Daran hat sich eine lebhaft und fruchtbare Diskussion angeschlossen, die in die heutigen Anträge gemündet ist.

Meine Damen und Herren, sicherlich müsste es einen jeden Minister sehr erfreuen, wenn eine Landtagsfraktion den von ihm als Diskussionsgrundlage erstellten **Eckpunktevorschlag** eins zu eins übernimmt. Allerdings fände ich es schade, wenn die Fraktion der SPD - so deute ich die dpa-Meldung vom 4. Oktober 2011 - meine Vorschläge vor allem deshalb übernommen haben sollte, um eine vermeintliche Differenz meiner Vorschläge zum Vorschlag der Regierungsfractionen bloßzustellen.

Meine Damen und Herren, das für unser Land, für unsere Wirtschaft und für viele Einzelschicksale so bedeutende Thema befindet sich im Kern parteiübergreifend auf einem guten Weg. Wir sind uns sicher einig, dass dieses Thema nicht für polittaktische Spielchen benutzt werden sollte.

Ich möchte mich jetzt gern der Sache zuwenden. Worin wir als Ausgangslage bereits fraktionsübergreifend **Konsens** erzielt haben, sind folgende Vorgaben: Begünstigt werden sollen Ausländerinnen und Ausländer, die sich seit mehreren Jahren in Deutschland aufhalten, die in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nachhaltig integriert sind und denen nicht vorzuwerfen ist, dass sie durch ihr Handeln gegen die **Regeln** des sie bisher aufnehmenden Staates verstoßen haben. Schließlich - auch da wird sicherlich Einvernehmen bestehen - muss die Erwartung gerechtfertigt sein, dass diese Menschen sich auch dauerhaft in unser wirtschaftliches Leben einfügen und ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können. Dazu gehört auch die Fähigkeit, den **Lebensunterhalt** eigenständig zu sichern. Ich komme noch auf Einzelheiten zurück.

Worin liegen jetzt die vermeintlichen **Unterschiede**? - Diese machen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, an einigen wenigen Worten im Antrag der regierungstragenden Fraktionen fest. Dazu ist zunächst einmal zu bemerken, dass der Antragsduktus der ständigen Praxis entspricht, bei einer in Auftrag gegebenen Bundesratsinitiative der Landesregierung das Ziel und die wesentlichen tragenden Gesichtspunkte mit auf den

(Minister Emil Schmalfuß)

Weg zu geben, nicht aber eine bis in alle Verästelungen ausgearbeitete Regelung.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ihre Ausarbeitung ist Aufgabe der Landesregierung, die dabei auch die Mehrheitsfähigkeit im Bundesrat im Auge haben muss, wenn das Anliegen ernsthaft verfolgt werden soll, meine Damen und Herren von den Grünen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie etwas für die Menschen erreichen wollen, dann sollten Sie sich dieser Initiative anschließen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich bin den Regierungsfractionen dankbar, dass Sie an dieser Praxis festhalten und so der Landesregierung die Möglichkeit eröffnen, anhand des klaren Rahmens einen Gesetzentwurf einschließlich der **begleitenden Verfahrensregelungen** und **Härtefallkriterien** zu entwickeln, der diesen Rahmen ausfüllt und dann hoffentlich bundesweit Mehrheiten findet.

Ich bin den Fraktionen auch dankbar, dass sie meine Vorstellungen weitgehend übernommen haben. Wenn ich die **Kriterien** durchgehe, sehe ich jedenfalls eine weitgehende Übereinstimmung.

(Beifall bei der FDP)

Ich zitiere: langjähriger Aufenthalt in Deutschland von mindestens 8 Jahren oder 6 Jahren, wenn der Begünstigte mit einem oder mehreren minderjährigen ledigen Kindern in häuslicher Gemeinschaft lebt. - Das entspricht meinem Vorschlag.

Nächster Punkt: Straffreiheit während dieser Zeit. Meine Damen und Herren, mir als langjährigem Richter, Strafkammervorsitzenden und jetzt Justizminister dürfen Sie glauben, dass ich vollumfänglich die Meinung teile, dass Straffreiheit als Zielvorgabe für Integration richtig ist.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Akzeptanz der Rechtsordnung ist und bleibt einer der Grundpfeiler unseres Rechtsstaates, und daran wird niemand rütteln.

Es gibt allerdings im Ausländerrecht einige marginale Ausnahmen: bei geringfügigen Geldstrafen etwa für eine fahrlässige Körperverletzung bei einem versehentlich verursachtem Verkehrsunfall. Natürlich

können auch im Bundeszentralregister getilgte und damit gar nicht mehr bekannte Strafen keine Berücksichtigung finden.

Hinter diese anerkannten und bewährten Standards können und sollten wir nicht zurückfallen. Davon abgesehen muss aber jede andere rechtskräftige Verurteilung den Ausschluss der Vergünstigung zur Folge haben.

Weiter geht es dann um die ordnungsgemäße Erfüllung aller Mitwirkungspflichten am aufenthaltsrechtlichen Verfahren. Auch das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Dabei geht es vor allem um die Mitwirkungspflicht und korrekte Angaben zur eigenen Person.

Wie ich aber schon andernorts ausgeführt habe, müssen wir Verständnis dafür aufbringen, dass jemand in der **Sondersituation** der Flucht und der Ankunft in einer fremden Umgebung zunächst Falschangaben zu seiner Identität macht, weil er nicht weiß, was ihn erwartet. Ihm muss aber die **Pflicht** auferlegt werden, in einer noch zu bestimmenden, aber kürzeren Frist - nennen wir es einmal eine Besinnungsphase - seine Angaben zu korrigieren und auch hier zur Rechtsordnung zurückzukehren. So werden gleichzeitig hartnäckig Täuschende von dem Genuss des neuen Aufenthaltstitels ausgeschlossen, und, meine Damen und Herren, die Asylverfahren werden beschleunigt, weil ein Anreiz geschaffen wird, die eigene Identität rechtzeitig offenzulegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nächster Punkt: Sicherung des Lebensunterhalts durch **Erwerbstätigkeit**. Dieses Kriterium findet sich ebenfalls bereits in meinen Eckpunkten. Sämtliche Aspekte aus dem Erwerbsleben des Antragstellers sollten bei dieser Prognose berücksichtigt werden: die bisherige Teilnahme am Arbeitsmarkt, die bisherigen Schul- und Ausbildungs- oder Einkommenssituationen. Natürlich komme ich auch gern dem Auftrag nach, entsprechende Härtefallkriterien zu entwickeln, wie sie etwa für behinderte oder alte Menschen erforderlich sein können.

Meine Damen und Herren, auch die letzten drei Kriterien entsprechen meinen Vorschlägen: das Bekenntnis zu Demokratie und bundesdeutscher Gesellschaft als gemeinsame Grundlage des Miteinander, die Partizipation am sozialen Leben durch bürgerschaftliche Aktivitäten und schließlich die aktive Unterstützung der schulischen Integration der Kinder und Jugendlichen durch die Eltern.

(Minister Emil Schmalfuß)

Klarstellend will ich an dieser Stelle sagen: Natürlich müssen nicht alle Voraussetzungen auf einmal und vollständig erfüllt sein. Sie wissen, dass es einer Ermessensentscheidung in jedem Einzelfall bedarf.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, ein neuer **Aufenthaltszweck** soll in das Aufenthaltsgesetz aufgenommen werden für Menschen mit nachweisbarer **nachhaltiger Integration**. Das ist keine Lösung für alle aufenthaltsrechtlichen Dauerduldungsfälle, aber es ist ein Weg, schwierige Fallkonstellationen, die sich durch hervorragende Integrationsleistung auszeichnen, nunmehr in einen legalen Aufenthalt zu überführen. Der aufenthaltsrechtliche Grundkanon Einreise, Aufenthalt, Ausreise wird um ein **weitere Aufenthaltsrecht** ergänzt, von dem dennoch nicht alle Geduldeten werden profitieren können, aber viele, bei denen bisher die korrekte Anwendung der geltenden Gesetze zu großem Unbehagen in weiten Teilen der Bevölkerung führte, wie Sie wissen.

Herr Jezewski, zu Einzelfällen werde ich hier nicht Stellung nehmen. Dafür werden Sie Verständnis haben.

Die Menschen in Schleswig-Holstein begrüßen unsere Initiative. Dies zeigen die vielen zustimmenden Schreiben, die ich erhalten habe. Allein in den letzten beiden Tagen sind über 50 zustimmende Schreiben in meinem Haus eingegangen.

Meine Damen und Herren, wenn wir alle parteipolitischen Brillen einmal absetzen und uns dieses Ziel vor Augen führen, werden wir erkennen, dass die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses mit den darin enthaltenen Zielvorstellungen eine sehr gute Grundlage ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie wird es mir und der Landesregierung insgesamt ermöglichen, eine **Bundratsinitiative** auszuarbeiten, die dann hoffentlich zu dem von allen gewünschten Aufenthaltstitel für gut integrierte Ausländerinnen und Ausländer führen wird.

Sollte es der schleswig-holsteinischen Initiative zu verdanken sein, dass erstmals eine dauerhafte Lösung für das **Problem der Kettenduldung** geschaffen wird, wäre das ein enormer Erfolg der Integrationspolitik unseres Landes.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie um Unterstützung dieser Initiative.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Abweichend von unserer Geschäftsordnung schlage ich Ihnen vor, alle vorliegenden Anträge zu eigenständigen Anträgen zu erklären und über sie jetzt jeweils einzeln abzustimmen. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1905. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion der SPD. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, SSW und der Fraktion DIE LINKE. - Enthaltungen? - Enthalten hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag Drucksache 17/1905 abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1700 (neu). Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion der SPD und des SSW. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Enthaltungen? - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1700 (neu), abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/1748, ist von den Antragstellern zurückgezogen worden.

Ich rufe auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1750. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie der Fraktion der SPD. Enthaltungen? - Enthalten haben sich die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Damit stelle ich fest, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1750, abgelehnt worden ist.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1746, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion DIE LINKE und der SSW-Fraktion. Stimment-

(Präsident Torsten Geerds)

haltungen? - Enthalten haben sich die Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit stelle ich fest, dass der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1746, angenommen worden ist.

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgearbeitet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 20 und 24 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Erhalt des Europäischen Verbraucherzentrums (EVZ) Kiel**

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1870

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1895

b) Arbeit der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zukunftsfähig absichern

Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE
und SSW
Drucksache 17/1878

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage Ihnen vor, die Anträge Drucksachen 17/1870 und 17/1878 sowie den Änderungsantrag Drucksache 17/1895 federführend dem Umwelt- und Agrarausschuss sowie mitberatend dem Europausschuss abschließend zu überweisen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 17/1882

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch sehe ich nicht.

Ich weise noch darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit der Mitglieder des Landtags - das sind 48 Abgeordnete - erforderlich ist. Wer dem Wahlvorschlag in der Drucksache 17/1882 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Wahlvorschlag in der Drucksache 17/1882 einstimmig angenommen worden ist.

(Christopher Voigt [FDP]: Glückwunsch!)

Ich rufe auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 17/1853

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 17/1853. Voraussetzung für die Gesamtabstimmung ist, dass keine Abgeordnete und kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist auch nicht der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlung entsprechend der Sammeldrucksache 17/1853 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ich stelle fest, dass das einstimmig so erfolgt ist.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt. Die nächste Tagung des Landtags wird für die Zeit vom 16. bis 18. November 2011 einberufen werden. Schöne Ferien, soweit vorhanden!

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:54 Uhr